

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Abw. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,86 Mk. + 84 Pf. Botenlohn = 2,20 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifen 8 Mk. Anzeigenpreis: Die schwebelnde Mittelzeile über deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Besammlungsanzeigen 8 Pf. Restliche Preise: Die dreizehnlängere Mittelzeile über deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmestelle in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schostlander (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 43902. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Güterhaus). Fernsprecher 43902. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsabteilung: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902.

Heraus zum Massenangriff gegen Schleicher, gegen Papen und gegen Hitler!

Die KPD. ruft zum 31. Januar, am Tage der Reichstagsöffnung, zu machtvollen Kundgebungen auf

Betriebe! Schärft die Waffe des Massenstreits!

Der Reichsrat, der Freitag nachmittag 15 Uhr zusammentrat, beschloß nach einer ganz kurzen Aussprache, daß der Reichstag am kommenden Dienstag, dem 31. Januar, nachmittags 3 Uhr, zusammentreten soll, um die Regierungserklärung entgegenzunehmen. Die Debatte über die Regierungserklärung soll am Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, beginnen. Vorausichtlich wird die Aussprache mindestens 2 Tage dauern, falls nicht der Reichstag schon vorzeitig ein Ende findet.

Für die kommunistische Fraktion stellte der Genosse Lorzler erneut den Antrag, ohne Regierungserklärung und ohne eine politische Aussprache sofort in die Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum einzutreten. Genosse Lorzler begründete diesen Antrag damit, daß sonst die Möglichkeit bestände, daß die Parteien, die an einem Hinschieben der Entscheidung ein Interesse hätten, versuchen würden, noch während der Beratung eine Unterbrechung der Sitzungen herbeizuführen, um dadurch der Entscheidung auszuweichen. Der kommunistische Antrag wurde von allen anderen Parteien, von Nazis, Deutschnationalen, Zentrum bis zur SPD, abgelehnt.

So offenbart die Nazi-Partei, die Papen und dann Schleicher tolerierte und jetzt mit Hugenberg Arm in Arm marschiert; so offenbart auch die Sozialdemokratie, die unter „oppositioneller“ Maske Schleicher als kleineres Übel ebenfalls tolerierte und sich wie Leiharbeiter für Anklammerarbeit mit Schleicher erklärte, daß sie die Geschäfte des Kapitals besorgen. Die Reichsregierung ließ durch den Staatssekretär Brand erklären, daß sie nichts zu erklären habe.

Hinter den Kulissen haben weitere Besprechungen zwischen den Deutschnationalen und der Hitlerpartei und gellern zwischen Hugenberg und dem Zentrumsführer Raas stattgefunden; gefühthandelt wurde über die Bildung einer neuen Regierung der Nazis und Deutschnationalen, offen toleriert vom Zentrum. Als Kanzler ist von den Deutschnationalen Papen in Aussicht genommen, während die NSDAP die Kanzlerschaft für Hitler verlangt.

Schleicher wird morgen eine Unterbrechung mit Hindenburg haben. Wie es heißt, will Schleicher die Vollmacht zur eventuellen Reichstagsauflösung erhalten. Der „Völkischen Zeitung“ zufolge wird er nie kaum erhalten; darnach würde das Schleicher-Kabinett zurücktreten und darauf gegebenenfalls Papen mit der Regierungsbildung beauftragt werden.

Alle diese Nachrichten, Gerüchte, Kombinationen, Pläne kennzeichnen die vertieften Differenzen zwischen den kapitalistischen Gruppen und Parteien. Die Differenzen der Kapitalgruppen gehen um den Anteil an den Profiten; der Streit der Parteien und Kreise der Bourgeoisie dreht sich um den Einfluß im kapitalistischen Staatsapparat, um die Methoden zur Unterdrückung der Arbeitermassen und zur weiteren Entfaltung der faschistischen Diktatur.

Je stärker die Massenbewegung der Arbeiterklasse ist, desto tiefer werden die Differenzen im bürgerlichen Lager. Für die Arbeiterklasse gilt es jetzt, dem Anse der KPD. folgend mit verzehnfachter Kraft die proletarische Einheitsfront gegen Hunger und Faschismus, gegen alle faschistischen Gruppen aus entschiedenste vorzugehen.

Ob die Bourgeoisie die weitere Entfaltung der faschistischen Diktatur durch Schleichers „soziale“ Manöver und dramatische Maßnahmen durchzuführen sucht, ob wieder Papen den sozialreaktionären, faschistischen Kurs mit Redensarten von „göttlicher Gnade“ vertagt oder gar Hitler der faschistische Terrorkanzler wird — die Arbeiterklasse verstärkt in geschlossenen Reihen den Sturm gegen den Faschismus.

Die Bestrebungen zur Erklärung des sogenannten Staatsnotstandes, das heißt die Durchführung eines neuen faschistischen Staatsstreiches, tritt immer mehr in den Vordergrund. Der Plan, ein Kabinett Papen zustande zu bringen, dem unter anderem auch Hugenberg und der Stahlhelmführer Selbte und Nazis angehören sollen, wird eifrig propagiert. Die Hugenberg's Telegraphen-Linien melden, haben vertrauliche Besprechungen zwischen Hitler, Goering und Fritsch einerseits und den Deutschnationalen Hugenberg und Schmidt-Gannover andererseits stattgefunden.

Die kommunistische Partei ruft für den 31. Januar zu gewaltigen Massenkundgebungen der Werktätigen in ganz Deutschland auf. Für millionenstarken Demonstration der antifaschistischen Aktion, heraus zum Massenangriff, rüftet zu Streiks und Massenkundgebungen gegen die faschistische Konterrevolution!

Die kommunistische Partei ruft die Millionenmassen ihrer antifaschistischen Anhänger auf zur schärfsten revolutionären Disziplin, aber auch zum entschlossensten und kühnsten Widerstand gegen alle geplanten Attanten der faschistischen Staatsstreicher.

Betriebe! Schärft die Waffe des Massenstreits zum wuchtigen Gegenangriff! Berühmter! neuen 20. Juni!

Betriebsbesetzungen, Stempelstellen! Verkürzt die Massenmobilisation im Zeichen des Betriebsrätewahlkampfes; verschärft die antifaschistische Offensive in Deutschland. Am 31. Januar, am Tage der Reichstagsöffnung heraus zu grandiosen Massenkundgebungen.

Fort mit der Regierung Schleicher-Bracht! Gegen die sozialfaschistischen Spalter der antifaschistischen Einheitsfront! Für Arbeit und Brot, für Winterbeihilfe, für Wärmeheizen für die Erwerbslosen!

Gegen jeden Lohnabbau, für Zurückeroberung der geraubten Löhne!

Gegen Fülle, Steuern und Mietswucher!

Gegen die faschistische Diktatur!

Für die Freiheit, für die Arbeitermacht, für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus!

350 schlesische Arbeiter werden brotlos

Breslau, 28. Januar. Die Direktion der Zuckerrübenerei in Gutsdorf, Kreis Striegau, hat ihrer Belegschaft von 250 Mann gekündigt. Die Vereinten Schlesischen Granitwerke Jauer haben gleichfalls 100 Arbeiter entlassen.

Das ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Schleicher-Regierung in der Tat! Allein in der ersten Hälfte des Monats Januar ist in Deutschland die Erwerbslosenzahl um 200 000 gestiegen. Um zu verhindern, daß immer mehr Massen von Betriebsarbeitern brotlos werden, müssen die Betriebsarbeiter und Erwerbslosen in gemeinsamer Front den schärfsten Kampf gegen die Schleicher-Regierung, für die Arbeiter- und Bauernmacht führen.

Den Delegierten des deutsch-polnischen Freiheitstongresses zum Gruß!

Am Sonntag tagt in Gletwiz der vom deutsch-polnischen Komitee gegen imperialistische Verheerung und imperialistische Kriegsgefahr einberufene Freiheitstongress, der die große Aufgabe hat, den Kampf im Zeichen des proletarischen Internationalismus für die nationale und soziale Befreiung über die Grenzen hinweg zu organisieren. Über 300 Arbeiter und werktätige Bauern, die in Betriebs-, Gewerkschafts-, Stempelstellen-, Bauern- und öffentlichen Versammlungen als Delegierte gewählt wurden, werden auf dieser bedeutenden Tagung die Waffen schmieden für den revolutionären Freiheitstampf der Arbeiter Oberschlesiens, Schlesiens und Polens. Die politische Zusammensetzung der proletarischen Delegierten, die den politischen Richtungen bis zur NSDAP angehören, widerspiegelt die wachsende Erkenntnis unter der Arbeiterschaft, den armen Bauern und allen übrigen werktätigen Schichten, daß der Kampf zur Zerrettung des Versailles Tributvertrages in der internationalen revolutionären Front geführt werden muß.

Die Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Polen bekommt — wie der Führer der KPD., Genosse Ernst Thälmann, in seiner Rede auf der Parteikonferenz Oktober 1932 ausführte — einen ernsthaften Charakter. Seit dieser Zeit haben sich die Gegensätze zwischen Deutschland und Polen weiter verschärft. Die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze kommt nicht zuletzt in der kapitalistischen Presse Deutschlands und Polens zum Ausdruck.

In der Zeitung der Nationaldemokraten, „Kaufer Warshawski“ schreibt der bekannte General Sikorski, daß die Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und Polen sehr groß sei, und fordert die schnellste Aufrüstung Polens. In den letzten Tagen haben bei der Diskussion des Budgets des Kriegsministeriums die Vertreter aller Parteien (die kommunistische Partei ist in der betreffenden Kommission nicht vertreten) ihr Einverständnis mit den verschärften Kriegsrüstungen zur See, mit dem Bau neuer Kriegsschiffe usw. bekanntgegeben.

Ungeachtet einer katastrophalen Wirtschafts- und Finanzlage rüstet die polnische Bourgeoisie in einem beschleunigten Tempo zum Krieg. Dieselbe polnische Regierung, die sich zur Bezahlung ihrer Auslandsschulden außerstande erklärt, stellt bei einem 2,4 Milliarden Budget die Summe von 822,7 Millionen Klotz für ihre Kriegsrüstungen bereit. Selbst nach den offiziellen Angaben der Warschauer Nachrichten werden ein Drittel aller Ausgaben für Rüstungen verpulvert. Berücksichtigt man jedoch, daß große Summen für Rüstungszwecke unter harmlosen Titeln in harmlosen Staats getarnt werden, wie z. B. die umfangreichen Ausgaben für strategische Eisenbahnbauten im Verlehrsstat, so ergibt sich, daß in Wirklichkeit die Hälfte des polnischen Staatshaushaltes für die direkte Vorbereitung eines Krieges veranschlagt wird.

Der deutsche Imperialismus rüftet auch zum Krieg. Keine Woche vergeht, in der nicht die Kapitalisten und ihre Lakaien bis zur Sozialdemokratie die Ansprüche Deutschlands auf Rüstungsgleichheit und Kolonien, allgemeine Wehrpflicht,

Heraus zur Demonstration, zur Protestkundgebung gegen das Dresdener Blutbad

im **Freien Volksbund**, um 17 Uhr, auf den Platz der Republik

Gegen den blutigen Polizeiterror, gegen die faschistische Provokationspolitik, für die Versammlungsfreiheit, für die Verteidigung der KPD., für die Kampfeinheit gegen Faschismus und Lohnraub, für die Einheitslisten bei den Betriebsräte-wahlen! Weg mit der Schleicher-Regierung! Für eine Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus!

KPD., Bezirksleitung Schlesien

Abmarsch der Stadtteilzüge um 16 Uhr. West: Striegauer Platz. Nord: Weißenburger Platz. Scheitnig: Hirsch-, Ecke Böckstraße. Ost: Brockauer Platz. Zentrum: Neumarkt. Süd: Friedrichsplatz.

Landespräsidenten, U. Boote und Bombenflugzeuge anmelden. Der Reichslandbundespräsident Willkens hat vor einigen Tagen auf der Tagung des schlesischen Landbundes ganz offen die Hauptgefühle des deutschen Imperialismus gegen den Osten vertreten. Er führte hierzu folgendes aus:

„Die Siedlungsbedingungen auf dem heutigen deutschen Raume werden nie dazu genügen, die heutige deutsche Arbeitslosigkeit großartig zu bekämpfen. Für die durch den Verlust des Weltmarktes frei gewordenen Kräfte muß das deutsche Volk gewillt sein, sich neues Siedlungsland im Osten dazu zu nehmen; allerdings ohne liberale Schwäche vor sogenannten Menschenrechten, ohne die bisherigen slavischen Bewohner.“

Das ist das offene Bekenntnis zum imperialistischen Raubkrieg, nicht zuletzt gegen die Sowjetunion. Der ganze Chor der nationalistischen Kriegseinsteiger ist sich darüber einig, daß beide kapitalistischen Staaten den Ausweg aus der Krise auf Kosten der Werktätigen Deutschlands und Polens und auf Kosten unseres sozialistischen Vaterlandes, der Sowjetunion, die sie unter den Imperialisten aufteilen wollen, suchen müssen. Deshalb müssen die Arbeiter und armen Bauern Deutschlands und Polens sich über die Grenzen hinweg die Bruderhand reichen zum internationalen Kampf gegen den kriegshysterischen deutschen und polnischen Nationalismus, gegen die nationale und soziale Unterdrückung und Ausbeutung, gegen den Versailles-Raubvertrag, für die Arbeiter- und Bauernmacht und den Sieg des Sozialismus in Deutschland und in Polen.

Während die Parteien von den Nationalsozialisten bis zur Sozialdemokratie die Geschäfte der Imperialisten besorgen, kämpft seit Jahr und Tag die kommunistische Partei in Deutschland wie in Polen für die Sprengung der Ketten, die dem deutschen und polnischen Proletariat durch den Versailles-„Friedens“-vertrag angelegt wurden. Die KPD. hat in ihrem Befreiungsprogramm den Weg zur nationalen und sozialen Befreiung gewiesen. Auf der Grundlage dieses Befreiungsprogramms und des Manifestes der kommunistischen Partei Polens an das obereschlesische werktätige Volk muß der Kongress konkrete Beschlüsse fassen, um den Kampf im Zeichen des proletarischen Internationalismus in Oberschlesien und Schlesien als Grenzbezirke in breiter Front zu führen. In diesem Sinne begrüßen wir die Delegierten mit einem dreifachen „Rot Front!“

Streitbeschlüsse gegen das Dresdner Blutbader

Berlin, 28. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Eine Welle des Protestes geht durch die Betriebe und Stempelstellen Deutschlands. Mit Empörung nehmen die Arbeiter Kenntnis von dem ungeheuerlichen Blutbad, das die faschistische Polizei in Dresden in einer Arbeiterversammlung angerichtet hat. Der Sturm in den Betrieben gegen den Faschismus hat mit einer Wucht eingeleitet, wie nicht mehr seit dem Tag der Antifaschistischen Aktionen im Sommer des letzten Jahres. In allen Betrieben, in allen Abteilungen muß sofort Stellung genommen werden, um ebenfalls Protestbeschlüsse und Streitbeschlüsse anzunehmen.

Tragt die Antifaschistische Aktion vorwärts in die Betriebe!

In Dresden tagte gestern eine Konferenz von Betriebsräten und Delegierten aus den Betrieben, die zur Mobilisierung der Arbeiter gegen das Blutbad Stellung nahmen. Anwesend waren 67 Betriebsräte, davon 30 KPD., 10 Freigewerkschaftler und 11 Unorganisierte. Außerdem waren 61 Delegierte aus den Betrieben anwesend und eine große Anzahl von Gästen. Der Konferenz lagen zwei Resolutionen vor. Eine Resolution rief alle Betriebsräte und Betriebsarbeiter und Arbeiterinnen auf, am Tage der Beerdigung in den Proteststreik zu treten und sich geschlossen an dem Begräbnis zu beteiligen. Weiter wird darin die Aufhebung des Belagerungszustandes gefordert.

Die zweite Resolution befaßt sich mit den Ortsausschüssen des ADGB. und den Ortsverwaltungen der Freien Gewerkschaften, mit der Aufgabe, sämtliche freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter zu mobilisieren.

Sofort sollen Versammlungen sämtlicher freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter einberufen und die Ortsverwaltung zusammengerufen werden. Es wird weiter gefordert, daß sich die Ortsausschüsse und Ortsverwaltungen für die von den Betriebsräten in dem Aufruf: „An alle Arbeiter“ festgelegten Forderungen anschließen.

Die Berliner Belegschaft der Zigarettenfabrik „Solidarität“ beschloß, einschließlich der freigewerkschaftlichen Kollegen und den Delegierten der Ufa-Arbeiter (Tempelhof), sowie den Ufa-Arbeitern der Baustraße Selchow II, am Tage der Beerdigung in den Proteststreik zu treten. Die Belegschaften der Berliner Firmen Ohrenstein u. Koppel, Partung (Lichtenberg) Wuyke u. Joseph, Fischer, Herrmann Meyer u. Co., Eisenbahnbetriebswerk Anhalterbahnhof und die Ufa-Arbeiter

Volkspark Mariendorfer Straße nahmen Protestresolutionen gegen das Polizei-Massaker in Dresden an. Auch die Verlammlung der Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes, Hauptstelle Belten, nahmen Protestresolutionen gegen das neue Blutbad an.

In Hemscheidt und Düsseldorf führten die Arbeiter wichtige Protestkundgebungen durch. In einer KPD.-Funktionärsversammlung in Wuppertal wurde in einer Resolution beschlossen, in allen Betrieben zur Auslösung von Proteststreiks vorzutreten.

Die Belegschaft der Maschinenfabrik Syrtz in Köln beschloß einstimmig, am Tag der Beerdigung der Dresdener Opfer einen halbtägigen Proteststreik durchzuführen. Die Gothaer Betriebsräte beschloßen in einer Vollversammlung, die gesamte Arbeiterchaft in den Gothaer Betrieben zum Proteststreik aufzurufen.

SWP.-Führer fagen den Kampf gegen den Faschismus ab!

SWP.-Arbeiter demonstrieren mit uns heute 17 Uhr auf dem Platz der Republik

Breslau, 28. Januar. Die SWP.-Führung Breslaus hatte für kommenden Sonntag eine Demonstration unter der Parole: „Front gegen die Braunen Häuser“ angesetzt. Da der Polizeipräsident die Demonstration mit der Maßgabe verboten hat, daß ein Vorbemarsch an den Nazis in der Wilschhof- und der Reudorfstraße eine „Provokation“ darstelle, haben die KPD. und die Ufa-Arbeiter die Durchführung ihrer angesetzten Demonstration verzichtet. In ihrer Zeitung geben sie bekannt, daß sie zu gegebener Zeit einen wirkungsvollen Kampf gegen die Nazis weiterführen werden.

Die SWP.-Bürokratie, die in ihrem Organ fast tagtäglich vom schärfsten Kampf gegen den Faschismus redet, rückt jetzt auf dem Bauch vor der herrschenden Klasse. Das rote Berlin, unter Führung der kommunistischen Partei, hat am vergangenen Sonntag gegen die Hitlerprovokation auf dem Wilmplatz in Berlin, trotz Verbot in wirkungsvoller Weise demonstriert. Selbst die bürgerliche Presse mußte zugeben, daß die antifaschistischen Kämpfer — auch SWP.-Arbeiter standen in der kämpfenden Front — die Straße beherrschten.

Während in Breslau die SWP.-Führer den Kampf gegen den Faschismus ablagen, verläßt die SWP.-Führung in Dresden durch einen offenen Brief an den Ortsausschuß des ADGB. und an die Leitungen der SPD. und KPD. — indem sie zu gemeinsamen Kundgebungen der gesamten Dresdener Arbeiterchaft, verbunden mit einem Proteststreik am Tage der Beerdigung der ermordeten Arbeiter aufzfordern — bei der Arbeiterchaft den Einbruch zu erweiden versucht, als wolle sie einen ernsthaften Kampf gegen den faschistischen Terror führen. Daß dieser Schritt nur ein neues Betrugsmanöver ist, wird durch die Haltung der Breslauer SWP.-Führung bestätigt.

Die kommunistische Partei hat in Dresden, bevor der Brief der SWP.-Führer eingegangen ist, den Massenkampf organisiert. Auch sozialdemokratische Arbeiter haben vorgelert und gestern gegen das Blutbad demonstriert; die Belegschaft des Sachsenwerks ist bereits im Streik.

Die Bezirksleitung der KPD. Schlesien hat für heute, nachmittags 5 Uhr, zu einer Protestkundgebung nach dem Platz der Republik aufgerufen. Wir fordern auch die SWP.-Arbeiter auf, mit uns gemeinsam zu demonstrieren. Klassengenossen! Das allein genügt nicht; ihr müßt auf Grund der Haltung eurer Führer die Konsequenzen ziehen und sich in die Reihen der einzigen antifaschistischen und antikapitalistischen Partei, der Partei Lenins, Liebknechts und Luxemburgs eingliedern.

SPD. Führer nennen Marx's Lehre „reaktionär“

Auf dem Leipziger Parteitag sagte am 2. Juni 1931 (Parteitagsprotokoll S. 115) der SPD.-Führer Wilhelm Sollmann:

„Es ist gewiß, ein Wort von Karl Marx, daß die Arbeiterklasse nichts zu verlieren habe als ihre Ketten. ... Wenn man dieses Wort jetzt den deutschen Proletariern zuruft, dann wird dieses revolutionäre Wort von einst zu einer so reaktionären Phrase!“

Nun, SPD.-Arbeiter, was habt ihr heute zu verlieren außer euren Ketten? Wer hat recht, Marx oder Sollmann? Nicht Marx' Lehre ist reaktionär geworden, sondern die SPD.-Führer!

Wen die Kommunisten sind Marxisten!

SPD. beim faschistischen Luftschuß

So unterstützt die SPD. aktiv die Kriegsvorbereitungen der deutschen Unternehmer

Angehts der Kriegsvorbereitungen in allen kapitalistischen Staaten, ist in Deutschland ein Luftschußverband gegründet worden. Der Verband hat die Aufgabe, überall Luft- und Gaschüßübungen zu organisieren, um die Massen langsam an den neuen imperialistischen Krieg zu gewöhnen. Es ist ganz klar, daß diese Übungen ein Teil der Kriegsvorbereitungen der deutschen Unternehmer sind.

Das Präsidium dieser Gesellschaft besteht demzufolge auch aus Vertretern der Schwerindustrie, z. B. dem Vorsitzenden des Siemens-Kongress, Dr. Ködigen. Außerdem findet man darunter die altbekanntesten Namen von Leuten, die bei allen faschistischen-reaktionären Machenschaften ihre Hand im Spiele haben, z. B. der frühere Reichswehrminister Geyler und der frühere Minister Jarres, der General v. Stülpnagel. Außerdem ist der Reichsinnenminister Bracht Mitglied des Präsidiums.

Inmitten solch erlauchter Herrschaften dürfen die SPD.-Führer natürlich nicht fehlen. Folgende Sozialdemokraten sind Mitglied des Präsidiums des Deutschen Luftschußverbandes:

Gr a b n a u e r, früherer Minister, S e i m e r i c h, Oberbürgermeister von Mannheim, S ü b e l u m, früherer Minister.

SPD.-Arbeiter, was sagt ihr zu dieser famosen Arbeitsgemeinschaft? Wenn ihr euch die Liste dieses reaktionären Präsidiums anschaut, dann verzieht ihr wohl, daß die SPD. zwar mit diesen Reaktionen an einem Tisch sitzt, aber jede wirkliche Einheitsfront des Kampfes aller Arbeiter gegen die faschistische Reaktion ablehnt. Denn dieser antifaschistische Einheitskampf würde ja solche erlauchten Tischgesellschaften zerbrechen!

Jeder SPD.-Arbeiter, der nicht nur mit leeren Worten, sondern in der Tat gegen Faschismus und Kriegsvorbereitungen kämpfen will, kann das nur gemeinsam mit uns in der Antifaschistischen Aktion. Dazu

rufen wir alle SPD.- und ADGB.-Arbeiter, alle Reichsbannerkameraden! Macht in einheitlicher antifaschistischer Front alle Pläne der Reaktion zunichte!



Sieg der Einheitsliste bei Blohm & Voß

Wir marschieren! — Mehrheit erobert! — Rückgang des prozentualen Stimmanteils der Reformisten, Stahlhelmer und Nazis — Nun vorwärts in allen Betrieben!

Auf der großen Hamburger Werft Blohm & Voß fand am 26. Januar die Betriebsrätewahl statt. Seit 1931, wo die letzte Wahl stattfand, ist die Belegschaftszahl von 4400 auf 2510 gesunken. An der jetzigen Wahl beteiligten sich 1944 Mann, also 70 Prozent der Belegschaft. Das Resultat ist folgendes (in Klammern die Ziffern von 1931):

Einheitsliste	995 Stimmen (1332), 7 (8) Sitze
Reformistische Liste	775 Stimmen (1593), 5 (9) Sitze
Stahlh.-Nazi-Liste	164 Stimmen (255), 1 (1) Sitz

Angültig waren 15 Stimmen. Im Jahre 1931 war auch noch eine Liste der Christen eingereicht, die 24 Stimmen erhalten hatte. Die Nazis hatten 1931 auf ihrer Liste 258 Stimmen erzielt, in diesem Jahre konnten sie keine eigene Liste einreichen, sie stimmten für die als Stahlhelm-Liste eingereichte faschistische Liste.

Die Einheitsliste hat die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten, der prozentuale Stimmenanteil der Einheitsliste stieg von 40 auf 51 Prozent, der der reformistischen Liste sank von 49 auf 40 Prozent. Auch der prozentuale Stimmenanteil der Faschisten ist gesunken, wenn es auch eine Schwäche ist, daß die vereinigten Nazis und Stahlhelmer noch 164 Stimmen erhalten konnten.

Das Ergebnis von Blohm & Voß ist ein außerordentliches Beispiel für alle Belegschaften. In den meisten Betrieben erfolgten seit der letzten Wahl Massenentlassungen, wobei vor allem Jagd auf oppositionelle Kollegen gemacht wurde, in vielen Betrieben häufen sich die Schwierigkeiten. Aber all diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Das Beispiel von Blohm & Voß zeigt, daß die größten Schwierigkeiten überwunden werden können. Nun, vorwärts in allen Betrieben!

Führt in allen Betrieben den Kampf um die Eroberung der gewerkschaftlichen Liste! Schließt die Einheitsfront des Kampfes gegen Lohnabbau und Faschismus!

Roter Angestelltenratsieg bei Tieb

Berlin, 28. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Neben dem Sieg der Einheitsliste bei den Arbeitern des Tieb-Konzerns brachte auch die Wahl bei den Angestellten der Einheitsliste einen glänzenden Erfolg. Trotz starker Entlassungen steigerte sich ihre Stimmzahl seit dem vorigen Jahre von 979 auf 1014. Statt bisher 4 werden jetzt 6 Vertreter der Einheitsliste im Angestelltenrat sitzen. Es erhielten:

	1933	1932
Einheitsliste	1014	979
Reformisten (ZdA.)	1819	2417
Hirsch-Dunderliche (GdA.)	798	915
Einkäuferliste	310	341

Danach erhalten Sitze im Angestelltenrat:

Einheitsliste	6
Reformisten	10
GdA.	4
Einkäuferliste	1

Der alte Anteil der Einheitsliste bei den Angestellten steigerte sich von 21 Prozent auf 25,7 Prozent, der der Reformisten verminderte sich von 52 Prozent auf 46,2 Prozent. Die Nazis waren überhaupt nicht in der Lage, eine eigene Liste aufzustellen.

Der Führer der KPD., Genosse Thälmann:

Gegen die imperialistische Unterdrückung der Minderheiten

„Wir müssen mit aller Klarheit aufzeigen, daß wir die Partei sind, die die nationale Befreiung des deutschen Volkes ohne Eroberungskrieg, ohne Unterdrückung fremder Völker, durch die proletarische Revolution zu verwirklichen vermag. Wir führen den Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung der Minderheiten, sei es im Pilsudski-Polen oder in Mussolinis Italien oder in Frankreich; aber wir führen ihn gemeinsam mit den polnischen, italienischen und französischen Arbeitern. Hier zeigt sich der krasse Unterschied zwischen unserer Politik und der Hitler-Partei: Sie dreschen Phrasen, wir schicken unsere Abgeordneten nach Pilsudski-Polen, um den Pilsudskidemonstrieren. Auf der Linie dieser Politik, mit der Waffe unseres Freiheitsprogramms, das wir immer wieder popularisieren müssen, werden wir die Faschisten schlagen und hundertausende Anhänger von ihnen losreißen.“

(Aus der Rede des Genossen Thälmann auf dem Plenum des ZK. 15.—17. 1. 1931.)

Zwischen den Puffern zerquetscht

Ueber einen erneuten Betriebsunfall bei der Reichsbahn, welcher wiederum ein Proletariatsleben gefordert hat, wird uns folgendes berichtet:

Am Dienstag, dem 24. Januar, 11.30 Uhr, ist in dem Reichsbahn-ausbesserungswerk Breslau der Schlosser Wilhelm Kabischke, Schiebewerkerplatz, beim Auswechseln von Puffern an Güterwagen zerquetscht worden. Der Grund ist folgender: Ein Rangierer ist abgebaut worden, der andere Rangierer machte Mittag und der dritte Rangierer, der den ganzen Zug beim Rangieren der Güterwagen mit übersehen mußte, aber das er beim besten Willen nicht imstande war, so daß er den Schlosser, der zwischen den Waggons beschäftigt war, nicht sehen konnte.

Das ist bereits der zweite Fall in diesem Monat, daß Kollegen von derartigen schweren Unfällen betroffen werden, außer den weiteren Unfällen und Fingerquetschungen und dergleichen.

Massenentlassungen, verschärfte Antreibung, Hefttempo, das sind die Ursachen der Steigerung der tödlichen Unfälle.

Eisenbahner, macht Schluß mit diesem Antreibersystem, was auch in den Tod treibt. Entfaltet beim härtesten Kampf gegen diese Methoden, die auch bei diesem Hungerlohn ständlich der Gefahr des Todes ausliefern.

Verlangt sofort eine Delegiertenversammlung, in welcher ihr zu diesen steigenden Unfällen Stellung nehmen und Kampfmaßnahmen beschließen, die dazu ansetzen, dieser rasenden Unfallwelle Einhalt zu gebieten. Bereitet euch schon jetzt auf die Betriebsrätewahlen vor, indem ihr euch einen Wahl-ausschuss schafft und auf der Grundlage eines Kampfprogramms eure besten Kollegen auf einer Einheitsliste zur Betriebsrätewahl als Kandidaten aufstellt. Macht die Gewerkschaften zu Kampforganisationen, indem ihr euch dort bei den kommenden Ortsvereinswahlen nur solche Funktionäre wählt, welche auf dem Boden des Klassenkampfes und nicht auf dem Boden des Schlichter-Purzes stehen.

Lehrer Stolzer fürs Dritte Reich

Wolfskühn. Ein begeisteter Anhänger des Dritten Reiches, und argster Volkswindstocher ist der Lehrer der hiesigen evangelischen Schule. Nicht nur, daß er seine Neugierde den Kindern gegenüber dadurch zum Ausdruck bringt, indem er dieselben fragt, wie die Eltern politisch eingestellt sind, schimpft er auch des öfteren auf die SPD. und wettet gegen die Sowjetunion. Besonders begeistert ist dieser Pädagoge für „Hells-Hitter“-Rufe, indem er diese allzuerst von den Kindern hören möchte. Auch als Verteidiger der faschistischen Ueberfälle spielt sich dieser Held auf, denn anlässlich des brutalen Ueberfalles der SA. auf wehrlose Arbeiter, erklärte er, daß die Nazi unschuldig seien.

Arbeiterkern! Entfaltet gegen diese faschistische Verleumdung eurer Kinder den schärfsten Protest. Laßt nicht zu, daß dieser Hilsler-Andeter eure Kinder für seine faschistischen Ideen zu begeistern versucht, tretet sofort zu einer Elternversammlung zusammen und fordert, daß diese Methoden sofort beseitigt werden.

Kalkulatoren und Pinkertons

werden von den Unternehmern bezahlt, um dich zu immer größerer Arbeitsleistung anzutreiben. Du brauchst einen Betriebsrat, der deine Rechte rücksichtslos vertritt. Darum zeichne auch du auf die Sammel-listen für den Betriebsrätewahlkampf!

Fortsetzung des Stadtverordnetenberichts

Für die Erwerbslosen ist kein Geld da, aber 40000 Mark fürs Theater

Einen breiten Rahmen nahm in der Donnerstagssitzung auch die Behandlung der Erwerbslosenfragen und die Bewilligung von 40000 Mark für die „Reinigte Theater“ und das Gerhart-Hauptmann-Theater (Vollsbühne) ein. Während es bei der Behandlung der Erwerbslosenfragen immer kein Geld hat, wurde aber bei der Bewilligung der Zuschüsse für die Theater betont, daß dafür Geld vorhanden sei.

Genosse Brodke ging in dieser Frage besonders auf den Wert der Theater ein, wobei er feststellte, daß die Arbeiterschaft an solchem Spielzeug gegeben wird, kein Interesse haben kann.

SWP. für Theater und gegen die „SZ.“

Die SWP. leistete sich bei dieser Frage ein besonderes Schauspiel, indem der bekannte Fritz Pletisch sich warm für die „Volksbühne“ einsetzte und sich als Verteidiger von Varnas Spielpläne aufspielte. Na, er schreckte nicht davor zurück, selbst seine eigene Parteizeitung, die „SZ.“, welche sich bereits einmal kritisch mit der „Volksbühne“ beschäftigt, zu mißkreditieren.

Sapler-Spaltung?

Gerade dieses Verhalten von Sapler-Pletisch führte zu einer ungeheuren Erregung in der Sapler-Fraktion und es kam innerhalb ihrer Reihen zu scharfen Auseinandersetzungen, wobei einige SWP.-Leute sich von der Sitzung entfernten und Pletisch Fröhe erklärte: „Macht Euch doch den Dreck alleine!“ Nur durch Fraktionsdisziplin gelang es den Saplern, ihre auseinandergerissenen Mitglieder wieder in den Sitzungssaal zu bringen, und die Abstimmung ergab, daß die gesamte SWP. mit den übrigen Parteien gegen die Stimmen der Kommunisten für die Bewilligung der 40000 Mark für die Theater stimmte. Bei der Behandlung der Erwerbslosenfragen ging Genosse Zyba auf die Not der Erwerbslosen ein und betonte auch hier, daß für alles Mögliche Geld vorhanden sei, aber für die Erwerbslosen bleibe immer nichts übrig.

Ein ungeheurer Skandal mit städtischen Mitteln

Bei der Beratung dieser Vorlage wurde noch eine besondere skandalöse Angelegenheit aufgedeckt, die wert ist, an die Definitivität gebracht zu werden. Es wurde festgestellt, daß dem Oberbaurat sowie anderen Beamten bei dem Bau des Sparkassengebäudes besondere Entschädigungen gezahlt worden sind. So mußte der Lämmerer selbst zugeben, daß dem Oberbaurat, einem Beamten in Besoldungsgruppe II b, welcher ein jährliches Einkommen von Tausenden von Mark hat, eine Sondervergütung von 3000 Mark bewilligt wurde.

Der reformistische Betriebsrat Müller erstattet vor Betriebsräten des Gesamtverbandes Bericht von AOB.-Betriebsrätekonferenz

Breslau. Am Mittwoch, dem 26. Januar, hatte der Gesamtverband seine Betriebsräte zu einer Sitzung zusammengestellt, in welcher der Reformist Müller den Bericht von der Berliner AOB.-Betriebsrätekonferenz erstattete.

Aus diesem Bericht ging sehr deutlich hervor, was wir schon vor einigen Tagen ausführlich behandelt haben, daß diese Betriebsrätekonferenz des AOB. sich nicht mit der Frage des Kampfes gegen den Lohnraub beschäftigte, sondern neben der Behandlung von rechtlichen Fragen der Betriebsräte sich darauf konzentrierte, wie am erfolgreichsten die AOB. bekämpft werden kann.

Daß auch Müller in seinem Bericht die Hauptaufgabe in der Verleumdung der AOB., sah, das ging daraus hervor, indem er erklärte, daß in Düsseldorf bei einem Streik der rote Betriebsrat Streikbruch verübt habe. (Zuruf: Staußt Du das? Gelächter.)

Den Beweis wollte Müller dadurch erbringen, indem er auf den Berliner Verleumdungsstreik einging und auch hierbei der AOB. ein Ausweichen wollte. Weiter sprach er: Italien und Rußland kommen für den AOB. und die Gewerkschaften überhaupt nicht in Frage, denn dort existieren nur Staatsgewerkschaften.

In Rußland kommandierte Lenin in den Gewerkschaften herum.

Diese Behauptungen lösten unter der Verleumdung ein großes Gelächter aus. (Zuruf: Waise: Der ist doch schon lange tot. Erzähle uns doch auch noch was von Amerika.)

Nur streifte er kurz die Frage der Entkommunifizierung, ohne zu sagen, wie dagegen zu kämpfen ist. Der Hauptschlag war: Nazis und Kommunisten, die sind schuld daran, daß die Gewerkschaften nicht mehr kämpfen; sie sind schuld daran, daß die Lebenslage der Gemeindeglieder täglich sinkt.

In der Diskussion sprach ein Kollege zur Unfallfrage, indem er betonte,

die Rechtslage ist eine immer unsichere geworden. Mehr und mehr Betriebsräte werden entlassen. Man muß hier alle Kräfte aufbieten, um dies zu verhindern.

Ein Kollege der Opposition zeigte dann auf, daß dieser Kongreß still und heimlich von den Führern des AOB. organisiert wurde. Er protestierte aufs schärfste dagegen, daß von den Breslauer Betriebsräten niemand zur Wahl dieses Delegierten überhaupt Stellung nehmen konnte. Diese Reichsbetriebsrätekonferenz, sie mußte der Luft sein zum Angriff der Arbeiterklasse, zur Eroberung der geraubten Positionen und Löhne. Sie wurde nicht zu einem Kampflongreß gestaltet, sondern die AOB.-Führer stellten dort die Frage: Sicherung ihrer Positionen im kommenden Betriebsrätewahlkampf.

Die Erklärung von Nörpel beweist, daß sie die Politik der Tolerierung der Schleicher-Regierung fortsetzen wollen. Keine klaren Erklärungen zur 40-Stundenwoche, dafür aber sehr klar die Verlängerung der Amtsdauer. Gewerkschaftspolitik, welche für die Arbeiter eine Besserung ihrer Lebenslage bringen soll, kann nur geleistet werden auf dem Boden des Klassenkampfes.

Der Kollege reichte dann folgendes Kampfprogramm ein:

Kampfprogramm

Die Kollegen, die auf der Einheitsliste der Betriebsarbeiter zur Betriebsrätewahl kandidieren, verpflichten sich, für folgende Forderungen einzutreten und an der Spitze der Delegierten zu kämpfen:

- 1. Für die Organisierung eines entschlossenen Kampfes gegen jeden Mißstand Lohnabbau, für Weiterzahlung der Ausgleichszulage und ihrer Eingliederung in den Produktionsprozeß.
2. Für 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, für Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.
3. Wegen jede Entkommunifizierung.
4. Wegen jede betriebliche Verschlechterung, für den Ausbau der sozialen Einrichtungen, für ausreichende Schulpflicht, für Abschaffung des Strafsystems, gegen das Antreibersystem, für menschenwürdige Behandlung.

- 5. Für ein einheitliches Versicherungswesen mit ausreichenden Unterstützungen und Renten auf Kosten des Arbeitgebers.
6. Für Herstellung der kämpfenden Einheitsfront gegen die Spaltungs- und Ausschlußpolitik der reformistischen Verbandsoberkratie, für bedingungslose Wiederaufnahme der wegen oppositioneller Tätigkeit Ausgeschlossenen.
7. Gegen die Tolerierungs- und Streikbruchpolitik der AOB.-Führung, für die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes.
8. Gegen den Hilslerfaschismus, den Organisator des Streikbruchs und Unterstützungsraubes.

Sapler in Einheitsfront mit den Reformisten gegen AOB.

Auch diese Konferenz zeigte, daß die Sapler wieder einmal Einheitsfrontpolitik mit den Reformisten machten und daß sie den Schleicherkurs in den Gewerkschaften trotz allem Geschrei der „SZ.“ aufs regste unterstützen. Engels war es, der die alte bekannte Saplermaxime vom AOB.-Streik abtrotzte und der AOB. den Vorwurf machte, daß sie diesen Streik nicht freigekauft zu Ende geführt habe. Von dem Verrat der Reformisten im AOB.-Streik sagte er nichts. Zum Kampfprogramm sagte er, man könne einen Teil des Programms übernehmen und auch nicht und drückte sich somit vor einer klaren Stellungnahme.

Schwarz, welcher es sich auch nicht nehmen ließ, in AOB.-Hebe zu machen, erklärte wörtlich: Wir müssen beachten, daß der kommunistische Einfluß steigt und das ist ein großes Unglück für uns. In Hand einer Statistik weist er zu seinem Bedauern und dem Bedauern der Reformisten nach, daß der Einfluß der Kommunisten in den letzten Jahren um 100 Prozent gestiegen ist.

Für politische Neutralität

„Politisch neutral“ wie nun die SWP. einmal ist, beschwert sich dieser Saplerbetriebsrat, daß es vollkommen falsch sei, daß die Politik in die Betriebe hineingetragen würde. Auch müsse er eingesehen, daß es den Anschein hat, als wenn die 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich zur Tatsache werden sollte.

Schwarz als Helfershelfer der Leipziger u. Co. entlarvt

Auf Grund der Stimmung, die unter den Mitgliedern des Gesamtverbandes herrscht, indem die Betriebsräte im Ausschuss über die Beschäftigung dieser Konferenz ohne Betragen der Mitglieder bestimmten, sah sich Schwarz gezwungen, dazu etwas zu sagen. Der o. w. h. hier erging es dem SWP.-Strategen Schwarz sehr bitter. Denn Schwarz stellte fest, daß Schwarz als Mitglied des Ausschusses von der Beschäftigung der Konferenz gewußt hat und er diese Tatsache verschwiegen hat.

Also haben auch hier die Mitglieder ein klares Beispiel, daß die schleinradikalen Demagogen der SWP. genau so hinter dem Rücken der Mitglieder handeln als die reformistischen Gewerkschaftsstrategen.

Kollegen Gemeindeglieder! Mitglieder des Gesamtverbandes!

Diese Versammlung muß euch zeigen, daß die SWP. und die SPD. mit verteilten Rollen bereit sind, die Politik des weiteren Lohnabbau durchzuführen. In ihrer Hebe gegen die revolutionären Gewerkschaftler und die AOB. sind sie sich gleich. Sie halten es für ein Unglück, daß die Kommunisten die Betriebe erobern.

Wir sagen euch: Die Grundlage einer echten Opposition kann nur ein Kampfprogramm sein, welches keine Parteiforderungen enthält, sondern die Forderungen, für welche die gesamte Delegierten eintreten muß, wenn sie nicht elend als Hungerleider zugrunde gehen wollen.

Kollegen! Prüft diese Forderungen der Opposition und ihr werdet sehen, es sind eure Forderungen. Verlangt von allen Betriebsratskandidaten und Gewerkschaftsfunktionären, daß sie sich auf dieses Programm der Opposition verpflichten.

Wählt nur solche Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, die bereit sind, den Kampf für dieses Programm zu organisieren.

Verräter der Einheitsfront am Pranger

Steinau a. D. In Nr. 8 des Steinauer Kreisblattes vom 19. Januar wird in einem Artikel, welcher ein Erzeugnis eines gewissen Ftau ist, unwahre Behauptungen gegenüber der Roten Hilfe aufgestellt. In diesem Artikel wird behauptet, daß die Rote Hilfe, Ortsgruppe Steinau und andere Unbefugte für diejenigen, die anlässlich des Zusammenstoßes am 1. August durch die Klassenjustiz verfolgt wurden Geld und Naturalien gesammelt, und dieses nicht den Verurteilten oder ihren Angehörigen abgegeben hätte.

Die Ortsgruppe der Roten Hilfe Steinau a. D. hat wie alle Jahre sich an der Winterhilfsammlung für die proletarisch-politischen Gefangenen beteiligt, und nicht aus Lokalpatriotismus nur für bestimmte Kreise gesammelt.

Wie wir durch Quittungen der Betroffenen nachweisen können, haben die Frauen von Frau, Wittig, Schäkel und Mattheus am 20. September je 2 Mark erhalten. Frau erhielt sogar von Genossen Tabak zur Verteilung an seine Mitgefängenen und hat derselbe jedoch den Tabak für sich allein verbraucht. Außerdem erhielten Frau und andere von der Roten Hilfe einen Rechtsanwalt gestellt.

Wir werden in einem Flugblatt, sowie in einer öffentlichen Versammlung dazu Stellung nehmen und die Verräter der Einheitsfront an den Pranger stellen. Die Ortsgruppe der Roten Hilfe, Steinau an der Ober hat dem Steinauer Kreis- und Stadtblatt eine Berichtigung zugesandt.

Proletarischer Dank an die Steinauer Geschäftswelt

Die Ortsgruppe Steinau der Roten Hilfe Deutschlands spricht allen hiesigen Geschäftsleuten, die die Winterhilfsammlung für die proletarisch-politischen Gefangenen unterstützt haben, ihren proletarischen Dank aus. Durch die praktische Solidarität der Geschäftswelt war es auch in diesem Jahre möglich, einer großen Anzahl proletarisch-politischen Gefangenen und ihren Angehörigen eine Freude zu bereiten. Unser Solidaritätswert gilt nicht nur irgendwelchen bestimmten Leuten einer Stadt, sondern der Organisierung des Klassenkampfes gegen die Klassenjustiz, Sicherstellung des Rechtschutzes, sowie der Betreuung der Angehörigen, das sind die Aufgaben der Roten Hilfe.

Note Hilfe Deutschlands, Ortsgruppe Steinau a. D.

Der proletarisch-politische Gefangene Werner, der durch die Amnestie befreit worden ist, ermächtigt uns, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

An die Steinauer Arbeiter!

Unterzeichneter spricht der Roten Hilfe, Ortsgruppe Steinau, für das empfangene Paket mit Naturalien und Gelbunterstützung seinen proletarischen Dank aus. Gleichzeitig danke ich der Arbeiterschaft und der Geschäftswelt, welche die Winterhilfsammlung der Roten Hilfe unterstützt haben. Unterzeichneter wird jederzeit Verleumdern der Roten Hilfe entgegenreten. gez. Richard Werner, Steinau a. d. O.

Verantwortlich für den politischen Teil, Probing und Solates: Walter Suha. Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Gallaum, Breslau. — Verlag und Druck: Schlichte-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau, Treibacher Straße 50.

Am Montag Protestkundgebung in Waldenburg gegen das Blutbad in Dresden.

Antreten um 17 Uhr Barbarsstraße. Kundgebung auf der Viehweide.

Antifaschisten marschieren!

„Empfang“ des Naziführers Goebbels durch demonstrierende Antifaschisten

Gleiwitz. Am Mittwoch, dem 25. Januar, hatten sich die Gleiwitzer Nazis den „berühmten Propagandachef“ Goebbels aus Berlin als Redner verschrieben. Die vorgesehene Nazikundgebung mit Goebbels sollte auch der Gleiwitzer Nazibewegung einen Auftrieb geben und die unter den Naziwählern und der SA-Bewegung vorhandene Mißstimmung und Zerfahrenheit verschleichen. Es kam aber anders, wie es sich die Nazistrategen, die täglich den Kommunismus mit Stumpf und Stiel auszotteln, dachten.

Die Kommunistische Partei hatte zusammen mit dem Kampfbund gegen den Faschismus und dem Roten Massenstreik zu einer öffentlichen Kundgebung auf dem Germaniaplatz aufgerufen. Nach dem Aufruf des Berliner Polizeipräsidenten wurde die KPD-Kundgebung durch den Polizeipräsidenten Waderzapp im letzten Moment verboten. Als Begründung mußte die sogenannte „unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ herhalten, die weniger für die Öffentlichkeit bestand als in der Tatsache, daß die Nazis um die Sicherheit ihres Oberhauptes Goebbels Angst hatten, den man schließlich wegen Mangel an allzu geringer Anteilnahme hätte ausfallen lassen müssen. Ganze 100 Mann SA, mimten das Volk bei dem Empfang Goebbels. Durch

die Verbotsmaßnahmen gegenüber der KPD und den Antifaschisten soll die Arbeiterschaft dem faschistischen Terror der SA ausgeliefert werden. Die Gleiwitzer Arbeiterschaft hat auf diesen Versuch die richtige Antwort gegeben.

Hunderte von Antifaschisten demonstrieren

Aus den einzelnen Stadtteilen zog Hunderte von Arbeitern geschlossen zum Germaniaplatz und von dort aus zum Ring. Hier hatten sich über 500 Arbeiter und Arbeiterinnen versammelt, und ein Arbeiter sprach unter Beifall über den Kampf gegen den Faschismus und forderte zur verstärkten Organisation des antifaschistischen Massenstreikzuges auf.

Mit einem dreifachen „Rot Front!“ fand die Kundgebung ihren Abschluß.

Spontan formierte sich ein 300 Antifaschisten umfassender Demonstrationzug und zog unter Gesang revolutionärer Kampflieder und Rufen der Sprechchöre durch die Wilhelmstraße, begleitet von Hunderten weiteren Demonstranten auf den Bürgersteigen, die in die „Rot-Front!“-Rufe einstimmten.

Einige hundert Meter vor dem Bahnhof erschien plötzlich Schupo mit mehreren Ueberfallkommandos und prügelte die Demonstration auseinander. Unter starkem Polizeiaufgebot erlitten trotzdem an allen Ecken die Sprechchöre und Kampfrufe der antifaschistischen Arbeiter: „Nieder mit dem Faschismus und der braunen Nordpest!“ — „Nieder mit dem braunen Maulhelden Goebbels!“

Unter stärkstem Polizeischutz marschieren hundert SA-Leute nach dem Bahnhof

Etwa eine halbe Stunde nach dem Polizeiaufmarsch auf die Antifaschisten marschierten etwa 100 SA-Leute unter stärkstem Polizeischutz zum Bahnhof, um Goebbels in Empfang zu nehmen. Als bekannt wurde, daß Goebbels vom Bahnhof von seinen Getreuen abgeholt wird, fanden sich Hunderte von Arbeitern auf dem Bahnhofsvorplatz ein, um ihn auf ihre „Art“ zu begrüßen.

Zu gleichen Augenblick, als Goebbels durch die Sperre trat, ertönte der Massenruf: „Nieder mit dem Faschismus!“

Das war für die Bahnpolizei und die Schupo der Anlaß, um maßlos und planlos mit einer wüsten Gummimüppelattade auf alles dreinzuschlagen, was sich in der Bahnhofshalle befand, um Goebbels den Weg aus dem Bahnhof frei zu prägen.

Bei der wüsten Gummimüppelattade wurde in unerhörter Weise der kommunistische Abgeordnete des Preussischen Landtags, Genosse Karl Fischer, von der Polizei schwer mißhandelt und niedergeschlagen. Das Attef des Arztes Dr. Lubnowitz stellte erhebliche Verletzungen und blutende Wunden fest. Genosse Fischer wollte gerade zum Zug, um in einer öffentlichen Versammlung zu sprechen, als die angeführte „Begrüßung“ Goebbels durch die Arbeiter erfolgte. Plötzlich erhielt Genosse Fischer mehrere schwere Schläge mit dem Gummimüppel über der Kopf.

Als Genosse Fischer sich als Abgeordneter zu erkennen gab, erfolgte eine erneute Attacke auf ihn, und durch weitere Gummimüppelstöße wurde Genosse Fischer bewußtlos niedergestreckt.

Die Polizei hielt hochstäblich für Goebbels den Weg frei, der in ein bereitstehendes Auto stürzte und zum Versammlungsort fuhr, während in der Straßen durch die Antifaschisten weitere Protest- und „Nieder!“-Rufe auf den Faschismus erschallen, und erst gegen 8 Uhr abends gelang es der Polizei, die „Ruhe“ wieder herzustellen.

Goebbels macht „Geschichte“

Am großen Saal der „Neuen Welt“ sprach Goebbels in überaus demagogischen Reden und beschwor wieder einmal die Machtübernahme der Nazis. Um die immer mehr unruhig werdenden Nazis zu beruhigen, abbellerte er in geschichtlichen Darlegungen an die Geburt und Ausdauer der Rasienvölker. Seine Ausführungen drehten sich um den Dreißigjährigen Krieg und den in England im 18. Jahrhundert tobenden Wirtschaftskrieg, der ebenfalls 20 Jahre tobte, und ging dann noch weiter zurück auf den Kampf der Römer gegen die Karthager, der 120 Jahre dauerte.

Die Ausführungen Goebbels waren eines Sekundaners oder eines Mittelschulbeters würdig, aber was die wenigen anwesenden Wohlfahrtsunterstützung beziehenden Naziproleten mit dieser Goebbelchen geschichtlichen „Weisheit“ anfangen sollen, verriet Goebbels nicht.

Die haben keine 120 Jahre mehr Zeit, um zu warten, bis „die Nazi-Machtübernahme“ ihnen das „versprochene“ Brot gibt. Auch nicht das Gras der wertvollen Naziwähler, so daß seine Ausführungen merklich abkühlend wirkten, woran auch die mit Pathos und Stimmenaufwand erneut hinaufposaunte baldige „Machtübernahme“ nichts änderte.

Goebbels hat eines „vergessen“, und zwar, daß wir im 20. Jahrhundert leben, eine kommunistische Internationale haben, die auf einem Sechtel der Erde den Sozialismus aufbaut, und in Deutschland eine kommunistische Partei, die den sozialen und nationalen Massenbetrug der Nazis zertrümmern und die faschistische Diktatur mit ihren Trabanten um Goebbels und Hitler vernichten wird im Kampf um

die sozialistische Arbeiter- und Bauernmacht, die nur einzig und allein Arbeit, Brot und Freiheit für die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen bringen kann.

Was geht in Groß-Mochbern vor?

Vor nicht allzu langer Zeit brachte die „Volksmacht“ einen Bericht über die zwangsweise Amtsenthebung des SPD-Wohlfahrtsinspektors und Amtsvorstehers August Klose. Aus dem Bericht mußte man entnehmen, als hätte sich August jubelnd für die Erwerbslosen aufgedröhrt. Es scheinen aber doch Haare in der Suppe zu liegen. Denn den Berichten nach, die im Orte herumgeschwirren, scheint es uns, als werde alles von der Behörde totgeschwiegen.

Wir wollen etwas nachhelfen. Ein Parteigenosse von Klose sorgte sich privatim mehrere hundert Mark zum Kauf eines Motorrades; Klose entnahm dieses Geld aus der Gemeindefasse. Dieses Konto steht schon seit vielen Jahren offen, obwohl die Summe schon an Klose zurückgezahlt wurde. Wie wir aus genauer Quelle wissen, soll der Herr Landrat mehr davon wissen. Zu welchen Gemeindefassen der laubere SPD-Amtsvorsteher fähig ist, wollen wir hier aufzeigen. Er versucht, trotzdem er ein Einkommen von über 500 Mark monatlich hat, einen Siedler, der sich mit seinen Söhnen ein Wohnhaus baute, um 150 Mark zu pressen. Als ihm aber der Sohn des Siedlers heftig auf die Pelle rühte und mit Gericht drohte, gab er den Betrag seinem SPD-Genossen zurück. Also, Herr Landrat, die Arbeiter von Groß-Mochbern wünschen Aufklärung, warum und weswegen die zwangsweise Entfremdung des SPD-Klose erfolgte.

Bertätigte von Klettendorf!

Herans zur Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Fester am Sonntag, dem 29. Januar, 20 Uhr, Einlaß 7 Uhr

Gasthaus Kontab, Klettendorf

1. Konzert der Musikkapelle „Süd“, Breslau.
2. Ansprache.
3. Rezitationen.
4. Theateraufführungen der roten Spieltruppe Jsa-Fanoel, Breslau.

KPD, Ortsgruppe Klettendorf.

An unsere Arbeiterkorrespondenten

Für die vorliegende Ausgabe unserer Zeitung hatten wir wiederum einen so großen Antrag von Material und Berichten aus dem ganzen Bezirk, daß es unmöglich war, alles unterzubringen. Die Berichte der Genossen aus folgenden Orten konnten wegen Raummangel nicht untergebracht werden: Ober-Waldenburg, Dittersbach, Behmwascher, Bad Charlottenbrunn, Bisteggersdorf, Liebau, Königszelt, Schweidnitz, Mersdorf-Liebethal, Friedeberg a. Quela, Rabishau, Nitrisch, Hermsdorf, Giersdorf, Lüben, Wittwartheim, Kofenthal und Keusalz. Die hier genannten Berichte werden im Laufe der nächsten Woche erscheinen. Bei Mehrbestellungen von Zeitungen, bitten wir, uns den Tag mitzuteilen. Die Red.

Geschäftliches.

Proleton-Wochenprogramm

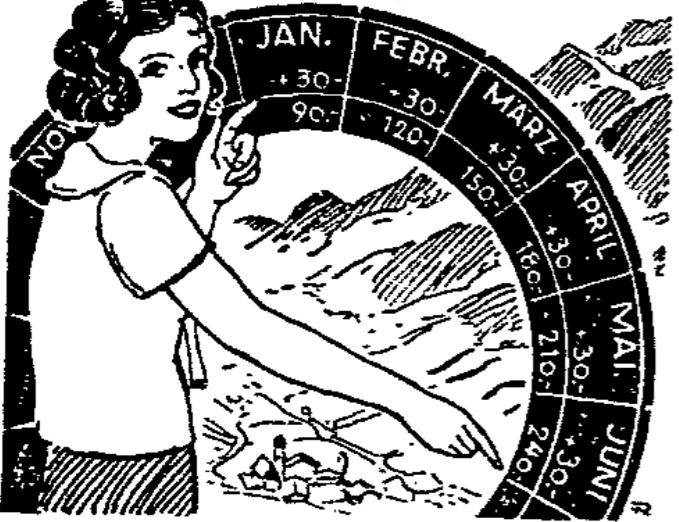
Ab Freitag ist im Programm des Proleton ein mutiger, künstlerisch wertvoller und aufwühlender Film zu sehen. „Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin“. — Ein Film, der unter so vielen Filmen endlich einmal wieder den Mut gefunden hat, zur ungeheuren Not im Zusammenleben der Menschen in der heutigen Zeit Stellung zu nehmen. Im Film selbst ist ein Bild zu sehen, wo Mütter vor einem Tribunal angeklagt werden; die angeklagten Mütter hocken auf einer Treppe, die in die Unendlichkeit führt und mit einer unendlichen Zahl von Müttern belagert ist. Auch im Arbeiter-Kino Proleton werden die Besucher diesem Filme Inerfernung zollen. Zu diesem Spitzenfilm wird weiterhin noch ein Otto-Wallburg-Lustspiel: „Der Hochtourist“ gezeigt. Neue Bilder der Tonwochenschau runden das Programm ab. Wer eine gute Kinoveranstaltung besuchen will, dem ist das Programm des Proleton sehr empfohlen. Sonntag 12 30 Uhr, findet die beliebte Nachmittags-Kinderdarstellung zu niedrigen Einheitspreisen statt.

KAUFHAUS SCHOCKEN WALDENBURG

gegen Kälte und Grippe

Wärmflaschen	Wärmflasche Stahlblech verzinkt, geschnittene Messinggewinde, Messingverschraubung, 78cm	1.00
	Kupferwärmflasche geschnittenes Messinggewinde, Messingverschraubung, 28 cm	2.25
	Kinderwärmflasche verzinkt, Messingverschraubung, 20 cm	0.50
	Heizkissen 30x40 cm, 3-lache Wärmeregulierung, VDE-Zeichen, 110 oder 220V.	6.85
	Zugluft-Abschließer zum Dichten von Fenstern und Türen, weiß oder braun, mittelstark m	0.05
Vorbereitungsmittel gegen die Grippe	Eukalyptus-Menthol-Bonbons 1/4 Pfd.	0.18
	Block-Malz geschlagen 1/4 Pfund	0.17
	Jamaika-Rum-Verschnitt 45 Vol. % 1/1 Flasche	2.85
	Weinbrand-Verschnitt 33 Vol. % 1/1 Flasche	1.95
	Weinbrand (Jacobi) 38 Vol. % 1/1 Flasche	2.95
	Allasch-Kümmel 30 Vol. % 1/1 Flasche	1.95
	Kräuter-Likör 35 Vol. % 1/1 Flasche	2.85
	Rohwein zur Gühweinaerzeugung 1/1 Flasche	0.78
	Malaga rot, abged., lose Liter 1.00 1/1 Flasche	0.95
	Wermulwein lose Liter	0.68
	Bienenhonig ausgewogen Pfund	0.88
	Bienenhonig deutscher 1/1 Glas	1.45
	Parana-Mate-Tee 333 200 Gramm-Paket	0.40
	Zitronen 3 Stück	0.10
	Gesundheitssteig Groß-Beu'el 10, 12, kleiner Btl.	0.06
	Kalt-Inhalator mit Inhalationsöl für Mund- und Nasenhöhle, stets gebrauchsfähig	1.50

Für nächsten Urlaub



möchten Sie doch wieder eine Reise machen! Das können Sie auch, nur müssen Sie beizeiten an Ihre Reisekasse denken und dafür schon jetzt regelmäßig sparen bei der

Städt. Sparkasse zu Breslau

Nicht vergessen

zu jeder Mahlzeit



Christ-Brot essen

PROLETON Tonfilmbühne

Gabitzstraße 2a

Höfchenstraße 9

Ab Freitag bis Donnerstag, den 2. Februar

Hertha Thiele

Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin

Das erste Recht des Kindes

Ein aufrüttelnder Film über die Not unserer Zeit für die Lebensrechte von Mutter und Kind

Regie: Thea von Harbou u. Dr. Wendt-Hausner

und etwas zum Lachen: Otto Wallburg Lustspiel

Der Hochtourist

mit Maria Solveg, Theo Shall, Irude Berliner und die

neueste Tonwochenschau

Preise Wochentags ab 30 Pfg.

Sonntag - Nachmittag 1/3 Uhr:

Große Kinder- und Familien-Vorstellung

Arbeiter-Sport-Kartell

Genossen kauft nur bei den Inserenten der Arbeiter-Zeitung

Erste Breslauer Lohnwäscherei

liefert Ihnen im Beisein der Hausfrau in 1. Tage

die große Wäsche schrankfertig

ARNOLD SCHMIDT

Jetzt Klostersir. 96 - Telefon 24132

(von 1926 bis 1932 Habenstraße 2)

Auf der Tagesordnung: Neuauerteilung der Kolonien

Der Weltkrieg nähert sich mit Riesenschritten

Genosse Stalin hat im Jahre 1925 als ein Hauptmerkmal, in dem die relative Stabilisierung des Kapitalismus in den internationalen Beziehungen zum Ausdruck kam, die Tatsache bezeichnet, daß sich die imperialistischen Mächte zeitweilig über die Nichtteilnahme in die Ausbeutung ihrer Kolonien verständigt haben. Mit dem Ende der kapitalistischen Stabilisierung sind auch die Abmachungen der imperialistischen Mächte, die sich auf die Ausplünderung der Kolonien bezogen, erschüttert und die Frage der Neuauerteilung der Kolonien wird immer offener auf die Tagesordnung gestellt. Diese Tatsache ist neben dem bereits tobenden Krieg im Fernen Osten und den imperialistischen Machtkämpfen um die Vormachtstellung in Mittel- und Osteuropa ein hervorstechendes Merkmal für das Herannahen des neuen imperialistischen Weltkrieges.

Das Problem der Neuauerteilung der Kolonien wird jetzt bereits in der kapitalistischen Presse ganz offen diskutiert. Im Zusammenhang mit der formellen „Unabhängigkeits“-Erklärung der Philippinen durch das Parlament der Vereinigten Staaten, wurde von der amerikanischen Regierung ungewollt die Besichtigung ausgesprochen, daß diese amerikanische Kolonie demnächst durch Japan annektiert werden könnte. Es ist klar, daß der amerikanische Imperialismus nicht daran denkt, den Philippinen wirkliche Unabhängigkeit zu gewähren. Viel mehr bleiben die Philippinen nach wie vor eine Kolonie der Vereinigten Staaten. Die formelle „Unabhängigkeits“-Erklärung erfolgte ausschließlich auf den Druck des amerikanischen Judentums, der durch dieses Gesetz die völlige Einfuhr von philippinischem Zuder nach den Vereinigten Staaten verhindern will. In Wirklichkeit aber bleiben nicht nur die gesamte Wirtschaft, sämtliche Rohstoffquellen, alle ausschlaggebenden Betriebe und Verkehrswege in der Hand des amerikanischen Kapitalismus, sondern auch die militärische Besetzung der Philippinen durch amerikanische Truppen wird nach wie vor auf Philippinen durch amerikanische Truppen wird nach wie vor auf Annexion der Philippinen durch Japan beschränkt, so zeigt das den ungeheuren Grad der Zuspitzung des Kampfes um die Beherrschung des Stillen Ozeans.

Japan ist daran gegangen, die Frage „Wer soll Beherrscher des Stillen Ozeans sein?“ in China mit den Mitteln der Kanonen zu entscheiden. Und nun beginnt der amerikanische Imperialismus mit einer Gegenoffensive auf der ganzen Front. Es ist daher kein Zufall, wenn von Seiten des amerikanischen Kolonialministeriums plötzlich die Frage der sogenannten japanischen Völkerbundsmandate im Stillen Ozean aufgeworfen wird. Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Weltkrieg erhielt Japan die ehemals im deutschen Besitz befindlichen Marianen- und Karolinen-Inseln zugesprochen, und zwar in der Form von „Mandaten“ des Völkerbundes. Im Zusammenhang mit den Versuchen des amerikanischen Imperialismus, durch die Kriegsschulden die europäischen imperialistischen Mächte in der Wandscherefrage auf seine Seite herüberzuführen, wird plötzlich von der amerikanischen Presse die Frage aufgeworfen, was mit den Kolonialmandaten Japans im Stillen Ozean geschehen soll, falls Japan aus dem Völkerbund austritt. Mit dieser Fragestellung warf die amerikanische Bourgeoisie die Forderung nach der Neuauerteilung der Kolonien auf.

Jetzt beschuldigt der amerikanische Imperialismus Japan, daß es heimlich Befestigungsanlagen auf den Marianen- und Karolinen-Inseln errichtet, die eine Verletzung des Washingtoner Abkommens darstellen. Die japanische Regierung erklärt zu diesen Beschuldigungen, sie wären „stark übertrieben“, gibt jedoch zu, daß solche Befestigungen stattgefunden haben, obwohl sie tatsächlich im Washingtoner Abkommen unterlag. Da sich in demselben Abkommen die Vereinigten Staaten verpflichtet haben, den in der Nachbarschaft der Karolinen-Inseln gelegenen amerikanischen Stützpunkt Guam nicht zu besetzen, so erklärt der amerikanische Imperialismus in der Befestigung der japanischen Stützpunkte im Stillen Ozean eine entscheidende Bedrohung seiner Vormachtstellung auf dem Stillen Ozean.

All das läßt keinen Zweifel mehr darüber, daß der Macht-

Auf der Wacht für den Frieden!

Schlusswort des Genossen Molotow auf der Tagung des Zentralsekretariatskomitees

Moskau, 27. Januar 1933.

In seinem Schlusswort in der Session des Zentralsekretariatskomitees der Sowjetunion sagte Genosse Molotow die Ergebnisse der Diskussion über den Volkswirtschaftsplan zusammen. Der von der Regierung der Session zur Beurteilung der Vorkonkretisierung vorgelegte Plan, erklärte Genosse Molotow, fand, wie die Diskussion zeigte, einstimmige Billigung. Genosse Molotow konkretisierte, indem er auf die Debatten der Redner einging, eine Reihe praktischer Aufgaben des Jahres 1933. Eine der Hauptaufgaben besteht in der Steigerung der Produktivität der Arbeit unter aktiver Teilnahme der Arbeiter selbst. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben in der neuen Technik, die gemeistert werden muß. Die Beherrschung der neuen Technik ist unbedingt möglich, denn dies liegt in den Händen der Sowjetmacht und der Werktätigen der Sowjetunion.

Am Schluß seiner Rede berührte Genosse Molotow kurz die internationale Lage der Sowjetunion. Es besteht kein Bedürfnis, erklärte er, neuerlich über die internationale Politik der Sowjetunion zu sprechen, denn sie wurde von den Diskussionsrednern restlos gebilligt. Bei einer Gegenüberstellung unserer Wirtschaft der Wirtschaft der kapitalistischen Länder zeigen sich prägnant die Erfolge unserer internationalen Beziehungen. Diese Erfolge werden auch weiter wachsen, wenn wir unsere Wachsamkeit nicht abschwächen.

Wenn wir innerhalb des Landes nicht allein den nationalen Frieden, sondern auch die vollständige Freundschaft der in der Sowjetunion lebenden Nationen sichergestellt haben, so verschärfen sich in den kapitalistischen Ländern die nationalen Gegensätze und die Gegensätze zwischen den Staaten immer mehr und wachsen sich bereits zum Kriege aus.

Genosse Molotow wies auf das jüngste unsinnige Auftreten des Hetmans Skoropadski hin, mit seinem Vorschlag, die Ukraine von der Sowjetunion loszureißen und die Reichtümer der Ukraine dem ausländischen Kapital zur Ausbeutung zu überlassen. Genosse Molotow erklärte dazu: Erstens ist die Sowjetunion unzerstörlich, zweitens sind die Hände Skoropadski zu kurz, drittens könnte man über Skoropadski manches Unangenehme sagen, doch es lohnt sich nicht, die Zeit damit zu verlieren.

Die Sowjetunion hat im Laufe des ersten Fünfjahresplans manches für die Wehrfähigkeit des Landes getan. Wir brauchen den Frieden für unseren sozialistischen Aufbau. Unsere Außenpolitik ist eine Friedenspolitik, die unzertrennlich ist von unserem sozialistischen Aufbau. Wir müssen jedoch wachsam sein und in jeder Weise für die Sicherung des Friedens kämpfen, schließt Molotow unter herzlichem Beifall.

Die Wahlen in Irland

Wahltag De Valeras — Protest gegen imperialistische Unterdrückung

Dublin, 27. Januar. Die Ergebnisse der am Dienstag stattgefundenen Landtagswahlen im Irischen Freistaat liegen zum größten Teil vor. Daraus ergibt sich ungewollt ein gewaltiger Erfolg der Fianna Fail, der Partei De Valeras, die eine glatte Mehrheit im neuen Landtag erobert hat. Nach den heute morgen vorliegenden Wahlergebnissen verteilen sich die Sitze im irischen Parlament folgendermaßen:

De Valera 33 Sitze, Cosgrave (Agent des englischen Imperialismus) 34, Unabhängige acht, Arbeiterpartei (Sozialdemokraten) sechs, Zentrumspartei sieben. Die Wahlergebnisse für 45 Sitze stehen noch aus, jedoch dürften sie an dem Verhältnis nichts mehr ändern. Die revolutionären Arbeitergruppen konnten ihren Kandidaten Partiu ju'n nicht zum Wahlkampf aufstellen, obwohl sie genügend Unterschriften für ihn bereitgestellt hätten. Nach dem realistischen Wahlergebnis müßten sie jedoch eine große Summe als Kautions stellen, die sie nicht aufbringen konnten.

Das Wahlergebnis im Irischen Freistaat und der Sieg De Valeras sind ein Ausdruck der tiefen antiimperialistischen

Stimmung der werktätigen Massen Irlands. De Valera hatte während der Wahlkampagne versprochen, den härtesten Kampf gegen den britischen Imperialismus zu führen bis zur völligen Loslösung des Irischen Freistaats aus dem britischen Weltreich. Diesen Versprechungen gelten die Stimmen, die für De Valera abgegeben wurden. De Valera wird seine Versprechungen niemals halten, denn die irische Bourgeoisie, deren Vertreter er ist, ist unfähig, den nationalen Befreiungskampf des irischen Volkes zu führen. Die bisherige Politik De Valeras zeigt bereits, daß die irische Bourgeoisie bereit ist, auf den Schultern des werktätigen Volkes jedes Kompromiß mit dem englischen Imperialismus abzuschließen, wobei es nur um den Anteil des Profites geht. Nur unter der Hegemonie des Proletariats kann das irische Volk seine nationale Unabhängigkeit erkämpfen.

Die Einwohnerzahl Leningrads ist auf 3 000 000 gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich damit die Einwohnerzahl um weitere 203 000 erhöht.

Kampf zwischen den imperialistischen Mächten in unmittelbarer Nähe gerückt ist. Man muß die kapitalistische Presse in Deutschland verfolgen, um zu erkennen, wie der deutsche Imperialismus bei der Aufstellung der Kolonialfrage sofort auf dem Sprunge steht, um an der Neuauerteilung teilzunehmen. In demselben Augenblick, wo von Seiten Amerikas die Frage der ehemaligen deutschen Kolonien im Stillen Ozean gestellt wurde, erhob sich auch sofort in der deutschen kapitalistischen Presse ein Riesengeschrei für die Rückgabe der Kolonien an Deutschland, und der deutsche Imperialismus bemüht sich fälschlich, aktiv in den Kampf um die Kolonien mit einzugreifen. Der Ausbruch eines Krieges am Stillen Ozean würde deshalb den deutschen Imperialismus keineswegs als „neutrale Macht“ sehen, sondern an der Seite einer der großen imperiali-

stischen Mächtegruppen, mit der Absicht, bei diesem neuen blutigen Raubzug nicht leer auszugehen. Deutsche Proletariat sollen ihr Blut vergießen, damit die Thyssen, Otto Wolff, die Flick und Duisberg koloniale Rohstoffquellen rauben und die billigen Arbeitskräfte in den Kolonien ausbeuten können.

Niemals in der Geschichte des Kapitalismus sind Kolonien „friedlich“ aufgeteilt worden, stets entbrannte um ihren Besitz blutiger Krieg. Wenn heute von den imperialistischen Mächten erneut um den Besitz der Kolonien gerungen wird, so müssen die Werktätigen wissen, daß dieser Kampf ihrer Ausbeuter für sie nichts anderes als ein neues Völkermorden bedeuten kann. Die Arbeiter der kapitalistischen Länder kämpfen deshalb für ihre eigenen Interessen, wenn sie den nationalrevolutionären Befreiungskampf der Kolonialvölker mit allen Kräften unterstützen.

Michael Tschumand'in Roman aus dem Russischen

Der weiße Stein

... Gäste kommen in großen Schlitten,
Arthiebe fallen auf die große Birke,
Und die Vögel fliehen vor den Fremden.

Mittel-Karelisches Volkslied.

1.

Opotshinski war ein ausgezeichneter Arbeiter, der sich auf alles verstand, dreimal war er bereits für seine Erfindungen prämiert worden. Die Zeitungen brachten Berichte über ihn und seine Vorrichtung zum Anfordern des Traktors. Wieviel Handverstauchungen, Fingerbrüche, Schnenzerungen hatte es gegeben, — da kam Opotshinski mit seiner „Gitarre“, wie er seine Vorrichtung nannte — und die schweren Zeiten waren im Handumdrehen vergessen. Selbst ein kleines Mädchen kann jetzt mühelos den widerstandsfähigen Motor in Gang bringen.

Oder zum Beispiel die Geschichte mit dem Stangen der kleinen Differentialtriebäder. Die Werkbänke wurden entlastet, die Werkstätten räumten mit den Abfällen auf, alle Metallreste wurden ausgenutzt — spielend und leicht strömte aus den Werkstätten ein Triebad nach dem andern. So stand die Sache. Opotshinski wußte, was er wert war, und war daher nicht wenig selbstbewußt. Er gab sich nicht mit jedem ab, und wenn es nicht etwa gar so lange Reife gewesen wäre, hätte er sich mit diesem Sidelin sicher in kein Gespräch eingelassen.

Wir alle sind schließlich nur Menschen... Was versteht er schon, dieser Philosoph. — Und Opotshinski begann sich sein ganzes Leben mit den geringsten Kleinigkeiten, wie auf der Handfläche ausgebreitet, in die Erinnerung zurückzurufen. Er konnte sich nicht über Eintönigkeit und Farblosigkeit beklagen. Nein, er hätte jedem ein solches Leben wünschen mögen, doch nicht jeder hätte ein solches Leben aushalten können. Noch heute lag in der letzten Abteilung der Briefstube ein Ausschnitt aus der „Stimme des Kämpfers“ mit der Veröffentlichung des Armeekommandos, daß er, Andrej Opotshinski ein Held der proletarischen Revolution, von weißen Banden standrechtlich erschossen worden sei.

Es stimmte schon, er war bei einem Aufklärungsritt in einen Hinterhalt geraten und hatte sich so lange gewehrt, bis alle seine Kameraden niedergeladelt worden waren. Sie hatten ihn erschossen, vom steilen Ufer in den Choper, der an dieser Unglücksstätte unwahrscheinlich wild ist, hinabgeschleudert und waren mit fröhlichen Liedern ins Dorf zurückgekehrt.

„Mich bringt man nicht so schnell um!“ liebt Opotshinski zu sagen, wenn er sich später erinnerte und es ihm eilig über den Rücken lief. „Mich schafft man nicht so leicht aus der Welt...“

Es fanden sich Zeugen seiner Erziehung. Nach der Vertreibung der Weißen setzten die Genossen ihrem Abteilungsleiter ein Denkmal: eine mit roter Farbe angestrichene Bank mit dem Namen ihres Kommandeurs, eine Bank unmittelbar am Abhang, wo in der Tiefe der Choper toste. Offen gesagt, ein ganz unbedeutendes Denkmal, eigentlich überhaupt kein Denkmal, wenn man die Sache ernsthaft betrachtet.

Und doch mußte sich Opotshinski das Schlußgen verbeißen, als er lange vorher, einige Monate später, völlig ergraut und abgemagert, das Dorf und das Flußufer aufsuchte und sich auf die Bank niederließ. Er las seinen Namen, las Datum und Monat... Und wenn er gemeint hätte, wäre das verwunderlich gewesen, obgleich er zu jenen gehörte, die sich nicht gleich ohne tiefere Ursache aufregen.

Er war niemals Mitglied der Partei gewesen.

„Ich habe nicht schlechter als die andern gekämpft, ich habe mich nicht geschont, wozu brauche ich ein Parteibuch, das sich mancher Schutz zu verschaffen versteht“, — so dachte er, ohne zu bemerken, daß seine Freunde verwundert die Achseln zuckten und dabei leise mit den Fingern auf den Tisch trommelten.

Opotshinski glaubte, war der festen Überzeugung, daß er mit seinem Blut sich das unbestreitbare Recht erkauft habe, anders zu leben als die andern. Ihm schien, daß es keiner großen Mühe bedürfe, um leicht dahinzuleben, ohne sich viel Gedanken zu machen, ohne das Bajonett zu senken und den Riemen zu lockern. Er wollte nur dafür die Verantwortung tragen, womit er selbst vollständig einverstanden war.

Daher rannte Opotshinski, als er seinen Namen auf der Liste derjenigen sah, die auf die Traktorenwerke in Stalingrad geschickt werden sollten, sofort zum Betriebsrat.

„Man hält mich wohl bereits für tot, daß man über mich, ohne mich erst zu fragen, verfügt?“

Er fragte so als ob er das Recht habe, von den andern Antwort zu heißen. Er blickte dem Vorstehenden des Betriebskomitees aufmerksam ins Gesicht — Opotshinski kannte ihn schon lange —, aber jetzt betrachtete er ihn genau und sah sofort, wie milde und abgearbeitet er war, und wie häßlich es eigentlich war, ihn mit unruhigen Gesprächen zu quälen. Doch Opotshinski hielt auf seinen Ruf.

„Ich habe nicht schlechter als die andern gearbeitet, ich habe Anspruch auf Achtung, man muß mit solchen Leuten sorgfamer umgehen.“

Und er entfernte sich selbstbewußt. Nach Stalingrad fuhr er nicht.

Jetzt konnte Opotshinski gar nicht begreifen, was ihn eigentlich bewogen hatte, seine Zustimmung zu verweigern.

Der Abschied von Leningrad, Familienverhältnisse, eine unbekannte Zukunft — nein, das waren keine Ausreden für ihn. Solche Erklärungen waren gut für Feiglinge und für hergelaufenes Gefindel!

2.

Opotshinski verließ den Zug auf der kleinen Station, deren Baracke noch stark nach irischem Bauholz roch und dessen helle Bretterwände, aus denen goldgelbes Harz quoll, in der Sonne blinkten. In den nächsten Tagen bekam er noch viele solcher Bauwerke zu Gesicht — die Stadt wuchs rascher als amerikanische Städte —, aber in diesem Augenblick setzte den Städter vor allem die Kleinigkeit in Erstaunen: denken Sie sich eine nageleise Bahnhofsbarracke, leichte Bretterwände, und aus den Ritzen quillt Harz.

Opotshinski fragte etwas Harz ab, zwirbelte es in Gedanken verloren zwischen den Fingern und griff nach seinem Handteller. Sidelin näherte sich ihm. Andrej verspürte keine Lust mit ihm zu reden. Er schritt leicht und unbefwahrt den Steg entlang, dessen Klaffende Bretter federnten, so daß flüßiger Schmutz aus den Ritzen hervordrang.

Stellenweise, unmittelbar am Steg wuchsen Birken. Aber was für Birken, einfach zum Bewundern; so klein und niedrig, ein dreijähriges Kind kann ihren Gipfel berühren. Uebrigens sah man hier viel Kinder. In der Ferne, an den grauen Abhängen des Berges, leuchteten weiß, durch die spärlichen mächtigen Nichten hindurch, die Zelte, die vorläufig den Anstößlern Obdach boten.

(Fortsetzung folgt.)

RUND UM DEN ERDBALL

Die Kältewelle in Deutschland

Auch im Ausland abnorme Kälte — Arbeitslose und Kleinbauern Opfer von Hunger und Frost

Während in Ostpreußen und Litauen sich der Frost stark gemildert und das Thermometer, wie z. B. in Memel, den Gefrierpunkt erreicht hat, ist es in einem Teil Ostdeutschlands noch kälter geworden. In Breslau wurden 25, in Schweidnitz und Gietow 27, in Grottau 30 und in Reustadt (Oberchl.) sogar 32 Grad Kälte beobachtet. Das sind die niedrigsten seit dem Winter 1928/29 in Deutschland vorgekommenen Temperaturen. Uebrigens wurden im Februar 1929 die allerextremsten Kältegrade innerhalb Mitteleuropas ebenfalls in Ostschlesien erreicht, wo es damals Kolberg auf -37 Grad C gebracht hatte.

Im ganzen Ostseegebiet dagegen hat sich gestern der Frost sehr abgeschwächt. Stettin, das in der vorigen Nacht noch 22 Grad Kälte gehabt hatte, meldete gestern mittag nur -9 Grad C. Am Strand türmten sich vor den Häfen gewaltige Eisschichten und verursachen allmählich völligen Stillstand der Schifffahrt und die Vereisung weiter Teile der offenen See. Ein nach Memel ausgelaufenes Schiff ist auf See festgefroren; ein von Swinemünde nach Kopenhagen ausgefahrener Dampfer mußte wegen der Eishindernisse wieder zurückkehren.

Wegen starken Treibeises auf dem Rhein wurde gestern mittag die gesamte Rheinschifffahrt eingestellt. Die von Hamburg nach Köln führende Gasfernleitung ist außerhalb der Stadt Köln infolge der Kälte geplagt. Die Wiederherstellungsarbeiten waren aber bereits gestern abend beendet; inzwischen erhielt Köln kein Gas durch eine zweite, aus dem Aachener Revier kommende Ferngasleitung.

In den mitteldeutschen und schlesischen Gebirgen herrscht zwar auch noch strenge Kälte, das Thermometer liegt aber auf dem Ramm und den Gipfelnationen infolge der bei Hochdruckwetter stets Platz greifenden Temperaturumkehr weit höher als im Tal; es zeigt dort bei sehr trockener Luft und windstillem sonnigem Wetter nicht mehr als 10 bis 15 Grad unter Null. Die Schneeverhältnisse sind für die Sportausübung überall gut. Besonders ist es in den bairischen Alpen, Mittelwald und Oberbayern melden 20, die Zugspitze hat jedoch nur 11 Grad Kälte.

Auch nach Italien ist die Kälte eingebrochen. In Triest herrscht Sora bei 9 Grad unter Null; in Mailand und



Beim Kammereck, nahe dem Loreleielsen, hat sich das Eis auf eine Ausdehnung von etwa zwei Kilometer festgesetzt, so daß — wie man aus unserer Aufnahme ersieht — ein talwärts fahrender Dampfer von den Eismassen umschlossen wurde

Bohlogna hat es geschneit. In den Abruzzen sind große Schneeverwehungen.

In Rumänien ist durch die dort niedergegangenen starken Schneefälle fast der gesamte Verkehr lahmgelegt. Im transilvanischen Gebirge herrschen Temperaturen bis zu 30 Grad unter Null; in der Ebene zwischen Bukarest und der Donau gegen die Dobrudscha gibt es Schneeverwehungen bis zu sieben Meter Höhe. Auf der Strecke nach Galatz liegen drei Züge, darunter ein Expreszug, eingeschneit; die Reisenden befinden sich seit drei Tagen in den umliegenden Ortschaften. Die gestrige erste Parlaments Sitzung nach den Weihnachtsferien konnte nicht stattfinden, da nur wenige Abgeordnete hatten nach Bukarest fahren können, und das Parlament mußte auf den 31. Januar vertagt werden.

Gleichzeitig treffen aus verschiedenen Teilen Deutschlands, aus Desterreich, Italien, Rumänien und Ungarn Meldungen ein über Erstrierung zahlreicher Arbeitsloser und Kleinbauern, die bei jeder Mittel dem Hunger und dem Frost ausgelegt sind.

Im roten Blitzlicht

Ein neues Giftgas hat der französische Generalstab in Sindo-China ausprobiert. Wie der Bericht feststellt, mit Erfolg. Dieses Giftgas hat die Eigenschaft, ein ganzes Regiment, bzw. auch eine ganze Stadt, oder besser gesagt, die Bevölkerung einer ganzen Stadt, in einen Lähmungszustand zu versetzen, der 48 Stunden währt.

Die französische Sozialdemokratie und seinerzeit auch der Kongress der 2. Internationale in Brüssel, hatten festgestellt, daß Frankreich in seinen Kolonien eine ungeheure zivilisatorische Tätigkeit ausübe. Jetzt sieht man es praktisch: ein neues Giftgas wird erfunden und an der Bevölkerung Indochinas, an der Bevölkerung seiner Kolonie, probiert der französische Militarismus das Giftgas aus. Was liegt schon daran, wenn die koloniale Bevölkerung für 48 Stunden in einen Lähmungszustand versetzt wird. Wenigstens haben sie das Bewußtsein, „wissenschaftlichen“ Zwecken zu dienen....

„Das entartete Judentum ist auch vorwiegend Begründer und Apostel des Sozialismus und Kommunismus, der Vorbote und Schrittmacher des Bolschewismus.“ — stellt der Erzbischof von Ling in einem Hirtenbrief fest. Nachdem man dies gelesen hat, ist man sich nicht klar darüber, ob der Erzbischof Hitler abgelehrt hat oder Hitler dem Erzbischof. Die Sprache der Schwarzen und der Braunen ist die gleiche.

„Ein sozialistischer Student soll sich nicht mit Politik befassen“ — erklärte der österreichische sozialdemokratische Führer Paul Richter. Diese Erklärung gab er ab, als die sozialdemokratische Wiener Stadtverwaltung mehrere Studenten, die in einem ihr gehörenden Studentenheim untergebracht waren, ermittelen ließ, weil sie sich, ihrer Meinung nach, zuviel mit Politik befassen und deswegen in den Verdacht kommunistischer Gesinnung gerieten.

„Am heutigen Tage grüßen wir den Kaiser und König in Ehrfurcht, Treue und Dankbarkeit. Wir werden nicht ablassen, Recht und Gerechtigkeit für den deutschen Kaiser zu fordern. Die Nation darf sich nicht mit Knyshäuserhoffnungen begnügen, solange Doorn eine vorwurfsvolle Tatsache ist. In diesem Jahre werden seit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II. 45 Jahre verfließen sein. — Wie stände es wohl mit dem Wiederaufbau, wenn er in den letzten fast 15 Jahren durch monarchische Führung gefördert und nicht durch Parteienherrschaft dauernd gehemmt worden wäre?“

Dieses hier wiedergegebene Telegramm, das am 27. Januar nach Doorn abgesandt wurde, stammt nicht — wie so manchen annehmen dürfte — von Scheidemann und den anderen sozialdemokratischen Führern, die im Jahre 1918 tapfer für die Erhaltung der Monarchie gerungen und sich im Jahre 1925 um die Fürstenabfindung „große Verdienste“ errungen haben, sondern vom Knyshäuserbund.

Der Völkerverbund hat offiziell der österreichischen Regierung die Anerkennung ausgesprochen, weil diese die von ihm erteilten Weisungen, die Löhne der Beamten und Arbeiter rigoros abzubauen und die so aus den Knochen der Arbeiter herausgepreßten Gelder für den Zinsendienst an das ausländische Kapital zu verwenden, befolgt hat. Der Völkerverbund stellt fest, daß sich Oesterreich jetzt auf dem richtigen Wege befindet.

Aus Oesterreich wird gemeldet, daß mit dem täglichen Wachsen der Arbeitslosigkeit sich die Hungergefahren ungeheuer ausbreiten, die Kindersterblichkeit infolge Unterernährung ein bisher nie erreichtes Ausmaß angenommen hat.

Die französisch-belgische Gesellschaft zur Herstellung von Eisenbahnmateriale in Reims bei Lille ist infolge Auftragsmangels geschlossen worden. Das Werk beschäftigte fast 3000 Arbeiter, die jetzt brotlos geworden sind.

An Bord des italienischen Dampfers „Marissa“, der sich augenblicklich im Hafen von Marseille befindet, brach am Donnerstags in den Kühlräumen Feuer aus. Nach mehrstündigen Bemühungen der Hafenfeuerwehr gelang es, den Brand zu löschen.

In Amsterdam ist von der Polizei ein Lastkraftwagen abgehalten worden, in dem nicht weniger als 2000 Kilogramm geschmuggelter deutscher Margarine entdeckt wurde.

In Rathenow slog das Verschlußstück eines Heizkörpers der Warmwasserheizungsanlage einer städtischen Schule plötzlich heraus. Im Ru war der ganze Raum von lodenden Dämpfen erfüllt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Bei Feldarbeiten in einem kleinen an der Eisenbahnstrecke Reims-Laon gelegenen Dorfe wurden die Leichen von fünfzehn deutschen und sechs französischen im Weltkrieg gefallenen Soldaten gefunden. Nur vier konnten identifiziert werden.

Der Pleitegeier geht um

Zwangsverwaltung über Amerikas größten Film-Konzern

New York, 27. Januar. Der größte Filmkonzern Amerikas, die Paramount-Public-Corporation, die in Deutschland durch die Paramount-Film-AG vertreten ist und deren Aktienkapital fast 700 Millionen Mark beträgt, wurde heute unter Zwangsverwaltung gestellt, die verschiedene Aktionäre wegen Aktienverschleudungen beantragt hatten.

Vor wenigen Tagen wurde bereits über die Radio-Keith-Orpheum-Corporation wegen eines Kassenfehlers die Zwangsverwaltung verhängt. Auch die Public-Enterprises, eine Tochtergesellschaft der Paramount, hat mit 41 Millionen Dollar Schulden und 23 Millionen Dollar Aktiven freiwillig die Zwangsverwaltung beantragt.

172 Kinder erkranken

Lübeck in zweiter Auflage

Paris, 27. Januar. Eine Angelegenheit, die lebhaft an das Lübecker Kindersterben erinnert, beansprucht augenblicklich die französische Öffentlichkeit. In Bourbon-Lancy bei Charolles sind seit dem 20. Dezember nicht weniger als 172 Kinder an den Folgen einer Impfung erkrankt. Eines der Kinder ist zwei Tage nach der Impfung gestorben, sieben andere, deren Zustand noch beorgnisserregend ist, befinden sich in dauernder ärztlicher Beobachtung.

Am 20. Dezember fand in der Ortschaft eine behördliche Impfung der Kinder gegen Diphtherie statt. Schon am folgenden Tag klagten die Kinder über Schmerzen an der Impfstelle und wenige Tage später stellte sich schweres Fieber, verbunden mit Geschwüren und Geschwülsten, ein. Bei fast allen Kindern war ein operativer Eingriff notwendig, um den Eiter abzuleiten. Obgleich die Untersuchung noch nicht beendet ist, behauptet man, daß der angewandte Impfstoff verdorben gewesen sei.

Schallplattenzeitung

Ein Londoner Journalist gibt eine Schallplattenzeitung heraus. Die Zeitung erscheint täglich in einer Auflage von bisher 3000 Exemplaren, kostet etwa das Dreifache der gewöhnlichen Tageszeitungen, besteht aus drei bis vier doppelseitig bespielten Schallplatten, die ununterbrochen hintereinander abgespielt, die wichtigsten Tagesereignisse wiedergeben. Besonders große Verbreitung hat die Schallplattenzeitung begriffslosweise unter den Blinden gefunden, die trotz des hohen Preises die Zeitung halten, um auf diese Weise in den engsten Kontakt mit den Tagesereignissen zu kommen, die sie sonst viel später erfahren würden.

Hotelbrand in Detmold

Tote und Verwundete

Detmold, 27. Januar. Ein Großfeuer brach heute nacht im Hotel „Zur Traube“ infolge Ueberheizung eines Ofens aus. Das Gasthaus brannte völlig aus. Die schlafenden Hausbewohner, darunter zahlreiche Kräftigen, die in dem im gleichen Haus befindlichen Kabarett auftraten, bemerkten das Feuer nicht eher, bis die Flammen über das Dach des zweistöckigen Gebäudes hinausströmten.

Die Rettungsaktion der Feuerwehr war durch die starke Kälte außerordentlich schwierig. Eine Frau starb an ihren schweren Brandwunden noch vor der Einlieferung ins Krankenhaus, eine andere befindet sich in hoffnungslosem Zustand. Auch die 12 anderen Personen, die von der Feuerwehr aus dem brennenden Gebäude herausgeholt wurden, haben sämtlich mehr oder minder Brandverletzungen, Rauchvergiftungen usw. davongetragen.

Das leuchtende Thermometer erfunden

Eine neue Erfindung der thüringischen Glashütten stellt das leuchtende Thermometer dar. Durch einen Spiegelleffekt wird bewirkt, daß die Quecksilberfäule in kräftigem Rot aufleuchtet. Man wird sich also in Zukunft nicht mehr den Kopf zu verbrennen brauchen, wenn man ein Thermometer ablesen will. Besonders wertvoll ist das Thermometer mit dem besagten Leuchteffekt für die Krankenhauspraxis. Kranke können nun auch im Dunkeln auf ihre Temperatur hin untersucht werden!

Banknotenfälscher und Raufgifthändler

Eine internationale Verbrecherbande in Oesterreich festgenommen

Wien, 27. Januar. In der Angelegenheit der Massenfälschung von 50-Schilling-Banknoten konnte nunmehr einwandfrei festgestellt werden, daß die beiden von der Polizei Verhafteten, Cernoch und Leibel, tatsächlich Raufgifthändler sind, die bereits früher mit der Behörde in Konflikt gekommen waren. Ueber beide wurde die ordentliche Untersuchungshaft verhängt. Sie haben bereits ein teilweises Geständnis abgelegt, aus dem hervorgeht, daß sie die falschen Banknoten von einem Holländer Joe Marce! erhielten, der sich angeblich in Amsterdam aufhalten soll. Das Geld habe als Sicherheit für den Anteil der beiden an einem Raufgifthändlergeschäft im Werte von 190 000 Schilling dienen sollen. Der Holländer habe sich aber geweigert, trotzdem dieses Geschäft durchgeführt wurde, die Sicherheit freizugeben und habe

ein drittes Geschäft vorgeschlagen, das infolge der Verhaftung nicht zustande gekommen sei.

Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Leibel wurde Briefpapier mit dem Namen des Holländers und einer Amsterdamer Adresse gefunden. Eine Anfrage der Wiener Polizei in Amsterdam über diesen angeblichen Holländer war jedoch ergebnislos. Es scheint sich also um eine Deckadresse gehandelt zu haben, zumal das Briefpapier in Wien hergestellt worden ist. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß dieser angebliche Holländer, der sich unter dem Namen Marcel vertrat, der Noterfälscher selbst ist.

Serienspiele am heutigen Sonntag

Bernstadt 1 — Deis 1, Bernstadt (Schiri 8).
 Solt 1 — Fortuna 1, Kolenthal, 10,00 Uhr (Schiri 14).
 Süd 1 — Grün-Weiß 1, Riemannshöhe, 14,30 Uhr (Schiri 4).
 Süd 2 — Grün-Weiß, Riemannshöhe, 18,00 Uhr (Schiri 26).
 Ohlau 1 — Fichte 1, Rottwitz, 18,00 Uhr (Schiri 20).

Gesellschaftsspiele

Dynamo 3 — West 3, Brückenaue, 9,30 Uhr (Schiri 36).

Agitationsbezirk Breslau

Montag Börse der Fußballvereine Rablergasse 4. Nur die Sportwarte der Vereine haben dort zu erscheinen.
 Dienstag Sitzung der Bezirksfunktionäre ab 20 Uhr.

Fichte-Wandersparte

Sonntag, den 29. Januar, Ski- und Rodeltour. Treffen 8,30 Uhr bei A. Krieg, Hainelweg 2, Endstation 1.
 Dienstag, den 31. Januar, 22.0-Fest im Heim. Ausgestaltet durch das Heimkollektiv.
 Dienstag, den 7. Februar, Roter Klubabend.

Einladung für den Verhandlungsausschuß am 30. Januar, Rablergasse 4.

20.20 Uhr: Vereinsvertreter Rottwitz.
 20.20 Uhr: Vereinsvertreter Fortuna.
 20.20 Uhr: Vereinsvertreter Schwarz-Gelb.
 20.30 Uhr: Genosse Willy Weiß von Fichte.
 20.30 Uhr: Schiedsrichter Walter Pollesche von Fortuna.
 Sämtliche Genossen erscheinen mit Paß.

Folgende Genossen werden am 30. Januar vor den Bezirks-schiedsrichterausschuß geladen:

19.00 Uhr: Spielführer von Ost 1, Spielführer von Rot-Weiß 1, Schiedsrichter 4.
 19.15 Uhr: Spielführer von Schleßen 1, Spielführer von Schwarz-Weiß 1, Schiedsrichter 6.
 19.30 Uhr: Spielführer von Grün-Weiß 1, Spielführer von Fichte-West 1, Schiedsrichter 17, Genosse Rumsche Karl, Bahnnummer 87802, von Grün-Weiß.
 19.50 Uhr: Genosse Hans Graupner von Schwarz-Gelb.
 Die geladenen Genossen haben mit Paßen zu erscheinen. Grün-Weiß muß die Anmeldeformulare ihrer Spieler mitbringen.
 Die Verhandlungen finden Rablergasse 4 statt.

Agitationsbezirk Waldenburg

Fußballsparte. Für unseren Bezirk findet die nächste Schiedsrichter-Versammlung

am Ende des Monats Februar statt. Ort, Lokal und Zeit werden rechtzeitig an dieser Stelle bekanntgegeben. Folgende Genossen haben sofort ein Lichtbild an den Schiri-Obmann einzusenden, damit die Ausgabe der Karten spätestens an der Versammlung erfolgen kann: Andreas Erich, Stern-Zirkau; Köhler Ernst, Sturm-Sandberg; Fießig Willi, Grün-Weiß-Wüsteglerdorf; Hoffmann Bruno, Fichte-Hausdorf; Kahler Heinrich, Fichte-Hausdorf. Die übrigen erst als Schiri in Frage kommenden Genossen werden bis auf weiteres ohne Schiri-Karte zur Ansetzung kommen. Zur Nachprüfung (Schristlich) haben zu entsenden: Blau-Weiß-Freiburg den Genossen Junge; Eiche-Nieder-Elzbrunn den Genossen Grunze. Sollten anderwärts in einem Verein noch geprüfte Schiri vorhanden sein, so sind dieselben unbedingt auf die obige Versammlung hinzuweisen. Der Verein Fichte-Striegau wird hiermit letztmalig aufgefordert, einen Vertreter zu den Schiri-Zusammenkünften zu entsenden und vorweisen diesen Verein betreffs Schiedsrichterwesen auf die Richtlinien der AG. für das Fußballspiel.

Achtung!

Da besondere Rundschreiben an die einzelnen Vereine nicht ergehen, ist es Pflicht eines jeden Genossen, seine Vereinsleitung von vorstehendem in Kenntnis zu setzen bzw. für pünktliche Durchführung desselben Sorge zu tragen.

Rot Sport in Lauban!

In Lauban wurde durch aktives Arbeiten der dortigen Genossen ein roter Sportverein, bestehend aus Fußball- und Vorparte, gegründet. Anschrift: Freie Sportvereinsvereinigung Fichte, Lauban. Spielangebote sind zu richten an Genossen Willi Friedrich, Lauban i. Schl., Mittelstraße 8.

Arbeiter-Sportverein „Stern“-Zirkau

Für Sonntag bleiben die Mannschaften spielfrei. Ersuchen aber nochmals die Mitglieder, den wie üblich stattfindenden Mannschaftsabend zu besuchen, da mit dem politischen Schulungskursus begonnen wird. Es spricht Genosse Langer-Freiburg über „Marxismus, Leninismus“. Rote Hilfe und Parteigenossen sind hierzu eingeladen. Eintritt frei!

Sehr wichtig!

Der Schifferball, der heut Sonnabend im Fischheim stattfinden sollte, fällt wegen Kälte aus. AGS. Fichte.

Von der Wasserkante

Die Klassenbewußten Sportler Hamburgs trugen in der letzten Woche den Sportgenossen Helmut Schmidt zu Grabe. Diesen Bundesgenossen traf ein tragisches Schicksal. Bei einem Solidaritätsspiel einer Bundesmannschaft des VfL 06, in der er mitwirkte, gegen eine Mannschaft der roten Sportler, wurde er vom Herzschlag getroffen. Gemeinsam gaben die roten Sportler und die Bundes-Sportler dem toten Kämpfer das Geleit. Am Grabe reichte der Landesleiter der AG, dem Vertreter des VfL 06 die Hand zum Bündnis, die revolutionäre Front zu stärken, um alle Mauern zwischen uns und den Bundesgenossen niederzureißen.

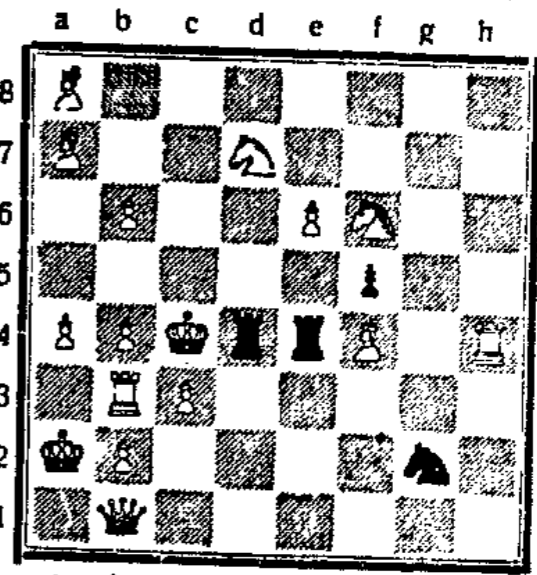
Der Schachverein Geesthacht, der bislang noch keiner Spitzenorganisation angehörte, beschloß den Anschluss an die AG. Auch einige Solidaritätsspiele können berechnet werden. Fichte, Winterhude trug ein Fußballspiel gegen eine Straßenmannschaft aus, die sich aus Spielern der bürgerlichen Vereine Uhlenhorst-Pertha und Saßels zusammensetzte. Gegen den WVB trat die Wasserballmannschaft Groß-Hamburg der AG zu einem Wasserballspiel an.

Fichte, Winterhude hatte eine Versammlung einberufen, auf der Genosse Postler über Fahrt mit der deutschen Fußballmannschaft in die Sowjetunion berichtete. Unter den 200 Sportlern befanden sich circa 50 Sportgenossen aus den Bundesvereinen VfL 06, WVB 13 und Sparta, sowie aus den bürgerlichen Vereinen Uhlenhorst-Pertha und Paloma. Genosse Postler schilderte die Sowjetunion, wie er sie mit eigenen Augen sah, die alle Zweifel, mit denen er hinfuhr, durch die Tatsache des ungeheuren Wertes des sozialistischen Aufbaus überwunden wurden. Von den anwesenden Sportlern wurden viele Fragen aufgeworfen, die Genosse Postler weitgehend beantwortete.

Am 29. Januar steigt unsere Landeskonferenz der Wasserkante und erwarten wir Delegierte aus reformistischen und bürgerlichen Vereinen.

Schach

Bearbeitet von der „Roten Schachsparte“, Breslau. Alle Anfragen sind zu richten an A. Lehmann, Breslau, Webstuhlgasse 6, bei Feinje. E. J. Rubbel, Leningrad (1. Preis).



Matt in 3 Zügen.

Achtung! Problemfreunde!

Das Organ „Arbeiter-Schach“ veranstaltet ein Internationales Jubiläums-Problem-Turnier 1933. Gefordert werden:

- Gruppe A: direkte Dreizüger;
- Gruppe B: direkte Dreizüger;
- Gruppe C: direkte Vierzüger;
- Gruppe D: Selbstmattaufgaben bis zu 4 Zügen.

Alle Aufgaben müssen ohne Umwandlungs- und Märchenfiguren konstruiert sein. Beteiligung in allen Gruppen zulässig und Aufgabenzahl unbeschränkt.

Die Aufgaben sind in doppelter Ausführung auf Diagramme gezeichnet (oder gestempelt) bis zum 31. Mai 1933 (Poststempel) an den Turnierleiter Karl Harder, Essen NW, Erdwegstraße 65, Deutschland, einzusenden. Die Diagramme sind mit Motto und der Bezeichnung „Original“ zu versehen.

Vollständige Lösungsaufgaben (alle Abspiele bis zum Matt) sind auf besonderem Bogen beizufügen.

Die Auszeichnungen erfolgen durch ein Richterkollektiv, das nach bekanntgegeben wird. Alle ausgezeichneten Probleme erscheinen spätestens im November 1933 im „Arbeiter-Schach“ und werden nach Entscheidungsgesetz Eigentum der Redaktion „Arbeiter-Schach“. Die nicht ausgezeichneten Probleme werden nach dem Urteil der Richter unter Motto-Angabe im „Arbeiter-Schach“ wieder zur Verfügung gestellt. Spielabend der Schachabteilung „Fichte Nord“ ist jeden Montag 20 Uhr bei Gardhan, Bergmannstraße 12.

Die Schachabteilung „Fichte Ost“ hat ihren Spielabend jeden Dienstag 20 Uhr bei Joublik, Mollwitzer Straße 11. Am 5. Februar, 15 Uhr findet eine Schach-Werbe-Veranstaltung bei Joublik, Königgräber Straße 10, statt. Ein Simultanspiel wird gegeben. Eintritt frei.

„Sanal West“ jeden Donnerstag um 20 Uhr im „Anglerheim“, Deutzenstraße.

Gannau. Alle Schachfreunde aus Gannau melden sich zwecks Gründung einer Schachabteilung bei Gen. Raschinski, Gannau, Bahnhofstraße 31.

Rundfunk-Bloch Selbsthilfe-Verkauf!

Ab Montag verkaufen wir alle Radio-Artikel zu so billigen Preisen wie sie in Breslau u. auch nicht existieren!

Kommensie - Sie werden staunen

Rundfunk-Bloch Feldstraße 13
 Filiale Teichstr. 27 Ruf 57835

Achtung! Sonderangebote!

- Lorenz 2-Röhren-Gleichstrom-Empfänger mit eingebautem Lautsprecher. Kompletter RM. 58.-
 - Lorenz 2-Röhren-Wechselstrom-Empfänger, ohne Lautsprecher. Kompletter RM. 65.-
 - Tefag 4-Röhren-Schirmgitter-Empfänger mit eingebautem dynamischen Lautsprecher. Kompletter RM. 150.-
- F-Tag-Spartreise nach Südratz** lieferbar
Gelegenheitskäufe in guten Markenfabrikaten erhalten Sie bei

Fritz Jenner, Breslau 1

Reusenohle 38 u. Neue Weltgasse 5
 Ingenieurbüro für Elektro- u. Radioanlagen / Beleuchtungsbüro
 Feis- und Kochgeräte

Rundfunk-Programm

Gleichbleibende Werktags-Vortragsfolge. 8.15: Gymnastik. 8.35: Konzert. 8.15: Wetter für die Landwirtschaft. — Anschließend: Gymnastik für Hausfrauen (nur Mo., Mi., Fr.). 11.15: Zeit, Wetter, Nachrichten, Wasserstand. 11.30 (Di., Mi., Do. 11.50) und 13.05: Konzert. 13.45: Zeit, Wetter, Nachrichten, Börse. 14.05: Konzert. 14.45: Schallplatten-Werbebericht. 15.10: Landwirtschaftlicher Preisbericht. Börse.

Sonntag, 29. Januar

8.35: Hamburger Hafenkonzert.
 8.15: Morgenkonzert des Männerchors Breslau.
 9.10: v. Falstrom: Vogelstreich im Winter.
 9.30: Zwanzig Minuten Verkehrsfragen.
 9.50: Glodengeld.
 10.00: Evangelische Morgenfeier.
 11.00: Johanna Wolf zum 75. Geburtstag (geb. 30. 1. 1859).
 11.30: Leipzig: Sachantate: Was mein Gott will, das a'chsch' altsei.
 12.05: Alenburg: Mittagkonzert des Städt. Orchesters. — In einer Pause 12.55: Die wahre Geschichte der Woche.
 14.00: Mittagaberichte.
 14.10: Dr. Jung: Der Künstler Hans Wildermann zu seiner Ausstellung im Kunstgewerbe-Museum.
 14.30: Dr. Jög: Der Landwirt als Schachspieler.
 14.45: Winternächte im Biele-Gebirge.
 15.10: S. v. Hüllen: Ein Besuch in modernen Sparta.
 15.30: Kinderfunk: Aus Franz Schubert's Jugendzeit.
 16.00: Wieder zur Laute (E. Baran).
 16.30: Baden-Baden: Unterhaltungskonzert des Kurorchesters.
 18.00: Dr. Mai: Stenbild zum 150. Geburtstag.
 18.20: Sportereignisse des Sonntags.
 18.50: Für die Schließliche Winterhilfe.
 19.00: Kleine Bratschenmusik.
 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 Anschl. Dr. jur. Bille: Wehrverbände und Jahresbericht des amerikanischen Generalstabes.
 20.00: Wien: Tonfilm Lina und Operette. Kunstpotpourri.
 21.30: Berlin: Orchesterkonzert des Philharmon. Orchesters.
 22.00: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport, Programmänderungen.
 22.30: Berlin: Tanzmusik der Kapelle Ilja Wolkoff.

Montag, 30. Januar

10.10: Schulfunk: Das Wahlrecht der Bierzechnbürger.
 15.40: Das Buch des Tages: Schiel. Heimkatalender 1933.
 16.00: Dr. Ing. Delsner: Formosa, die Insel der Kopfläger.
 16.20: Unterhaltungskonzert der Kunstkapelle.
 17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
 Anschl. Studentat Bille: Berichte aus dem Musikleben.
 17.55: Rechtsanwalt Dr. Frey: Der Eid.
 18.20: Rundfunkwanzig Minuten Französisch.
 18.45: Der Zeitdienst berichtet.
 19.00: Dr. Narzik: Der 30jährige Krieg als kulturelle Katastrophe.
 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 Anschl. Schläger auf Schläger. (Schallplatten)
 20.00: Andere Städtchen — andere Mädchen. Volksliederspiel.
 21.00: Abendberichte.
 21.10: Kleine Klaviermusik.
 21.40: Aus meinem Leben und Werk. Richard Schausal.
 22.15: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport, Kolonialmarktberichte; Programmänderungen.
 22.30: Köln: Gott unter uns. Feierspiel für Solt, Chor u. Orchester, Sprecher und Bewegungsthor.

Dienstag, 31. Januar

10.10: Schulfunk: Rezitationen von französischen Prosaertexten und Gedichten.
 11.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 Anschl. Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft.
 15.40: Kinderfunk: Bewegungsspiele. — Vergelt die hungernden Vögel nicht.
 16.15: Konzert. A. Uzielli (Bariton), C. Marquart (Klavier).
 17.15: Das Buch des Tages: Sportbücher.
 17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
 Anschl. Wolfram Brodmeier liest aus eigenen Werken.
 18.00: Hörbericht aus der Oberhavel. Bergschule Weistreffham.
 18.40: Kuratus Dr. Jedin: Die Gegenreformation als religiöse Bewegung.
 19.10: Berlin: Unterhaltungsmusik der Kapelle Wilfried Krüger.
 19.40: Wetter für die Landwirtschaft.
 19.45: Rundfunkkonzert des Kunstorchesters.
 21.00: Abendberichte.
 21.10: Wis und tiefere Bedeutung im Chanson der Zeit. Mittw.: A. Ghatberg und die Kunstkapelle.
 22.10: Zeit, Wetter, Nachrichten, Programmänderungen. Sport.
 22.30: Politische Zeitungsfragen.
 22.55: Aufführungen des Schiel. Landestheaters. Blaubeerei.
 23.05: Hannover: Neue Unterhaltungsmusik.

Wittwoch, 1. Februar

11.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 Anschl. Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft.
 16.00: Dr. Brattloven: Selbstkritikuren großer Künstler.
 16.30: Klavierkompositionen von Alois Hübner.
 17.00: Das Buch des Tages: Ein deutsches Schicksalsbuch.
 17.15: Aus der Erklärung: Heitere mundartliche Kläuberel.
 17.35: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
 Anschl. Dr. Dalchau: Infektionskrankheiten und ihre Verhütung.
 18.00: Schukat Ruh: Das spielende Kind.
 18.20: Dara Keising: Suite nicht — od' heilal.
 18.25: Carl-Loewe-Balladen. Verbindende Worte: B. S. Gehl.
 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 Anschl. Chefredakteur Schabewaldt: Streifzüge durch die Weltpolitik.
 20.00: Heitere Begegnung Carl Rapp und Joseph Blaut.
 21.00: Abendberichte.
 21.10: Heiteres Oberhavelisches Kammerorchester mit dem Oberhavel. Frauenorchester.

Donnerstag, 2. Februar

9.00: Stuttgart: Schulfunk: So lang man in Schwaben.
 10.10: Berufsschulfunk: Eine Wanderung über die Kurische Nehrung.
 11.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 Anschl. Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft.
 15.40: E. Nidlich: Rund um das Winterwochenende.
 15.50: Englische und deutsche Frauenromane.
 16.10: Leo Kall zum 60. Geburtstag. Konzert der Kunstkapelle.
 17.15: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
 Anschl. Kinderfunk: Peter hat Vech Eine Geschichte.
 17.40: G. Krause: Die Dänischen Revollera.
 18.15: Kuratus Haertel: Gedanken an Lourdes.
 18.35: R. Kubolyp: Beamtenhaft und Verwaltungsreform.
 19.00: Univ.-Prof. Dr. Rosenkold-Hüll: Kampf zwischen Stadt und Land im 17. Jahrhundert.
 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 Anschl. Abendmusik der Kunstkapelle.
 20.10: Kopenhagen: Europäisches Konzert.
 In einer Pause 21.15: Abendberichte.
 22.15: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport, Programmänderungen.
 22.35: John Winkler: Esperanto.
 22.45: G. Runze: Der Spreewald, das deutsche Venedig.

Freitag, 3. Februar

8.30: Stunde der Frau: Frauen vor Gericht.
 10.10: Deutschlandlandender: Schulfunk: Der fliegende Mensch. Zwischengespräch.
 15.40: Jugendfunk: Seiden der Breslauer Jugend von ehemals. — Illusionen von den Ativan.
 18.10: Unterhaltungskonzert der Kunstkapelle.
 19.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht.
 Anschl. Dr. Krause: Rührer und Seere des großen Krieges.
 18.00: Hans Hens liest aus seinem Roman: Der Außenleiter.
 18.30: Der Zeitdienst berichtet.
 19.00: Schöne neue Platten. Anlage: Dr. Aid.
 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 Anschl. Abendmusik auf Schallplatten.
 20.00: Univ.-Prof. Dr. Landsberger: Die Kunst der Gegenreformation.
 20.30: Kololo-Suite von Hermann Jäger.
 20.50: Abendberichte.
 21.00: Der preußische Achill. Hörspiel um Prinz Louis Ferdinand.
 22.15: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport, Programmänderungen.
 22.30: Kunstrechtlicher Briefkasten.
 22.40: Budapest: Zigeunerkapelle Imre Magyari.

Sonntag, 4. Februar

15.40: Filme der Woche.
 16.00: Ministerialrat v. D. Goslar: Wandlungen des deutschen Bankwesens im Laufe eines Jahrhunderts.
 16.30: Hamburg: Nachmittagskonzert des Kurorchesters.
 17.30: Das Buch des Tages: Billige Bücher.
 17.55: Univ.-Prof. Dr. Landert: Der Westfälische Friede als Beginn politischer Neuordnung.
 18.20: S. Nidlich: Das Wesen des deutschen Volksliedes.
 18.50: Abendmusik auf Schallplatten.
 19.30: Wetter für die Landwirtschaft.
 Anschl. Der Zeitdienst berichtet.
 20.00: Von Suppe bis Willäder. Konzert der Schiel. Philharmonie. — In einer Pause 21.00: Abendberichte.
 22.00: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport, Programmänderungen.
 22.30: Berlin: Tanzmusik der Kapelle Otto Kernbach.
 23.30: Berlin: Refektorialkonzert.

Betrieb und Gewerkschaft



Revolutionäre Offensive zu den Betriebsrätewahlen!

Nachdem ein gewisser Abschnitt in der Vorbereitung zu den diesjährigen Betriebsrätewahlen darüber ist, wollen wir aus der bisherigen Tätigkeit und Vorbereitung einige Lehren ziehen. Was ist unser Ziel bei den Betriebsrätewahlen:

Die Bekämpfung der breiteten kämpfenden Einheitsfront aller Arbeiter gegen den Klassenfeind und seine Helfer im Lager der Arbeiterklasse, die Eroberung von hundertenden schließlichen Betriebsratsfunktionen in den entscheidenden Betrieben.

Dieses Ziel werden wir nur erreichen, wenn wir die Organisation und Durchführung des Betriebsrätewahlkampfes aufs engste verbinden mit der Mobilisierung der Belegschaften gegen die bevorstehenden Unternehmerangriffe, für die betrieblichen Kampforganisationen, mit der Steigerung und Verbesserung unserer innergewerkschaftlichen Arbeit, des energiegelassen Kampfes um die Gewinnung der wählbaren Funktionen bei allen Gewerkschaftswahlen und der Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften.

Unser offensiver Vorstoß zur beschleunigten Einleitung der Betriebsrätewahlen rief im Reichsmagazin schnellstens unsere Gegner auf den Plan. Die gesamte Gewerkschaftspressen behandelt fast in jeder Nummer die bevorstehenden Betriebsrätewahlen, selbstverständlich im schärfsten Kampf gegen die kommunistische Partei und A.G.O. Sie geben zu, wie die „Metallarbeiterzeitung“ vom 21. J. war, daß die Betriebsrätewahlen in diesem Jahre „den Anlaß zu besonders heißen Kämpfen“ geben, und fordern die Gewerkschaftsmitglieder zur „energischen Gegenwehr“ auf.

Dem Zwecke, die gesamten reformistischen Funktionen aufs entschiedenste in diesen Kämpfen einzuspannen, diene auch der am Sonntag, dem 22. Januar, in Berlin einberufene sogenannte „Betriebsrätekongreß des A.G.O.“

Auf diesem Kongreß versuchte zunächst Leibart die Notwendigkeit der Unterstützung der Schleicher-Regierung klarzumachen und sich ein Vertrauensvotum für seine Politik zu verschaffen. Ihm folgte Rörpel, der noch einmal nachwies, daß die Betriebsräte „ausdrücklich wirtschaftliche, soziale und arbeitsrechtliche Aufgaben betrieblicher Art zu erfüllen haben“, und um dies recht gut durchführen zu können, sei eine Amtsduer von zwei Jahren das Mindeste. Kein Wort wurde gesprochen von den so notwendigen Kampfmaßnahmen gegen alle Unternehmerangriffe und für die Juridikerüberlegung des geraubten Lohnes.

Es ist klar, daß dieser zusammengehaltene „Betriebsrätekongreß“ ein Schlag gegen die sich immer schärfer herausbildende Einheitsfront der Arbeiter sein sollte. Immer deutlicher erkennen die Arbeiter, auch die in den reformistischen Gewerkschaften Organisierten, nicht nur die Notwendigkeit der antisozialistischen Einheitsfront in den Betrieben, sondern auch ihre dringende und schnellste Verbreiterung auf der Basis von Massenkämpfen.

Die „oppositionelle“ S.M.P.

Die S.M.P. unternimmt wiederum den Versuch, sich als „oppositionell“ gegenüber diesem Betriebsrätekongreß hinzustellen. Aber so leicht vergeblich ist die Arbeiterschaft nun doch nicht, als daß sie sich nicht erinnert, an die bis in die letzten Tage durchgeführten Kämpfe der S.M.P.-Führung und Bürokraten, die immer und auch zukünftig nach jeder Richtung hin die sozialdemokratische reformistische Gewerkschaftspolitik verteidigen und unterstützen wird. Ihr Geschrei vom „entschiedenen revolutionären Klassenkampf“ ist eben nur Geschrei. All die Taten der S.M.P.-Führer beweisen, daß sie gegen die revolutionäre, Massenlumpenfront kämpfen.

Wir erinnern nur an die Taten von Schramm, Ziegler und Genossen, die auch von einer Reihe S.M.P.-Betriebsräten nach jeder Richtung hin gedeckt und verteidigt wurden (s. B. Schwarz).

Auch die S.M.P., die in der letzten Zeit vergeblich veruchte, durch Demonstrationen und Aufhebungen eine gewisse „Stärke“ ihrer S.M.P.-Positionen der Arbeiterschaft vorzutauschen, nimmt in einer Reihe von Artikeln in ihrer Presse zu den Betriebsrätewahlen Stellung. In ihnen führen sie einen heiligen Verleumdungs- und Lügenfeldzug gegen die A.G.O. und verteidigen sich dabei zu folgender Behauptung, die sie für sich in Anspruch nehmen: „Gerade die Streiks der letzten Monate waren der Bräutigam dafür, wer es mit der deutschen Arbeiter- und Angehörigenarbeit ehrlich meint“. Die Arbeiterschaft weiß, und wir haben es

an Hand Hunderte von Beispielen dokumentarisch nachgewiesen, daß gerade die S.M.P. und damit auch die A.G.O. es nicht ehrlich meint mit der Arbeiterschaft.

Ihre ganze Aufgabe ist es ja, die Kampfkraft der Arbeiter zu schwächen und dort, wo Kämpfe ausgeübt werden, der Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen. Sie stehen 100prozentig in den Diensten der Bourgeoisie, des Unternehmertums und müssen und werden auch deren Aufträge gegen die kämpfende Arbeiterschaft durchführen.

Die Fronten sind klar! Schon im Dezember wurden von der S.M.P. und A.G.O. klar und deutlich aufgezeigt, in welcher Richtung der Betriebsrätewahlkampf vorbereitet und durchgeführt werden muß.

Betriebsrätewahlen im Zeichen der Einheitsfrontaktion gegen die faschistische Diktatur und den Leipart-Kurs

Unter breiter Leitung wurden Anfang Januar eine Reihe von Konferenzen zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen für den Bezirk Schlesien organisiert. Was ist das Ergebnis dieser Konferenzen, wie wurden sie von unseren Organisationseinheiten vorbereitet und durchgeführt?

Es sind von den 150 zunächst als wichtige, festgelegte Betriebe bis jetzt rund 50 auf diesen Konferenzen bzw. durch Bearbeitung von Instrukturen erfüllt worden. Worauf ist das in der Hauptsache zurückzuführen? Darauf, daß auch in unseren Reihen noch sehr hart eine gewisse abwartende Haltung gegenüber den Betriebsrätewahlen vorherrscht. Unsere Genossen fühlen sich zu einem gewissen Grade

gebunden an die „geschichtliche“, schon traditionell gewordenen Fronten.

Auf allen Konferenzen, die durchgeführt wurden, mit Ausnahme einer (!), waren Betriebsarbeiter, darunter selbstverständlich zum Teil unsere bisherigen Betriebsräte, vertreten. Nur in Liegnitz war kein einziger Betriebsarbeiter vorhanden, (!) trotzdem gerade die Liegnitzer Genossen uns vorher ein Verzeichnis über vorhandene Vertrauensleute und Sympathisierende in einer Stärke von 31 Mann aus 15 Betrieben, mitteilten. Hier lag eine offensichtliche Verkennung der Bedeutung der Betriebsrätewahlen vor. Aber auch auf den anderen Konferenzen kamen solche Meinungen zum Ausdruck, wie sie bereits oben aufgezeigt wurden. Dabei zeigte sich, daß eine Reihe parteilose, aber oppositionelle Arbeiter, durchaus die ungeheure Be-

Massenmobilisierung der Belegschaften

Damit kommen wir auf eine unserer größten Schwächen zu sprechen, nämlich die, daß unsere bisherigen Vorbereitungen in den meisten Fällen nicht verbunden sind mit einer Massenmobilisierung der Belegschaften. Diese Schwäche haftet auch noch dem größten Teil unserer bisherigen roten Betriebsräte an. Durch ihre abwartende Haltung stellen sie sich in völlig ungenügendem Maße an die Spitze der Mobilisierung ihrer Belegschaften. Mangelhaft geben sie über ihre Tätigkeit den Massen schriftlich und mündlich Bericht, um mit der von uns rechtzeitig geforderten Sammlung von Material, gegen die reformistischen und anderen gegnerischen Betriebsräte, sich und der Belegschaft Argumente verschaffen zu einer scharfen Auseinandersetzung, die selbstverständlich mit ihrer Selbstkritik differenziert durchgeführt werden muß. In den Rahmen dieser Schwäche fällt auch die bisher völlig ungenügende Herausgabe von betrieblichem Agitationsmaterial: Handzettel, Laufzettel, Betriebstelegramme, Betriebszeitungen.

Auf diesem Gebiete sind noch nicht die Beschlüsse des 17. Parteitages durchgeführt worden.

Worauf kommt es an?

Unser Kampf geht um die Einheitsfront im Betrieb. Die Grundlage für die Schaffung derselben müssen die betrieblichen Kampfprogramme sein, deren einzelne Forderungen aus den Abteilungen heraus gestellt und die mit einigen wichtigen, aktuellen, politischen Lösungen verknüpft werden müssen. Auf dem Boden dieses Kampfprogrammes führen wir den Kampf um die Einheitsfront im Betrieb unter dem besonderen Gesichtspunkt der Eroberung der gewerkschaftlich organisierten Kollegen.

Hierbei wird besonders von sehr vielen unserer Genossen die Frage aufgeworfen, daß bei der Gewinnung dieser gewerkschaftlich organisierten Kollegen für unsere Oppositions- oder Einheitsfront die Bürokratie sofort die Frage des Ausschlusses derselben aus der Gewerkschaft stellen wird. Wir behaupten demgegenüber,

daß sich die Bürokratie vor Ausschlüssen hüten wird, wenn die Belegschaften geschlossen hinter diesen Kollegen stehen.

Wir verkennen nicht gewisse Schwierigkeiten, die sich zeigen bei der Gewinnung der organisierten Arbeiter für die rote Einheitsfront. Aber gerade die Kämpfe der letzten Monate und auch einige der oben gezeigten Beispiele beweisen uns die Möglichkeit der Gewinnung dieser Arbeiter. In Verbindung mit unseren bisherigen Erfolgen bei den Ortsverwaltungen und bei der Taktische der dauernden Vorstöße der Unternehmer mit den verschiedensten Methoden auf die Lage der Arbeiterklasse, gehen uns fast stündlich die Möglichkeit der Abstimmung mit den Betriebsarbeitern und ihre Gewinnung für die aktive Mitarbeit bei der Durchsetzung unserer Kampfprogramme. Eine Voraussetzung dafür ist natürlich, daß alle Vorbereitungen zu den Betriebsrätewahlen in der breitesten Arbeiteröffentlichkeit durchgeführt werden und nicht im Geheimen.

Eine weitere große Schwäche hat sich auf dem Gebiete der

Bildung von Wahlauschüssen auf breiterer Masseneinheitsbasis

gezeigt. Fast nirgends ist von unseren Genossen diese Frage mit in den Vordergrund gestellt worden. In selbst dort, wo wir in den großen Betrieben eine Reihe von Abteilungsveranstaltungen durchführten, wie in der Tuchszubereitung, wurde diese Frage vollständig übersehen. Das zeigt wiederum eine Verkennung der Notwendigkeit dieses wichtigen Einheitsfrontorgans, welches unseren Organisationseinheiten im Betriebe eine ungeheure Hilfe bei der Durchführung der Betriebsrätewahlen ist. In noch ungenügender Maße wurde in der ganzen Vorbereitungskampagne die Einbeziehung der Arbeiterinnen und auch der Jugendlichen geteilt. Bei der Taktische, daß wir in Schlesien einen hohen Prozentsatz weiblicher

deutung der diesjährigen Betriebsrätewahlen für die Einheitsfrontaktion und gegen die Vorstöße der Unternehmer verstanden. So auf der Konferenz in Waldenburg wie auch bei folgendem Fall: Unsere Genossen bei den Breslauer Gemeindefabrikbetrieben hatten eine Sitzung unter sich einberufen, in der sie über die Kandidaten und eine Reihe anderer Fragen zur Betriebsrätewahl sprechen wollten. Zu dieser Sitzung erschienen fünf nicht bei uns organisierte Arbeiter mit der Bemerkung, sie hätten gehört, daß sich diese Besprechung mit der Vorbereitung zur Betriebsrätewahl und der Aufstellung einer oppositionellen Liste beschäftigt. Sie haben Interesse dafür und wollen mitarbeiten. Nachdem unsere Genossen sich „überlegt“ hatten, ob die Arbeiter wieder gehen sollten oder dableiben konnten, entschied man sich für das Letztere und gewann sogar bei dieser Besprechung zwei von ihnen für unsere Sache. Dieses Beispiel zeigt so recht, daß in unseren Reihen immer noch eine gewisse Unterschätzung des Kampfwillens der Arbeiter vorhanden ist, die bannlogischerweise zu einer Abkapselung und zum Beraten unserer Maßnahmen und Kandidatenlisten im „stillen Kämmerlein“ führen muß.

Belegschaftsmitglieder in einer Reihe von Industrien haben (Textil, Metall, Chemie), sowie auch zahlenmäßig starke Schichten jugendlicher Arbeiter, müssen wir auf diesem Gebiete schnellstens einen großen Ruck nach vornwärts machen und diese Schichten überall einbeziehen in den Betriebsrätewahlkampf. Entsprechend der Bedeutung dieser Schichten in den verschiedensten Betrieben müssen sie selbstverständlich auch bei der Aufstellung von Kandidaten unter allen Umständen berücksichtigt werden.

Die Unterbezirksleitungen sowie Ortsgruppen- und Ortskomiteeleitungen müssen sofort zu der

Einbeziehung von Instrukteuren für die wichtigsten Betriebe

Stellung nehmen. Es hat sich gezeigt, daß eine Reihe unserer Betriebspositionen noch dringend der Hilfe und Unterstützung durch die leitenden Organe bedarf, und eine solche kann und muß herbeigeführt werden durch Instrukteure. In derselben Linie liegt die Zuteilung von Straßenzellen zur Bearbeitung bestimmter Betriebe. Hier ist noch folgende Schwäche vorhanden: Den Straßenzellen wird oft mitgeteilt, daß sie diesen oder jenen Betrieb mit bearbeiten müssen, ohne ihnen konkret die wichtigsten Aufgaben gerade in der jetzigen Situation aufzuzeigen, so daß unsere Straßenzellen mit einem solchen Auftrag sehr oft noch nicht einmal die einfachsten und primitivsten Anweisungen haben, worauf es uns im Betriebsrätewahlkampf ankommt und in welcher Richtung sie ihre Arbeiten organisieren und durchführen sollen. Hier sind gemeinsame Sitzungen dieser Straßenzellen mit unseren Betriebskomitees notwendig. Nur, wenn die Straßenzellen die gesamte Struktur des Betriebes einschließlich der Zusammenfassung der Belegschaft richtig kennen, werden sie auch mit dem notwendigen Verständnis an die Bearbeitung der Betriebe herangehen. Hierbei muß der Instrukteur ein wirklicher Helfer sein, was voraussetzt, daß diesem Instrukteur nur jeweils eine Betriebszelle und die eine oder zwei zugeordneten Straßenzellen unterstehen.

Zum Schluß muß noch auf die noch ungenügende Mobilisierung der Erwerbslosen und ihre Einbeziehung bei der Durchführung der Betriebsrätewahlen hingewiesen werden.

Das Kampfbündnis zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen

muß gerade jetzt beim Betriebsrätewahlkampf und in Verbindung mit dem Kampf um alle wählbaren Positionen in den Gewerkschaften eine große Stärkung erfahren.

Im stärksten Maße werden unsere Erfolge bei den Betriebsrätewahlen abhängen von einem ganz konkreten und beweglichen Auftreten unserer Genossen und unserer Einheiten. Die Schwächen, die hier kurz aufgezeigt wurden, und die noch besonders stark vorhanden sind, bei der Konzentrierung und Popularisierung unserer Forderungen und Forderungen müssen schnellstens beseitigt werden. Das Herausgreifen einer Reihe von Betrieben in den bisherigen Anweisungen darf keinesfalls dazu führen, daß nur diese Betriebe bearbeitet werden. Sie wurden nur als die wichtigsten herausgegriffen. Darüber hinaus müssen unsere unteren Leitungen sofort an Hand des vorhandenen Planes und wenn das nicht der Fall ist, durch schnellste Schaffung eines solchen, alle Betriebe auf unsere Organisationseinheiten aufteilen und entsprechend den oben aufgezeigten Maßnahmen bearbeiten.

Gehen wir kühn und mutig an diese unsere nächsten Aufgaben heran, verbinden wir diese Arbeit mit der Festigung unserer Rader in den Betrieben, dann wird die Betriebsrätewahl ein Hebel zur weiteren Mobilisierung der Massen für den Kampf um Lohn, Brot und Freiheit, für die Heranführung der Massen an die Kämpfe um die Macht.

Ein Erfolg der Bergarbeiter-Einheitsaktion um die 100prozentige Unterstützung der krümpernden Kumpels

Für den Kampf um die 100prozentige Unterstützung während des Krümpermonats wurden durch die Kameraden des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Tausende von Kumpels mobil gemacht. In allen Bergarbeiter-Gemeinden wurde auf Initiative der Kommunisten die Forderung für volle Unterstützung aller krümpernden Kumpels erhoben.

Heute können wir die ersten Erfolge dieser Einheitsaktion melden. Auf Grund des energiegelassen Drängens der Kommunisten und des gemeinsamen Kampfwillens aller Bergarbeiter im Waldenburger Revier erhalten die krümpernden Bergarbeiter von Freiburg den Ausblick zur Wohlfahrtsunterstützung. Das ist zwar noch nicht die reifliche Erfüllung der Forderung, die auf 100prozentige Zahlung der „Aur“ lautet, aber immerhin ein erster Erfolg.

Kameraden, feigert die Einheitsaktion in allen Orten für sofortige 100prozentige Auszahlung der „Aur“ an alle krümpernden Kumpels!

Keine Einheitsliste ohne Jugendkandidaten bei den Betriebsrätewahlen!

Das Krümpersystem im Textilbetrieb Moos-Löw-Beer

Korkarbeiterkräfte in den Inkantoren der Verteiliger des Bierhaus-Planes vom B.V. in Waldenburg — Lösung der Krise durch Krümpern — Empörung unter den betrogenen Textilproleten — Schmiedet die Einheitsaktion für den Siebenfundentag bei vollem Lohnausgleich!

Sagan. In der Tuchfabrik Moos-Löw-Beer wurde vor etwa 14 Tagen eine größere Anzahl Textilarbeiter und -Arbeiterinnen eingestellt. Diese Einstellung brachte für die gesamte Belegschaft eine große Verschlechterung ihrer Lage. Nach dem Beispiel des Bierhausplanes im Waldenburger Kohlen-Revier wurde das Krümpersystem eingeführt. Ein Drittel der gesamten Belegschaft muß immer eine Woche aussetzen und kempeln gehen.

So wie im Waldenburger Bergbau dieses System mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, wurde das Krümpersystem in Sagan mit Hilfe der Reformisten Lieger und Schulz vom Deutschen Textilarbeiterverband eingeführt. Die Gewerkschaftsbürokratie und der reformistische Arbeiterrat stellte die Neueinstellungen, die auf Grund der Tatsache, daß jede Woche ein Drittel der Belegschaft aussetzt und damit in ihrer Lebenshaltung eine ungeheure Verschlechterung erfahren hat, als eine „gute Lösung der Krise“, sowie „Verringerung der Arbeitslosigkeit“ hin.

Unter der Belegschaft ist jetzt ein Sturm der Entrüstung ausgebrochen. Den Krümpersystem Arbeitern wurde nämlich versprochen, daß sie 50 Prozent ihres Lohnes als Entschädigung erhalten würden. Dieses Versprechen der Reformisten hat sich als Schwindel erwiesen. Selbst die SPD-Kollegen sind darüber ungeheuer empört, sie sagen:

„Es ist eine Gemeinheit, uns so übers Ohr zu hauen.“

Die zugesagten 50 Prozent Entschädigung wurden nur an einige ausbezahlt. Die Bürokratie versuchte 25 Textilarbeiter, die auf dem Arbeitsamt standen, um das versprochene Geld in Empfang zu nehmen, zu beruhigen. Das wird ihnen nicht gelingen. Die Textilarbeiter und -Arbeiterinnen haben bereits begriffen, daß das Krümpersystem eine ungeheure Verschlechterung ihrer Lage brachte.

Die Belegschaft der Firma Moos-Löw-Beer verlangt volle Erwerbslosenunterstützung für die Zeit des Krümperns! Sie muß den Kampf um den siebenfundigen Arbeitstag bei vollem Lohnausgleich organisieren, um auf diesem Weg allen erwerbslosen Textilarbeitern und Textilarbeiterinnen Arbeitsmöglichkeit, ohne eine Verschlechterung ihrer Lage zu verschaffen!

Mehr denn je, ist dabei das Kampfbündnis mit den Erwerbslosen, die gemeinsame Aktion zur Rettung vor Hunger und Frost notwendig. Kollegen und Kolleginnen der Firma Moos-Löw-Beer, zieht eure Betriebsräte zur Verantwortung und sorgt für die Aufstellung einer Einheits-Liste, auf der nur revolutionäre Arbeiter, die sich für eure Forderungen einsetzen, kandidieren!

Kollegen vom Textilarbeiterverband! Nehmt in der nächsten Mitgliederversammlung gegen das verbrecherische Verhalten der Textilarbeiterbürokratie Stellung und sorgt, daß in die Funktionen des Textilarbeiterverbandes nur ehrliche oppositionelle Kollegen gewählt werden! Kämpft mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

sauber verdienten Lohn betragen muß. Bei dem Termin vor dem Arbeitsgericht versuchte Bechert den Jungarbeiter zu „vertreten“. Der Jungarbeiter verzichtete aber darauf und übergab die Vertretung unserem Genossen Mäbus. Diesem gelang es, dem Gericht zu beweisen, daß der „soziale“ Bauhüttenbetriebs-Verband den Jungarbeiter zwei Jahre lang um einen Teil seines Lohnes betrogen hatte! Die Bauhüttenbongon und ihr Komplize Bechert vom Fabrikarbeiter-Verband hatten zwar alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Betrag ausrecht zu erhalten und hatten obendrein den berühmten Richard Sporn von der SPD, Betriebsrat bei Beuchelt,

Die Ortsverwaltung des Zimmererverbandes Ohlau ist restlos von der Opposition erobert und besetzt worden. Ferner wurde ein oppositioneller Kandidat zum Verbandsdiak des Zimmererverbandes aufgestellt und mit Mehrheit gewählt.

Die Ortsverwaltung im Gesamtverband, Sektion Binnenschiffer in Ohlau, ist ebenfalls 100prozentig durch die Opposition besetzt.

Im Fabrikarbeiterverband Falkau besetzten wir die Hälfte der Ortsverwaltung mit oppositionellen Kollegen, und erhielten zwei von sechs Parteibelegierten. Einstimmig beschloß die von 170 Kollegen besuchte Versammlung:

„Der Ausschluß der Kollegen Schubert und Anders wird nicht anerkannt. Die Kollegen gelten weiter als Verbandsmitglieder.“

Ebenso einstimmig wurde beschlossen, daß das Gehalt der Geschäftsführer des Verbandes nicht mehr als der Spitzenlohn der Branche, plus 10 Prozent, betragen darf. Hierbei leisteten sich die anwesenden Bongon einen Miß. Sie erklärten, daß ihnen dieser Antrag sehr angenehm sei, dadurch würden sie eine Gehaltserhöhung erreichen, weil sie bis jetzt weniger (!) erhielten. Diese Versammlung trug einen Kampfcharakter. Die Reformisten hatten drei Bongon herangezogen aus Falkau, Berlin und Stuttgart. Von 300 Kollegen waren 170 anwesend, also eine bisher nie erreichte Versammlungsteilnehmerzahl. Unsere Genossen machten nur einen Fehler. Sie dachten, daß mehrere Funktionen der Ortsverwaltung auf einzelne Kollegen vereinigt wurden. Der 1. Bevollmächtigte — ein Reformist — ist zu gleicher Zeit 2. Bevollmächtigter. In diesem Falle wurde ein Reformist mit 103 gegen 70 Stimmen gewählt.

Als 3. Bevollmächtigter erhielt ein oppositioneller Kollege 113 Stimmen gegen 48 Stimmen der Reformisten. Das nächste Mitglied der Ortsverwaltung ist ebenfalls von der Opposition und wurde mit 86 gegen 76 Stimmen gewählt. Ferner wurde auf Antrag der Opposition ein oppositioneller Jungarbeiter als Vertreter der Verbandsjugend in die Ortsverwaltung hineingewählt.

Dadurch haben wir, wenn auch nicht einen vollen Sieg, aber doch einen beträchtlichen Erfolg errungen. Die Ortsverwaltung besteht demnach zur Hälfte aus Reformisten, zur Hälfte aus oppositionellen Kollegen.

Jungarbeiter demonstrieren gegen Zwangsturne und Schleicher-Diktatur

Hermisdorf (Kynast). Der sozialdemokratische Arbeitsamtsdirektor Robert Langer ließ es sich nicht nehmen, auch in Hermisdorf (Kynast) für die jugendlichen Erwerbslosen einen Zwangsturne einzuführen. Etwa 70 Erwerbslose erhielten ein Schreiben vom Arbeitsamt angedrängt, worin sie aufgefordert werden, sich zum Kursus (zur Weiterbildung ihres Berufs) zu melden, andernfalls ihre Unterstützung gesperrt würde. Am Montag gegen 2 Uhr, zu Beginn des Kursus, kamen nun die jugendlichen Kursussteilnehmer geschlossen und unter dem Gesang der „Internationale“, unter den Rufen:

„Wir haben Hunger, fordern Arbeit und Brot! Nieher mit der Schleicher-Diktatur!“

zum Tagungsort anmarschiert. Dorthin selbst angekommen, wurde die schon anwesende Behörde und das Lehrerkollegium mit einem dreifachen „Rot Front!“ begrüßt. Darüber große Bestürzung.

„Sind das unsere Leute, um Gottes Willen, da hören wir bloß wieder auf.“

ließ sich Lehrer Pohl vernehmen und kratzte sich am Kopfe. Durch den geschlossenen Aufmarsch und die eigenartige Begrüßung erschreckt, hoben sie die über 21jährigen wieder ab.

als „Beißer“! Aber es rückte alles nichts. Sie müssen einen Teil des zu wenig gezahlten Lohnes herauskriechen. Der Jungarbeiter hat den Geschlecht seine Lehre gezogen und ist zur roten Front gekommen. Dem Bongon Bechert sagte er ganz offen, daß er ihm jetzt am „M... ledern“ soll!

Wir rufen allen Jungarbeitern der „sozialen“ Baugenossenschaft zu: Macht eurem Kollegen nach! Her zu uns, zur roten Einheitsfront, gegen alle Lohnräuber, auch wenn sie sich „sozial“ nennen!

Magistratsbeamter schikaniert Kriegshinterbliebene

Marklissa. Als diesen Monat die Kriegshinterbliebenen ihre Zahlungsbefehle, ging einen Tag später die Tochter von einer Kriegermutter für ihre Mutter die Kriegshinterbliebenenrente abholen (natürlich mit der Vollmacht der Mutter, die im Krankenhaus liegt). Auf der hiesigen Stadthauptkasse gab ihr Herr Rudolf Schmann (Bürogehilfe) die Antwort:

„Die Rente ist bereits abgeholt nach Lauban an das Kreiswohlfahrtsamt.“

Die Tochter fuhr gleich mit dem nächsten Zuge nach Lauban auf das Kreiswohlfahrtsamt. Hier erhielt sie den Bescheid, daß sich die Rente noch in Marklissa befinden müsse. Es wurde telephonisch angefragt. Die Antwort kam, die Rente ist in Marklissa. Auf dem Wohlfahrtsamt in Lauban wurde der Tochter noch gesagt: „In diesem Falle müssen sie die Rente unter allen Umständen ausgezahlt bekommen.“ Am anderen Tage ging nun die Tochter wieder auf die hiesige Stadthauptkasse und erhielt ihre Rente. Sie fragte den Leiter der Kasse, Herrn Rendant Schwede, aus welchem Anlaß er sie nach Lauban geschickt hat und wer das Fahrgehalt von 1 Mark zurück erstattet. Herr Rendant Schwede gab pagig zur Antwort: „Wenden Sie sich nach Lauban wegen dem Fahrgehalt.“

Hier steht die Arbeiterchaft, wie gewisse Magistratsbeamte mit der Wahrheit umgehen. Die Arbeiterchaft von Marklissa weiß Bescheid, mit was für Herren sie es zu tun hat. Die Werttätigen dürfen sich solche Schikanen nicht gefallen lassen.

Hungerrufe in Langenöls

Langenöls. Anschließend an die letzte Erwerbslosenversammlung, zu der der Erwerbslosenausschuß aufgerufen hatte, demonstrierten über 150 Erwerbslose, unter denen sich auch SPD-Arbeiter und SA-Proleten befanden, durch den Ort für ihre Forderungen, zur Rettung vor Hunger und Frost. Die Hungerrufe schredten die Behörden und Bestehenden auf. Damit brachten die Erwerbslosen zum Ausdruck, daß sie endlich gemeinsam für die Erfüllung ihrer aufgestellten Forderungen kämpfen werden. Am Schluß der Demonstration sprach ein Genosse aus Lauban und zeigte auf, mit welchen Mitteln der Kampf erfolgreich geführt werden muß.

Eigenartig ist es, daß jetzt Lehrkräfte übrig sind für derartige Kurse. Als wir die Forderung aufstellten, in den Volksschulen die Klassenstärke zu verringern, wurde dies abgelehnt mit der Begründung, es seien keine Kräfte da. Es ist schon so weit gekommen, daß, wenn ein Lehrer krank ist, einem Schulkind die Aufsicht über die Klasse übertragen wurde. Das sind unhaltbare Zustände. Es wäre Aufgabe des Elternrats, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Wir rufen den Jungarbeitern zu: Kämpft um die Beseitigung der Zwangsturne, gegen Militarisierung für Arbeit zu tun! Kämpft! Wählt euch Schülervertrauensleute, die eure Interessen in jeder Situation vertreten!

Mehr Sorgfalt für die Vorbereitung der Generalversammlungen!

Ziegenh. Am 18. Januar fand die Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer statt. Die Wahl des Gesamtvorstandes ergab die Wiederwahl des alten ersten Vorsitzenden, Kassierer und Schriftführer. Der zweite Vorsitzende hatte sein Amt niedergelegt. Zur Neuwahl für diese Funktion standen der oppositionelle Kamerad Hiller und der reformistische Kamerad Reinsch. Der erste Vorsitzende ergriff für den letzteren Partei, worauf dieser selbst aufstand und sich den Kameraden anpreihte. Die vorgenommene Wahl ergab für den oppositionellen Kameraden Hiller 20 Stimmen und für Reinsch 61 Stimmen. Bei besserer Vorbereitung dieser Generalversammlung und einheitlichem Auftreten der oppositionellen Kollegen, wäre es sicher auch in diesem Falle möglich gewesen, für die Opposition einen Erfolg zu erringen.

Ungehörige Untreibung bei der Telegraphen-Bauabteilung Striegau

(Arbeiterkorrespondenz.) Striegau. Als am 21. Januar hier auf der Kaiserstraße Telegraphenleute in Schnee und Kälte Massen in die Erde setzten und Drähte daran machten, wurden sie von dem wegen seiner Tätigkeit im hiesigen christlichen evangelischen Männer- und Junglingsverein bekannten Aufseher Kelle angebrüllt und von einer Arbeit zur anderen gehetzt, daß man unwillkürlich an die Zeit erinnert wurde, als auf dem danebenliegenden Kasernenhof Rekruten von schnauzigen Feldwebeln gebrüllt wurden. Nur daß diese durch das Tor hineingelangten, während diese Telegraphenleute hauptsächlich aus Zeitersparnis über den 3 Meter hohen eisernen Zaun sprangen. Wir werden dafür sorgen, daß auch diese Proleten von der Kraft der roten Einheitsfront überzeugt werden.

Um die Verwirklichung der Beschlüsse des 17. Bezirksparteitages

Die Ortsgruppe Rosenthal bei Beuthen a. d. O. hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch die Erfüllung folgender Punkte die Beschlüsse des 17. Bezirksparteitages in die Tat umzusetzen:

1. Den Zeitungs- und Literaturverkauf um 100 Prozent zu steigern, welches auch restlos durchgeführt wurde.
2. Alle Genossen zu registrieren und 100prozentig abzurechnen, was auch durchgeführt wurde.
3. Schaffung eines neuen Stützpunktes in Bielawa.
4. Organisierung von drei Betriebszellen.

Da man im ganzen Unterbezirk Glogau noch nichts von der Durchführung der Beschlüsse des 17. Bezirksparteitages gehört hat, fordern wir alle Ortsgruppen auf, dieser keinen Ortsgruppe nachzueifern. Vor allen Dingen, Ortsgruppe Beuthen, wo bleibt du?

„Soziale“ Baugenossenschaft als Lohnräuber an Jungarbeiter

Grünberg. Die „soziale“ Baugenossenschaft besitzt in Heinersdorf bei Grünberg eine Ziegelei! In den Jahren 1931 und 1932 wurde im Betriebe ein Jungarbeiter beschäftigt und trotz schwerster Arbeit dauernd unter Tarif entlohnt! Nach seiner Entlassung reichte der Jungarbeiter die Lohnklage beim Arbeitsgericht Grünberg ein. Er wandte sich zunächst an den Fabrikarbeiterverbandsbongon Bechert in Glogau, da er Mitglied dieser Gewerkschaft war. Bechert teilte ihm mit, daß er nichts schaffen würde. (Es ist logisch, daß Bechert nicht gegen die Bauhütte vorgehen konnte. Die Red.) Darauf wandte sich der Jungarbeiter an den Grünberger Erwerbslosenausschuß, und dieser erinnerte Bechert daran, daß er als Gewerkschaftsführer doch verpflichtet sei, sich des Jungarbeiters anzunehmen. Die Antwort traf prompt ein: „Ihr könnt mir alle...“ Eine andere Antwort konnte man ja von einem SPD-Bongon nicht erwarten. Daß zwischen den beiden Organisationen vereinbarte Schiedsgericht tagte unter Vorsitz des Grünberger Oberbongon der SPD, Stadtrat Wilhelm Kurz. Die Forderung des Jungarbeiters wurde mit der Stimme von Bechert „einstimmig“ abgelehnt. Sie sind sich „einig“ darüber, daß man einen armen Jungarbeiter um seinen

Bergarbeiter-Forderungen auf Juliuschacht

Generalversammlung der Unterstützungskasse der 52. Abteilung

(Bergarbeiterkorrespondenz)

Am 22. Januar tagte im Gasthaus „Zum Fuchsberg“, Weichseln, die Generalversammlung der Unterstützungskasse. Die Tagesordnung umfasste 3 Punkte: Bericht von der Kasse, Wahl und „Bericht über den Fortschritt“. In den Vorstand sind gewählt: Als Vorsitzender der Kamerad Rittner, Kassierer R. Neugebauer, Schriftführer Berger, als 1. Revisor R. Schubert, als 2. Revisor R. Blättner. Unter Punkt „Bericht über den Fortschritt“ nahm ein Kamerad Stellung zu verschiedenen Umständen in der Abteilung, und zwar wandte er sich gegen die zwei Überstunden, die Sonnabends geleistet werden müssen. Nicht leicht ist die Frage des Brotessens an. Es ist heute schon so weit, daß bei dem Defizit kaum noch Zeit ist, das Brot zu essen. Er appellierte an die Kameraden, sich ja nicht die letzten Rechte rauben zu lassen. Auch der Mangel an den Lebensmittelkarten wurde zur Sprache gebracht. Dies alles wurde auf Anträgen formuliert und dem anwesenden Betriebsrat übergeben, um diese Mängel abzustellen.

1. Unbefristete Durchführung der tariflich festgesetzten achtstündigen Arbeitszeit vor Sonn- und Feiertagen. Schluß mit der Kohlenförderung um 10 Uhr!
2. Stärkere Belegung der Lebensmittelkarten, mindestens mit acht Mann.
3. Jedem Kameraden die Möglichkeit zu geben, sein Brot zu essen.

Kollegen! Diese Forderungen werden nicht nur im geschlossenen einheitlichen Handeln verwirklicht. Laßt nicht zu, daß im Tagebetriebe weitere 50 bis 60 Mann entlassen werden.

Der Antrag einen Kameraden zur Betriebskonferenz gegen den imperialistischen Krieg zu delegieren, wurde abgelehnt. Hier muß festgestellt werden, daß die Kumpels noch sehr wenig die drohende Kriegsgefahr beachten. In den Kommunisten wird es in Zukunft liegen, mehr denn je den letzten Kumpel wahrzunehmen, daß auch sie erliegen: Nur die rote geschlossene Einheitsfront wird jeden Anschlag der Kapitalisten zerschlagen. Im großen und ganzen fanden die Ausführungen des Kameraden großen Beifall bei den übrigen Kameraden, nur muß der Wille bei ihnen geweckt werden, auch zu handeln.

1. rum, Kameraden des GBD., organisiert und mobilisiert die Belegschaft! Macht sie kampfbereit!

SPD.-Medizinalrat Dr. Robewald ein treuer Knecht der herrschenden Klasse

Waldenburg. Die Wohlfahrtsempfängerin Fräulein Wagner erhielt eine Unterstützung von wöchentlich einer Mark. Sie war im Haushalt des Vaters, der sie ernähren sollte. W. ist kriegsinvalid und erhält mit seiner Frau 73 Mark Rente monatlich. Davon hat er noch einen Sohn zum größten Teil zu erhalten. Der nur 5,55 Mark Krisenunterstützung bekommt. Weil nun der Vater nicht länger in der Lage war, seine 25jährige Tochter mit einem zweijährigen Kinde für eine Mark „durchzubringen“, wies er sie hinaus. Seit dem 6. Januar befindet sich das Mädchen in fremdem Logis, wo es weiter von einer Mark leben soll. Der Antrag auf die gefälligst zuteilnehmende Unterstützung von 9,45 Mark wöchentlich wurde in einem Schreiben vom 12. Januar abgelehnt (das von Dr. Robewald unterschrieben war) mit dem Vermerk: „eventuell in vierzehn Tagen beim Bezirksauschuss in Breslau Einspruch einlegen.“

Am 20. Januar ging die Erwerbslose mit einem Vertreter des Erwerbslosenausschusses wegen dieser Angelegenheit persönlich zu Robewald. Im Verlaufe der Verhandlung erklärte R., daß er nicht mehr geben kann.

Seine Erklärung, daß er unerbittliche Härten nicht leiden möchte, nähert gar nichts, wenn er zugibt, daß ein Mensch mit einer Mark nicht leben kann. Wenn auch der Schwermater herausgefunden hat, daß dem Mädchen eigentlich 2,45 Mark zustehen, steht wie er die Frage: Kann ein Mädchen davon leben? Nein! ist die Antwort.

Kann man es auf der anderen Seite einem Vater, der im Weltkrieg seine Gesundheit gelassen hat, zu nutzen, daß er von seiner geringen Rente seine schwächere Kinder unterstützt? Dies ist nicht einmal so hochbedeutend: „Des Vaters Land ist euch erwirbt.“ Eine Schwärze ist so eine Zumutung von einem Sozialdemokraten, der sozial denken und handeln will.

Mit der Grubenjunze durchs Waldenburger Land

Junger Leser! Die revolutionäre Arbeiterklasse des Waldenburger Grenzlandes fordert die Internationalen Betriebsratskonferenzen, die am 20. Januar in Oberwiesenthal tagen. Heiße Kampfesgrüße und erwartet, daß diese Konferenzen scharfe Waffen gegen das internationale Ausbeutergewand, gegen den imperialistischen Krieg schmieden wird.

In der Kubanbegeisterung überbieten sich bekanntlich alle die Parteien, die den Volkswindemühen fürchten die dem Tod. Unübertroffen bleibt aber das mächtige Getöse der sozialdemokratischen Presse. Da darf natürlich die bekannte Dreiwacht nicht fehlen. Ein vor einigen Tagen wurden Schauergrüßchen über Sowjetrußland in drei Fortsetzungen den behaupteten „Verantwortlichen“ vorgelegt, die angeblich von russischen Ebermäusen geschrieben worden sind. Wenn wir auch nicht behaupten, daß Sowjetrußland ein Paradies ist, so wissen wir, daß der Sozialismus aufgebaut wird mit unerschütterlicher Festigkeit, daß die Erwerbslosigkeit vollkommen liquidiert ist, kurzum, daß es mit riesenschritten vorwärts geht. In den kapitalistischen Ländern aber geht es mit rasendem Tempo abwärts. Weil nun die Sozialdemokraten Interesse an der Erhaltung der kapitalistischen Missetat haben, deshalb lenken sie durch eine gemeine Hebe gegen das Vaterland aller Werktätigen ab von dem eigenen Land und vom Kampf gegen die herrschende Klasse. Nun, die Berichte „sollen“ aus Russland kommen. Die Kreuze der Dreiwacht-Redakteure und der anderen Jungen dürfte von nicht allzulanger Dauer sein. Nicht aus Mangel an die Briefe geschickt worden, sondern aus Frankreich und zwar durch den „Sat“, der sozialdemokratischen Esperanto-Organisation. Man kann sich also vorstellen, was da von Volkswindemühen zusammengeklüffelt wurde. Dreihundertfünfzig Briefe kletterten nach Deutschland mit der Bitte, dieselben weiter zu verteilten und zu verbreiten. In einem besonderen Bericht soll den Kameraden mehr gesagt werden.

Ich auch in der Wende-Beilage Schupobeamte ohne Schminke ihre Nazijugendlichkeit zeigen, dürfte der Chef gewiß noch nicht wissen. Eine Genosse hat dem Schnaps B. in Neu-Waldenburg Freitag den 15. eine „Arbeiter-Zeitung“ an, die B. ablehnte. Dessen etwa zehnjähriger Junge sagte frech: „Wir sind Nazi.“ Der Beamte schlug fröhlich die Tür zu und schimpfte wie ein Kohnprinz im Entree. „Man müßte sie die Treppe hinunterstürzen, unsere Kameraden füllen sie und jetzt heißen sie die Freiheit, Zeitungen anzubieten.“ u. a. m. Der Wende-Beilage mag von den Nazimordern noch nie etwas gelesen haben. Die Arbeiter werden sich aber in Zukunft nicht

Erwerbslose, kämpft mit der R.D. und der kommunistischen Partei für Arbeit, Brot und Freiheit!

Gottesberger Erwerbslose im Kampf

Gottesberg. Am 20. Januar nahmen die Erwerbslosen zu dem Ergebnis der Verhandlungen mit dem Landrat Stellung. Genosse Grammel gab den Bericht von den Verhandlungen, welche einen negativen Erfolg brachten. Dieser Bericht wurde von dem Kollegen Schindler von der SPD. damit ergänzt, daß er die Erwerbslosen verteidigte, daß dieses Jahr Gottesberg halb ohne Erwerbslose sein wird, da jeder Arbeit erhalten werde. Laßt nur erst einmal den Schnee schmelzen, dann ist alles wieder gut. Das war die Meinung des SPD.-Schindlers. Ein schallendes Gelächter war die Quittung für seine Pflanzentrostwort.

Genosse Klein sprach dann zu den Erwerbslosen, widerlegte die Argumente des Schindler und zeigte klar und eindeutig, wie man den Kampf um die Winterhilfe weiter führen müsse. In der Diskussion sprach der Jugendgenosse Ulrich zu den Jungarbeitern und zeigte auf, was man mit der Arbeitslosenpflicht und dem „Notwert“ an der Jugend bezwecken und erreichen wolle. Weiter sprach er zur Einheitskonferenz der Jugend, wozu hiernach einige Delegierte gewählt wurden. Auch der Kampfausschuss wurde durch einige

Vom Dittersbacher Gemeindeparlament

Fachistische Front gegen frierende Erwerbslose

Die Sitzung begann mit einem scharfen Zusammenstoß der kommunistischen Vertreter mit dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Köhler. Der Genosse Weder beantragte sofortige Beratung des kommunistischen Dringlichkeitsantrages, der verlangte, daß die oberste und erste Pflicht der Gemeindevertretung sein muß, den hungernden und frierenden erwerbslosen und hilfsbedürftigen Gemeindeglieder angesichts der grimmigen Kälte zu helfen. Die Gemeinde solle deshalb einen Betrag von 5000 Mark zur Verfügung stellen, um Winterjacken und Schuhwerk für die frierenden Erwerbslosen zu erwerben. Dazu soll ein Zwischenkredit bei der Gemeindeverwaltung aufgenommen und dadurch abgedeckt werden, daß Einsparungen der Verwaltungsausgaben, insbesondere Kürzung der Spitzengehälter und Streichung der „Stellenzulagen“ vorgenommen werden.

Der „vorbildliche sozialistische“ Gemeindevorsteher Köhler lehnte unter Zustimmung seiner Sozialdemokraten und des Bürgermeisters samt dem Nazi-Knobloch die Behandlung des Antrages ab und ging unter Protest der Kommunisten zur Tagesordnung über. Als dann die Wahl eines Mitgliedes in die Wohlfahrtskommission auf der Tagesordnung stand, erlaubte sich Köhler eine unerhörte freche Provokation. Genosse Weder beantragte, neue Vertreter der Erwerbslosen zu wählen und beendete dies mit einigen Worten. Er ließ ihm Köhler ins Wort brüllen wie früher als Referentenschinder und entzog B. einfach das Wort, um diesen Posten ohne Abstimmung dem Zentrum zuzuschicken. Dieser kleine Rollenwandel glaubt in seinem krankhaften Größenwahn, er sei bereits der Mussolini in Dittersbach, oder er befinde sich als Säugling im Kreise von Juliusläffern.

Weitere kommunistische Anträge, die verlangten, daß die Gemeindevertretung die Forderung der Krämpernden Bergarbeiter auf volle Rahlung der „Mü“ unterstützt, und bis zu ihrer Erfüllung die Auszahlung des Differenzbeitrages durch die Gemeinde veranlasst, sowie die Unterzeichnung eines Beschlusses in der Gemeinde zum Gemeinnützigen Bauverein ohne Abstimmung durch Köhler mit Zustimmung seiner Krämpernden und der Bürgerlichen sowie des Nazi-Knobloch in den Ratsbeschlüssen verweigert.

Beschlossen wurde ein „Arbeitsbeschaffungsprogramm“, das „Arbeitsplätze“ für 70 Arbeiter auf 70 Tage verspricht und 275 000 Mark kosten soll.

Gegen die Stimmen der Kommunisten und Säuglings wurde eine reaktionäre Arbeitsbeschaffungsverordnung beschlossen, die u. a. von den armen Teufeln bei Errichtung einer Laube im Schrebergarten oder eines Kaminofenstoffs 750 Mark Gebühren verlangt. Für Einfriedungen (Zäune) sind bis zu 25 Meter mindestens 4 Mark zu zahlen. Für die Errichtung oder Veränderung von Tür- und Fensteröffnungen oder eines Dienstes 3,75 Mark. Das ist alles nach der Meinung der SPD. ein „Fortschritt“, und sie nidten zu. Die „Sozialisierung“ marschiert ...

mehr wurdern, wenn bei Veranstaltungen der SPD. „Ordnungshüter“ Zusammenstöße provozieren.

Eine unheimliche Tat hat die Nazi-„Drummschne“ (Kognase) über die Weisknecht-Geschäftsleiter, die im Erkenntnis dessen, daß sie nur leben könnten, wenn der Arbeiter lebt, in der „Arbeiter-Zeitung“ inserierten. Sie erkennen eben auch, daß nur die Kommunisten den Kampf um Verbesserung der Lebensverhältnisse führen, während die Nazis das Maul aufreißen und ihre Phrasen wie Seifenblasen zerblasen. Die dreiwöchentliche Nazi-„Zeitung“ des Waldenburger Arbeitslosenrates werden übrigens daran nichts ändern, so dumm Köhler nur verblödete Kognasen die Weisknecht-Geschäftsleiter ein. Heul!

Das Kind eines Wohlfahrtsempfängers muß eher zuatunde gehen, als die verwerfliche Medizin verschrieben wird. Das jüngste von den fünf Kindern des Wohlfahrtsempfängers R. aus Weisknecht war schwerkrank. Weil der zahnärztliche Arzt A. keine Sprechstunde hatte, ging die Frau in die Apotheke und erhielt da einweisseln ein Medikament. Dr. Zimmermann lehnte eine nachträgliche Befragung ab, weil das Medikament zu teuer war. Wohl werden die Ärzte angewiesen, nur die billige Medizin zu verschreiben, aber ist das nicht eine reine Kulturkatastrophe? Arbeiter, jetzt euch zur Wehr bagegen.

Am 16. Januar ist bekanntlich der damalige SPD.-Genosse Frau und Nieder-Salzbrenn fruchtlos seines Amtes als Gemeindevorsteher entsetzt worden. Dienstverhältnis und anderes mehr sollen die Ursache sein. Es ging ihm so wie seiner Hausmädchen. Als der Ortsgerichtliche Rat am 29. August 1932 von seinem Urlaub zurückkam, entließ er fruchtlos das Hausmädchen, das fast vier Jahre der „Herrschaft“ treu und ehrlich diente, aus nichtigen Gründen. Die Anträge auf Ferien, Verbilligung und die monatliche Entschädigung mußte sich das Mädchen erst durch das Arbeitsgericht einklagen. Ein Unrecht, das besteht noch. Nämlich, das Hausmädchen erhielt für ein kleines Versehen außer dem Einmaligen nichts und Herr G.-Gemeindevorsteher Rat bekommt für seine Schlafmüdigkeit (er kam selten vor zehn bis elf Uhr in den Dienst) sein volles Gehalt weiter bis zum Ablauf seiner Dienstperiode. Er lag auf hohem Pferde und im gefallen. Wer vergießt eine Träne? Niemand!

In Wiesners Gasthaus, Rüstegiersdorf, lehrten unlängst 15 bis 20 SA-Leute unter Führung des Ostwärts-Lot aus Kuboldswald ein Feldmarschallmäßig und mit trockener Kehle wurden sie an die Quelle geführt und aufgefordert, „ich zu bestellen, was sie wollen. Die Geschlechter wurden immer länger, es einer nach dem anderen verschwand, ohne davon Gebrauch zu machen. Lot wollte nämlich seinem Kollegen nur Kunden zuführen, aber nichts ausgeben. Da von den Nazisproleten keiner Geld bei sich hatte, mußten die wackeren Streiter fürs „Dritte Reich“ von dammen ziehen. So macht es auch Hitler mit ihnen. Der größte Ratsmitglied in Gottesberg ist wohl der SA-

vene konagen erweitert. Es wurden hinzu gewählt: Müller, Schubert, Hermann, Rittner und ein Jugendlicher. Folgende Forderungen wurden den Erwerbslosen unterbreitet, die einstimmige Annahme fanden.

In den

Magistrat und die Stadtverordneten!

Dringlichkeitsanträge der Erwerbslosen!

Die Stadtverordneten-Sitzung wolle beschließen:

1. Zur Beschaffung von Arbeit werden die Anträge vom Jahre 1932 angenommen und die Mittel bewilligt. (Anträge der Kommunisten.)
2. Bis zur Eingliederung der Erwerbslosen in Arbeitsmöglichkeit, wird jedem erwerbslosen Hilfsbedürftigen die gehobene Fürsorge gewährt.
3. Au-, Au- und Krämpfende Empfänger erhalten die Differenzbeiträge bis zur gehobenen Fürsorge.
4. Jeder Unterstützungsempfänger erhält pro Monat für sich und jeden Unterhaltspflichtigen in der Familie 1/2 Zentner Kartoffeln, sowie pro Haushalt 4 Zentner Kohle.

Die jetzt zur Verteilung der Winterhilfe kommenden 15000 Mark werden, da die Stadt aus eigenen Mitteln 2000 Mark zur Verfügung stellt, an alle Erwerbslose gezahlt.

Den Sozialrentnern gleicht man die gekürzte Rente auf die alten Rücksätze wieder aus.

Die Erwerbslosen erwarten die sofortige Beratung und Bewilligung ihrer Dringlichkeitsanträge.

J. A.: Der Erwerbslosenausschuss. Durch verstärkte Massenaktionen müssen die Erwerbslosen, Sozialrentner und krämpfende Kumpels die Verwirklichung ihrer Forderungen erzwingen.

Nun plätsche das „weiße Haupt“ noch in diesen nationalsozialistischen Phrasen über das Jugendnotwend. Köhler war wieder einmal erschüttert über die „gemeine Moral“ der hungernden, frierenden jugendlichen Erwerbslosen. Nun, beruhigen Sie sich, Herr Köhler! Sie werden von dieser Jugend einen Denkstein kriegen, auf dem ihre „gegenwärtige Hilfe“ für die hungernden und frierenden Jugend verewigt sein wird.

Den Erwerbslosen, allen Hilfsbedürftigen, den sozialdemokratischen Arbeitern und krämpfenden Kumpels sagen wir noch einmal ganz kameradschaftlich: Wie lange wollt ihr euch von einem solchen „vorbildlichen sozialistischen“ Gemeindevorsteher und einem solchen Gemeindepapst verhöhnen lassen? Für euch ist kein Geld da, zwar für allerlei Dinge, so wieder jetzt 18 000 Mark für den verstorbenen Leibesbach, für hohe Gehälter und Prozeßkosten des Gemeindevorstehers mit der „reinen Weste“. Sorgt mit uns Kommunisten gemeinsam dafür, daß sobald wie möglich diesem Spul ein Ende bereitet wird. Laßt nicht nach im Kampfe um Brot und Kohlen.

Vormwärts in der Einheitsfrontaktion zum Kampf gegen Hunger und Frost, für menschenwürdiges Leben, für den Sozialismus!

Geschäftliches.

Die GGD. Der jemals die Verteilungsstelle einer Konsumgenossenschaft betrat, kennt das Zeichen GGD. Diese einprägsame Buchstabenkombi ist wirklich nicht zu übersehen, aber irren würde sich, wer meinte, daß sie lediglich ein Warenzeichen darstellt. Das GGD. ist Ausdruck eines Gedankens, dessen Verwirklichung in beachtenswertem Maße vorliegt und der alle Aussicht hat, sich wirtschaftlich zu vollenden.

Die GGD., d. h. die Profektaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. ist die praktische Verkörperung der Selbsthilfe-Idee, die mit den besten Mitteln gestaltete genossenschaftliche Produktion und Verteilung aller täglichen Verbrauchs- und damit die Wirtschaftsmacht der deutschen Konsumgenossenschaften.

Güterzeugung heißt, Menschen beschäftigen; Konsumgenossenschaftliche Gütererzeugung heißt; Genossenschaftler zu ordentlichen, mit den ausländischen Gewerkschaften vereinbarten Bedingungen beschäftigen.

Warum also bulden, daß nur einige tausend Vollzeitarbeiter hochwertige genossenschaftliche Güter zu ordentlichen Bedingungen herstellen, wo, wenn der mögliche größere Verbrauch wirklich erfolgte, eine viel größere Menge von Arbeitern und Angestellten so beschäftigt werden könnte! Warum buldet ihr Werkstätte in Stadt und Land? Warum? ...

Echert euch um die GGD. Berzehrt, verbraucht statt der primitiven Erzeugnisse das, was ich euch an Mehl und Fleisch, Kleidung und Schuhwerk, Zigarren und Seife und vielem anderen eurer Genossenschaft zu geben hat!

Mann Martin von der Bahnhofstraße. Dieser Nazi hat nur Mut, wenn er mit der Mißpferde (Marke Hitler) in zehnfacher Uebermacht gegen Arbeiter sich hervortun kann. Zu Hause hat er aber nichts zu melden. Da hat seine behelmenkreuzigte stiltliche Ehefrau die Macht und besorgt ihn dorthin, wo er hingehört. Selbst im öffentlichen Lokal bekommt dieser rauhe „Kämpfer“ jämmerlich Dreche. Mit offener Gekochtheit besorgte seine liebe gute Frau den selben mit harten Wurfeln offen unter den Tisch, und das Sechshundertzwanzig-Spiel war zum Teufel. So geschehen vor kurzer Zeit in einer kleinen Konditorei hierseits. Vor Mut spindt nun in seinem dummen Nazigeistige Rache und er schämt sich als Hauspalcha die Mieter. Besonders die Frau eines Erwerbslosen wird von ihm auf das niederträchtigste behandelt. Da nehmen selber ist als Geben, verurteilt dieser rabiate Hausherr die Leute sozuzerben und schickt denselben die Kündigung zu ohne Angabe einer Begründung. Auch die Mieter werden sich zu wehren und ihr gutes Recht zu fordern wissen. Sie verlangen das zuviel verlangte Wasser gelb zurück.

Der Hauswirt und Landwirt August Wurgelard von der Oberstraße denkt nur an sich. Er will die „Wirtschaft anturben“ und arbeiten selte in der Engelhardt-Bräuerei. Wieviele Erwerbslose gibt es in der Stadt, die froh wären, für einige Zeit Arbeit zu bekommen, aber die finden kein Gehör, besonders in der Bräuerei nicht. Muß dieser Hausherr und Landwirt noch anderen die Arbeit wegnehmen? Im Herbst besah dieser ehrbare Mann noch die stiftliche „Nachtentliebe“ und verlierte die armen Leute vom Stoppelfelde, wahrscheinlich sollte für die Bräuerei was abfallen. Was jaat denn der Betriebsrat dazu? Arbeiter der Bräuerei, fordert Abschaffung dieser Ungerechtigkeiten, schließt auch der R.D. an!

Die Nazi-Zeitung fragt an, wie lange der Gemeindegastgeber Kaufhaus in Alt-Lässig noch in seiner Stellung bleiben wird. Diese Anfrage ist zurückzuführen auf den Ueberfall des bekannten Nazis Riebel, Sohn des Bädermeisters, auf den Angestellten Kaufhaus. Wahrscheinlich will Riebel diese Stelle übernehmen. Allerdings stünde dann die Frage offen, von was R. die verrückten Forderungen auf Krankengeld, Schmerzensgeld und lebenslängliche Rente, die Riebel stellt, erfüllen sollte. „Und wenn der Mensch 'nen Vogel hat ...“

SPD.-Gemeindevorsteher Ratlich organisiert heute schon feste für April den „freiwilligen Arbeitsdienst“. Bis Sonnabend sollen sich alle Erwerbslosen melden und dann nach dem Gesamtplan sich zu quantifizieren werden. Es sollen Nachregulierungsarbeiten durchgeführt werden. B. ist der Meinung, daß die Erwerbslosen froh sein werden, wenn sie zum SPD. kommen können, wenn sie zum Frühjahr nichts mehr zu freffen haben.

Sonnabend 19 Uhr im „Hotel Sandberg“ Veranstaltung der Erwerbslosen. Sonntag 19 Uhr im „Finstersbrunn“, Weichseln, 200.-Feier. Alle Jungenerbeiter befehlen die Veranstaltung. Rot Front!

Hunger, Elend, wütet in schlesischen Dörfern Bauern ohne Brot! — Kommunismus die einzige Rettung!

N. S. Immer gewaltiger wütet die kapitalistische Krise in Deutschland. Immer größer werden die verheerenden Folgen dieses dem Tode geweihten verfaulenden Systems. Wie ein schleichtes Gift, so zieht das Gespenst des Hungertodes durch die schlesischen Dörfer. Von einer bitteren Angst gepeinigt, stehen 10.000 kleiner Bauern, Pächter und Siedler vor dem völligen Nichts. Eine Frage beschäftigt diese verzweifeltsten Schichten:

Wie lange soll das so weiter gehen? Wie kommen wir aus dem Elend heraus?

Und in ihrer Verzweiflung und Hilflosigkeit greifen sie entweder zum Streik oder verfallen den verlockenden Phantasien der Agrarier, die sich im Landbund organisatorisch versammelt haben, in die Arme. Seit Jahr und Tag haben die Masgeier von War und Palm, hat jede kapitalistische Regierung dem Bauern Schutz gegen ihre Verelendung versprochen. Gedulig wie ein Lamm haben die werktätigen Bauern jahraus jahrein auf die Erfüllung der Versprechungen gewartet, ihre elende Lage wurde jedoch keineswegs besser, sondern verschlimmerte sich, weil die Regierungspolitik die Krise verschärfte.

Denn der Abbau der Arbeiterlöhne, der Abbau der Gehälter der kleinen und mittleren Beamten, die Drosselung der Erwerbslosenunterstützung verringerten die Absatzmöglichkeit von Industrie- und Agrarprodukten im Inland, veränderten somit die Arbeitslosigkeit, und dadurch wird die Krise verschärft.

Diese gesteigerten Schwierigkeiten versucht die herrschende Klasse dadurch zu beseitigen, daß sie ihren offenen und brutalen Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiter und werktätigen Bauern ungeheuer steigert. Sie wendet immer schärfere faschistische Methoden an, wie sie die Regierungspraxis der Papen-Regierung bereits zum Ausdruck brachte und die durch die Schleicher-Regierung eine noch schärfere Form erhält. Hierzu gehören die geplanten Maßnahmen des neuen Lohn- und Unterstützungsabbaues bei den Arbeitern, neue drückende Steuern oder Erhöhung der bereits eingeführten Steuern, ferner die Kartellierungspläne, das direkte Anbauverbot für Klein- und Mittelbauern, nach dem Muster der Einschränkungen des Ruderfahrens- und Tabakanbaues, Einführung des Reichsmilchgesetzes und Butterbeimischungszwanges.

Den Armen nimmt man — den Reichen wird gegeben!

Die Auswirkungen der Krise sollen durch die Regierungspolitik von den Schultern der Großen auf den schaffenden Bauern abgewälzt werden, die darunter zusammenbrechen müssen. Diese Politik der Abwälzung der Lasten auf die Masse wird begleitet von direkten Kleingewerkschaften an die Junker. Die durch den Versailler Vertrag den Werktätigen aufgebürdeten Lasten, die unerhörten Leistungen, die

den Werktätigen aufgezwungen wurden, sie werden auch heute noch aus den Werktätigen herausgepreßt, trotzdem Deutschland seit dem Hoover-Plan diese Tributpflichten nicht mehr voll zu erfüllen braucht. Die Lasten für die Werktätigen sind bestehen geblieben, sie wandern in Form von Dörfen, Steuergutscheinen, Genossenschaftsfraktionen, direkten Wahlen in die Taschen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Die Regierung Papen hat den Reichen in kurzer Regierungszeit 3,2 Milliarden Mark auf Kosten der Werktätigen geschenkt. Die Schleicher-Regierung hat den Junkern und Großbauern nach dem angegebenen Plan des Freiherrn von Braun, als Reichskommissar für die Dörfen, im letzten Vierteljahre 1 Milliarde und 55 Millionen Mark geschenkt. Die Politik der Regierungen von Hermann Müller über Brüning, Papen bis Schleicher lag im Interesse der bestehenden Klasse. Alle Forderungen des Landbundes seit 1928 sind fast ohne Ausnahme erfüllt worden.

Was ist der Landbund?

Diese Erfüllungspolitik dem Landbund gegenüber ist nicht verwunderlich, denn der Landbund ist die ausgesprochene Interessenvertreterin der Junkernschaft, der es allerdings verstanden hat, große Massen der werktätigen Bauern vor seinen Wagen zu spannen, um die wirkliche Not der werktätigen Bauern als die Not der Junker hinzustellen, die sich dadurch nicht nur ein Rückhalt im Dorfe zu suchen verstanden haben, sondern auch durch Ausübung von 10 Millionen Mark Beitragslasten ihren ganzen bürokratischen Apparat durch die kleinen Bauern bezahlen lassen. Heute wo die kleinen Bauern nicht mehr bezahlen wollen und können, versucht der Landbund sie mit neuer Demagogie vor ihren Karren zu spannen.

Nazi-Willikens gegen die „Vernunft“!

An allem unserem Elend ist der Marxismus schuld. Aufstand ist der Herd der Verelendung, die absolute Herrschaft der Vernunft hat gesiegt, und weil die Vernunft des Menschen zum wirtschaftlichen und politischen Herrscher wurde, leben wir im Elend. Zwanzig Millionen Menschen in Deutschland sind zuviel. Wir brauchen Abgabegeld und Elbogensfreiheit. Ich bin persönlich bei der Frage der Arbeitsbeschaffung für allgemeine Dienstpflicht. Die Löhne müssen gesenkt werden.

Das war Inhalt der Rede des Landbundespräsidenten Willikens auf dem 14. schlesischen Landbundtag am 18. d. M. in Breslau.

Nun, ihr Werktätigen des freien Landes: was heißt es, wenn Willikens sagt, die Nazis sind Gegner der „Vernunft“, das bedeutet, daß der Wille der Nazis der ist, ihr sollt so dumm wie möglich bleiben. Ja nicht erkennen, daß die Politik der Nazis und des Landbundes die Politik der Agrarier zur Ausplünderung der werktätigen Bauern und Arbeiter ist. Ihr sollt nicht erkennen, daß

Land für Siedlungszwecke erworben werden konnte. Hier entfällt Schiefer die Verbrechen gegen einen elenden Betrug an den Bewerbern für Siedlungsland.

Die Agrarier haben eine gewaltige Angst, daß sich die Landarmen, hungernden Bauern im Bündnis mit den revolutionären Bauern den Boden nehmen könnten, deshalb legen sie alles daran, um den Einfluß bei der werktätigen Bauernschaft zu behalten. Deshalb führt der Landbund ein groß angelegtes Betrugsmanöver durch. Aber auch der schlesische Kleinbauernbund hat in seiner am 22. d. M. in Breslau stattgefundenen Tagung

nur Illusionen in die Hirne der werktätigen Bauern gesetzt.

Keineswegs war auch diese Tagung dazu angetan, den notleidenden Bauern den wahren Weg aus dem Elend zu zeigen. Man appellierte an die kapitalistische Regierung, die so anständig sein sollte, die Not der werktätigen Bauern zu erkennen und helfend einzugreifen. Niemals wird eine kapitalistische Regierung einschneidende Maßnahmen zur Beseitigung der elenden Lage der werktätigen Schichten durchführen.

Während die Führer des schlesischen Kleinbauernbundes vor den kleinen Bauern Opposition gegen die Agrarier und den Landbund vorhielten, waren sie in der grünen Front stets am engsten miteinander verbunden. Das gleiche gilt auch für die Sozialdemokratie. Hermann Müller und Brüning (der von der SPD gestützt wurde) haben eine grundsätzliche feindliche Bauernpolitik betrieben. Die SPD kann auch keine andere Politik betreiben, weil die SPD-Führer genau wie Nazis gegen die entschuldigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer sind. Der SPD-Führer Krüger sagte auf dem Kieler Parteitag zum Agrarprogramm der SPD:

„Kleine Güter bis 3000 Morgen sollen nicht enteignet werden; wo aber einer mehr als 3000 Morgen hat, soll das überschüssige Land zugunsten des Staates enteignet werden, selbstverständlich gegen eine angemessene Entschädigung.“

Also was die SPD-Führer wollen, ist nichts anderes, als den Agrarier ein angenehmes Leben zu gestalten, daß die werktätigen Bauern und Arbeiter bezahlen sollen. Kann eine solche Partei die hungernden Massen aus Elend und Not führen, wenn sie sich zugleich schüßend vor die Anseherer stellt?

Nur dadurch, daß man alle politischen Zahlungsverpflichtungen, auch dem ausländischen Finanzkapital gegenüber für ungültig erklärt, nur durch Streichung der Wachen und Renten den Großagrarier gegenüber, Befreiung der Zwerg- und Kleinbauern von den Steuern, Ermäßigung der Steuern für die Mittelbauern, werden der werktätigen Bauernschaft hunderte Millionen an Lasten abgenommen, werden sie eine Lebensmöglichkeit auf ihrer Scholle haben. Alles andere, die großen Versprechungen von Dörfen, Pfändungsschutz, das Appellieren auf Hilfe an den kapitalistischen Staat usw. sind für die werktätigen Bauern nur Verlockungen.

Einheitsfront und revolutionärer Klassenkampf der einzige Ausweg

Die ganze kapitalistische Gesellschaft und ihre Helfer von den Nazi- bis zu den SPD-Führern versuchen die Einheitsfront zwischen Arbeitern und werktätigen Bauern zu verhindern, weil sie wissen, daß diese Einheitsfront den Untergang der Bourgeoisie besiegelt. Nur wenn die werktätigen Bauern sich ihrer Klassenlage bewußt sind, nur wenn sie erkennen, daß sie im Bündnis mit der Arbeiterkraft sich auf dem Wege

des revolutionären Klassenkampfes aus ihrer elenden Lage befreien können, nur wenn sie die Führergarnituren vom Landbund bis zum schlesischen Kleinbauernbund zum Teufel jagen, sich selbst in Bauernkampflinien zum Zusammenstoßen und Schützen an Schulter, wie feuerzeit die russischen Bauern mit den Arbeitern, den Klassenkampf zur Vernichtung der Großgrundbesitzer eröffnen und für die Forderungen:

**Erst Wirtschaft und Familie, dann die Steuern!
Weg mit Nachtwacht! Weg mit dem Reichsmilchgesetz!
Kampf jeder Zwangsversteigerung! Kampf gegen Kriegsgefahr!
Schutz der Sowjetunion! Kampf um die Arbeiter- und Bauernmacht!**

führen, werden sie Not und Elend siegreich überwinden. Vor dem Untergang in die kapitalistische Barbarei.

Aufstieg durch sozialistische Planwirtschaft!
Der Weg zum Aufstieg kann nur beschritten werden, wenn alle Produktionsmittel, Boden und Bodenschätze den Klauen der Kapitalisten entzogen und in den Besitz der werktätigen Klasse überführt werden. Diese Aufgabe erfordert aber die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront zwischen Stadt und Land; Eröffnung des Kampfes um die Macht; den Sturz des Kapitalismus; die Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht!

Fuchsgrube wählt Delegierten zur internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz

Waldburg, 27. Januar. In den Abteilungsverfammlungen der vierten und sechsten Abteilung des Hans-Geinrich-Schachtles (Fuchsgrube) wurde ein Kamerad einstimmig als Delegierter zur internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz gewählt. Die Versammlungen waren gut besucht.

32 Delegierte zum deutsch-polnischen Freiheitskongress sind in Schlesien gewählt worden

Unter diesen Delegierten befindet sich 1 Bergarbeiter aus dem Waldenburger Gebiet, 2 Eisenbahner aus Breslau, 1 Betriebsrat aus einem Breslauer Betriebe, 1 SPD-Gemeindevorsteher, 1 Siedler, der Mitglied des Reichsbanners ist, 1 Kreisführer des Reichsbanners, 1 sozialdemokratischer Kleinbauer, 1 Bauernsohn, der Mitglied der NSDAP ist, 2 parteilose Kleinbauern und eine Reihe von Landarbeitern, von denen 1 Mitglied der NSDAP, 1 Mitglied des Stahlhelms, 1 Mitglied des Reichsbanners, 2 Mitglieder des Zentrums und 3 Frauen sind.

Unter den Delegierten aus Polen, die in den dortigen Stubenversammlungen gewählt wurden, befinden sich 2 Landarbeiter und 1 Kleinbauer.

Die Zusammensetzung der Delegation zeigt, daß der Kampf der kommunistischen Partei gegen Versailles auch von breiten Teilen der Werktätigen, die noch im Lager der Parteien des Faschismus und Sozialfaschismus stehen, erkannt wird. Die Zusammensetzung der Delegation zeigt auch noch die Schwäche der Einbeziehung großer Teile der Betriebsarbeiter in die aktive Front des proletarischen Internationalismus.

Provokatoren Granfalle vollkommen von der SPD isoliert

Nachdem Granfalle versucht hat, durch seine Artikel im sozialdemokratischen „Proletarier“ den Einbruch zu erwecken, als wenn Teile der SPD in Pannenbergelau hinter ihm stehen und die Schwindeln schon einige Male in der „Arbeiterstimme“ widerlegt wurde, ist jetzt festzustellen, daß einige Genossen der SPD in Pannenbergelau, die in der vor drei Wochen stattgefundenen Mitgliederversammlung mit Granfalle die Versammlung verlassen hatten, jetzt ebenfalls reiflos von Granfalle abgerirrt sind. Die sechs daran beteiligten Genossen haben gegenüber der W. der SPD. Schlesien folgende Erklärung abgegeben:

Erklärung
Unterzeichnete erklären zu dem Auftreten des Granfalle gegen die SPD. folgendes:

1. war unser Eintreten für Granfalle in der kombinierten Mitgliederversammlung der Partei und der rev. Massenorganisation falsch, weil wir uns von ihm haben irreführen lassen;
2. erklären wir, daß der Ausschluß von Granfalle durch die W. richtig ist und wir den Beschluß begrüßen;
3. erklären wir, daß wir überall dafür sorgen werden, daß es dem Provokatoren Granfalle unmöglich gemacht wird, in Arbeiterversammlungen aufzutreten.

Richard Jenekst. Alfred Franke. Janke August. Wilhelm Höplich. Artur Wnich. Val Karl.

Der wüste Kampf Granfalles gegen die SPD, der er als Provokatoren eine Zeitlang angehört hatte, durch seine Artikel im „Proletarier“ und nicht zuletzt sein offener Uebertritt zur SPD, hat sehr schnell und klar den letzten Kommunisten und der gesamten revolutionären Arbeiterkraft Pannenbergelaus bewiesen, daß die Maßnahmen der W. gegen Granfalle und die Beschlüsse des 17. Bezirksparteitages der SPD. Schlesien am 4. Dezember 1932 absolut richtig waren. Granfalle ist durch die W. der SPD. trotz aller seiner Künste, seine wirkliche Rolle zu verschleiern, als ein Provokatoren entlarvt worden. Nachdem er durch diese Enttarnung seine Rolle als Provokatoren in der SPD. nicht mehr spielen konnte und er dadurch die Aufträge der Bourgeoisie in den Reihen der revolutionären Arbeiterkraft nicht mehr ausführen konnte, zeigt er schnell sein wahres Gesicht. Die sozialdemokratischen Bonzen und Reklameure in Reichensbach haben den Provokatoren Granfalle mit offenen Armen empfangen. Granfalle paßt ausgezeichnet zu diesem Reklameur des „Proletariers“, der vor dem Schweidnitzer Gericht erklärt hat, daß er von den nationalsozialistischen Verbänden, die ihn mit einer Bombe erlitten wollten, Hochachtung empfinde. Granfalle paßt aber nicht zu den ehrlichen, sozialdemokratischen Arbeitern, die nicht gefragt worden sind, ob sie einen Granfalle in ihren Reihen haben wollen.

Wir warnen die sozialdemokratischen Arbeiter, einen solchen Provokatoren in ihren Reihen zu dulden, der die Aufträge der Bourgeoisie auch in den Reihen der Vassenbewußten SPD-Arbeiter, wenn sich der Kampf gegen die Bourgeoisie richten wird, ebenso leisten wird wie in den Reihen der SPD. Schlesien.

die Nazi die schlimmsten Steuereintreiber der Schleicher-Regierung

sind. In der letzten Reichstagsitzung beantragten die Nazis: „Die Erwerbslosen sollen Lebensmittel als Unterstützung erhalten, die Bauern müssen die Lebensmittel liefern, erhalten aber dafür kein Geld, sondern die Lebensmittel werden ihnen auf Steuern gut geschrieben.“

Das heißt also faktisch: die Bauern sollen die Lasten der Erwerbslosigkeit auf ihre Schultern nehmen, es soll eine starke Pflast, ein grobes feindsüchtiges Boll zwischen Arbeitern und Bauern errichtet werden. Das ist die Partei der viel gepriesenen Schicksalsgemeinschaft! Gerade dort, wo die Nazis die Regierung übernommen haben, führten sie eine der schlimmsten bauernfeindlichen Politik durch. In Thüringen führten sie das Reichsmilchgesetz ein; in Mecklenburg, Anhalt, Braunschweig und Oldenburg haben sie die Schlachtsteuer eingeführt. Überall haben sie die Bürgersteuer eingeführt; in Thüringen auf 2500 Prozent erhöht. In Mecklenburg haben sie eine Staatsdomäne, die bankrott war, aufgeteilt und den Siedlern unerträgliche Kauf- bzw. Pachtlasten auferlegt. In Schlesien schröben die Nazi-Großgrundbesitzer im Bündnis mit den Siedlungs-genossenschaften die armen Siedler in rücksichtsloser Weise; so mußte ein Handfiedler bei Weutchen an der Oder für den Morgen Ackerland 325 Mark zahlen. 30 Siedler aus Leuchten bei Dels wandten sich in ihrer erbitterten Not an den Siedlungsausschuß des Preussischen Landtages und an die SPD. um Hilfe:

„Wir sind außerstande, uns und unsere Familie zu ernähren. Wir haben kein Bissen Brot mehr. Wenn uns nicht bald geholfen wird, sind wir mit unserer Familie dem Hungertode ausgeliefert.“

So lautete einer der Sätze aus dem Brief der Siedler. Von den Neufiedlern in Pippert bei Breslau verlangt man jetzt die Nachzahlung der Steuern vom Juni vorigen Jahres; obwohl die Siedler noch keinen Pfennig Ernteertrag haben.

Schäfer enthüllt den Betrug an den Siedlern!

Bei seinem Regierungsantritt erklärte Schleicher, daß in den Ostgebieten, in Pommern und in Mecklenburg 1.300.000 Morgen Land besiedelt werden können. Zwei Tage später meldete man, daß man sich geirrt habe. In den Ostgebieten sind nicht 80.000 Morgen, sondern nur 8000 Morgen zu besiedeln. Anzwischen hat der Leiter der Siedlungsberatungskommission in Breslau, Dr. Schäfer, mitgeteilt, daß infolge der Dörfen und des Sicherheitsverfahrens fast gar kein

Das kommunistische Bauernhilfsprogramm

Wir haben als Kommunisten, gestützt auf die gewaltigen Folgen der Sowjetunion, wo die Fürsten und Agrarbarone entschäd-

Der Landbund
Landarbeiterzeitung
Lohnkündigung
Rettung vor Hunger und Frost

Diese Zeitung im Dorf

WAPPENHOF
Täglich
(außer Sonnabend) ab 4 Uhr:
Nachmittags-Vorstellung
10 Attraktionen
jeden 1. und 16. neues Programm
Eintritt 80 Pfg.
Täglich ab 8 Uhr:
BALL
Das ungekürzte Progr. 3 Kapellen
Eintritt 50 Pfg., außer Sonntag und
Veranstaltungen

Monistische Gemeinde E.V.
Breslau, Grünstraße 14/16
Ortsgr. des Volksbundes f. Geistesfreiheit
Sonntag, den 29. Januar 1933, 17 1/2 Uhr
Vortrag
im Saale Grünstraße 14/16
Redner: **E. Machek**
Thema:
„Sozialismus und Religion“
Eintritt für Mitglieder frei
Gäste 20 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

Klischees Druckplatten
sicher, fertig, schnell, in bester Ausführung
Carl Geike & Co
Breslau 1, Reuschstr. 11/12 Tel. 59870

Edmund Prause
Kohlenhandlung
Breslau, Trebnitzer Str. 29

8% Rabatt! 6% Rabatt!
Edeka-Geschäft
Clemens Pohl
Breslau-Rosenthal, Johann.-Reinolt-Weg 38
Kolonialwaren, Weine und Spirituosen

Frack-Mohaupt
Büchereiplatz 20 Ring Ecke (fr. Karlsru. 1)
Telefon 57082
teilweise elegante Smoking u. Gehrockanzüge

Weinhandlung
Wein-Probierstube Flaschen-Verkauf
Ernst Friedrich, Breslau
Blücherplatz 9 — Telefon 58872

Achtung! Achtung!
la helles Roggenbrot
4 Pfund 43 Pfg.
Verkauf: Oderstraße 13 im Hof
Inhaber **Fredy Blume, Breslau**

Ferdinand Bannasch
Kolonialwaren, „Edeka“
Breslau, Posener Straße 81/83

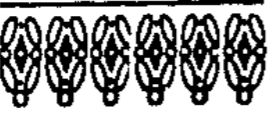
Oels
Gustav Roder, Kleine Mühle
Telefon 329
la Roggen — Weizenmehle
Grieß — Graupen — Futtermittel
Kohlen und Holz

Gelegenheitstanz in
Möbeln
Verschiedene teils im Gebrauch
gewesene, teils zurückgegebene
Eingelöste u. Zimmer bringen
wir zu niedrigsten Preisen zum
schleunigsten Verkauf. Schränke,
Betten, Waschtisoleiten, Tische,
Stühle, Becken, Spiegel, Sofas,
Rückenbänke, Schlafzimmer,
Küchen, Metallbetten
zu Spottpreisen
Möbel-Deutsch
Balduinstraße in Schlesien
nur Ring 13, 1. Etage
Sitzberg, Lichte Burgstraße 20

Schauspielhaus
Opernbühne
Ferdinandstr. 31/32C
Ab 1. Februar
Täglich 2 X
4,30 und 8,15 Uhr
Zum
weißen Röhl
Operetten-Lustspiel
Görlitz
Feine Fleisch- und
Wurstwaren
Kurt Langnickel
Görlitz

Fischhalle Altstadt
Essig- und
Senf-Niederlage
B. Nicolaus
Görlitz, Bogitzgasse 3

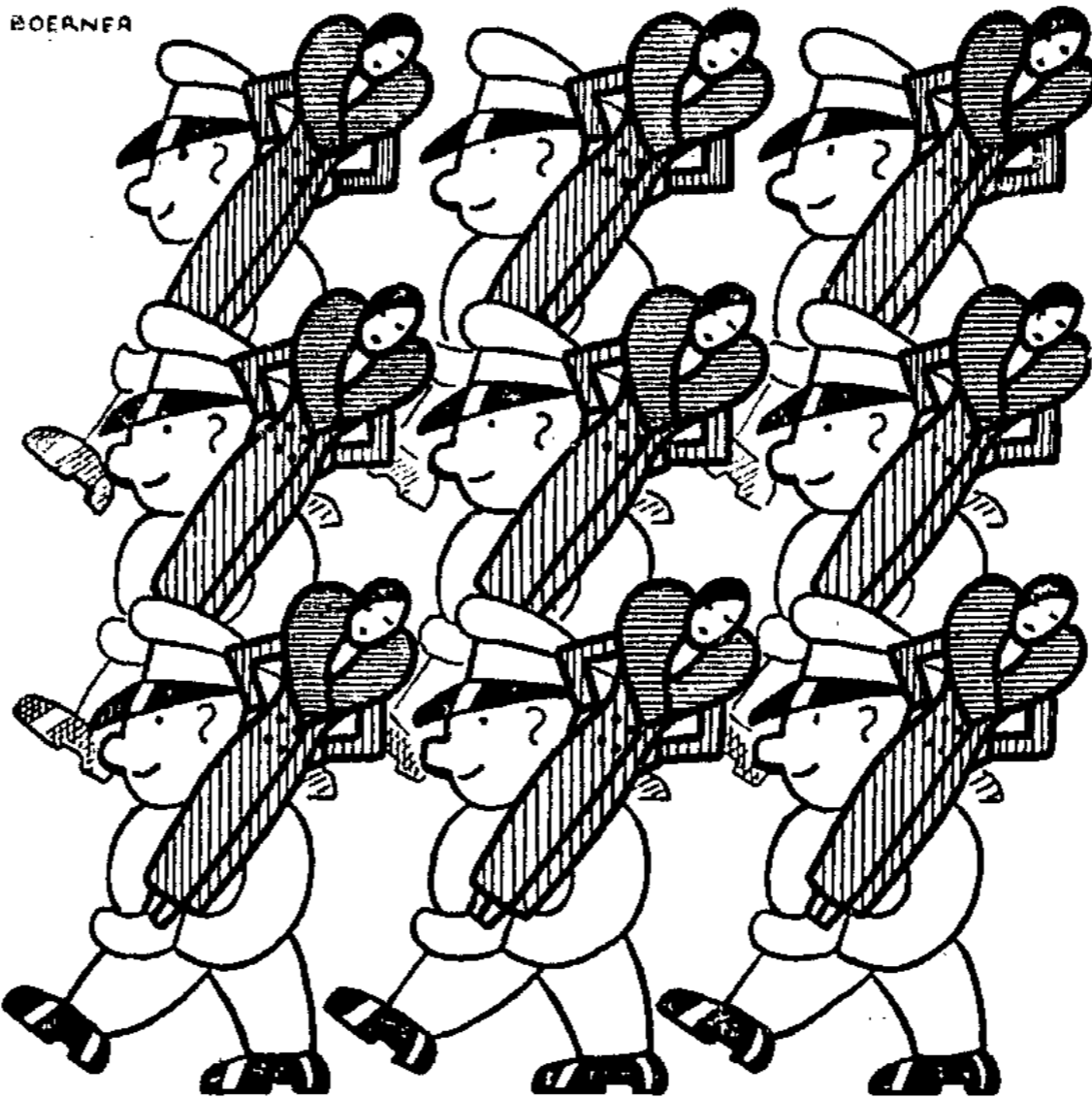
Bäckerei u. Konditorei
Max Schulz
Görlitz, Theaterpassag.



Partei-
genossen!
Beachte!
bei allen Einführer
immer nur unter
Inserenten!



SCHLUSSPARADE DER RGL QUALITÄTSMÄNTEL IM
INVENTUR-VERKAUF



RGL SCHLUSS
3
FEBRUAR
DAMEN- U. MÄDCHEN
MÄNTEL- FABRIK
ZAHLUNGSERLEICHTERUNG
NUR
NIKOLAISTR. 8/9
KUNDENKREDIT G.M.B.H.

Wollwani
Tyrolwani

Zigarrenhaus
Göldner, Sprottau
empfiehlt die bekannten Qualitäten

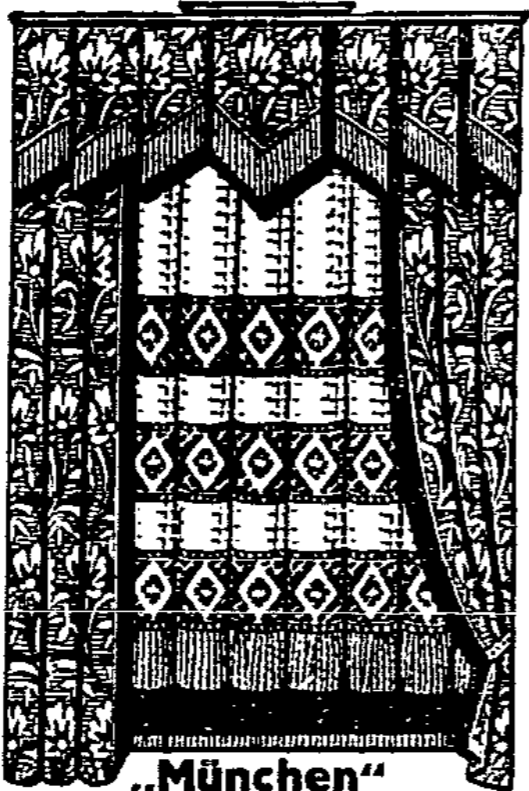
Ihr Vorteil ist unser
Inventur-Verkauf



Schuh-Falla

Jauer, Goldherger Straße 1
Sriedau, Ring 44

Bei Drucksachen-Bedarf
rufen Sie bitte Nr. 4645F
an / FORTSCHRITT AG
Druckereifiliale Breslau



„München“
Besonders preiswerte Dekoration
aus achtfarbigem kunstseidenen Jacquardrips
in goldgelbem Künstmuster auf farbigem Grund,
mit kunstseidenen Fransen.
Für Fenster bis 150 cm Stangenlänge.
Schalgröße 80x290 cm Jetzt
Halbstore vom Stück wie Abbild.
Weißer od. bastfarbig. Gitter-Etamin mit
breit. Klappelsätzen u. kunstseid. Drill-
fransen. Höhe ca. 240 cm, jetzt Meter
Abgepaßt: Gr. ca. 150x240 cm . . . 1.70

Landhaus-Gardine
vom Stück, weißer Etamin m. weißen oder
farbigem Strifen, Klappel-
Einsatz und Krause. Meter **0.15**
ca. 60 cm breit Meter

Haargarn-Bouclé-Vorlage
reines Material in modernen
Mustern und Farben. **1.95**
50x100 cm

Wäscheruch
mittlere Reinheits-Qualität
aus bestem Material. Meter **0.39**
82 cm breit Meter

Bettmaste
halbbare Qualität in schönen
Mustern. Meter **0.62**
Doppelbreite Meter
Kissenbreite Meter

Linon-Bettgarnitur
1 Deckbett, 1 glatte Kissen u. 1 verziertes
Kissen u. breit. Galonstickerei. **5.90**
Mit 2 Kissen, 80x100 cm 6.50
80x80 cm

Gesämte Bettlaken
Baumwoll-Cross, breit. Strepp-
Qualität. 150x225 cm **2.25**
130x200 cm

**Inventur-
Sensationen!**

Nur noch 4 Tage!

- Einige Beispiele:**
- Damen-Taghemd**
solides Wäschefuch mit schönem
Stickeremotiv. **0.90**
Unüberfroffen preis-
wert. Größe 42
 - Damen-Nachthemd**
lachsrosa oder hellblauer Made-
polam mit gebüm-
tem Besatz u. Relief-
zierstich **1.35**
 - Unterkleid**
waschbarer Doppel-Charmeuse
mit schönem, reich
besticktem Brust-
motiv, viele Farben **1.95**
 - Farbig. Sporthemd**
mit festem Kragen, Sportman-
schellen u. Binder, in
haltbarer Sport-
stoff **2.75**
 - Einsatzhemd**
weißer Baumwolltrikot mit farbig
gestreift oder ka-
rierter Trikolol-Ein-
sätzen **2.10**
 - Sportstrumpf**
für Knickerbocker m. elast. Gummi-
rand, kräft. Makoqual.
in Sport-
mischungen **0.95**
 - Damen-Hemd hose**
Baumwolle, elastisch gewirkt,
mit Bandträgern,
weiß oder rosa. **0.75**
Größe 42.
 - Strickschlüpfer**
solide reinwoll. Qualität, elastisch
gestrickt, mit ver-
stärktem Schritt u.
halblangen Beinen **1.90**
 - Damenstrumpf**
künstl. Wäscheide, feinnaschige
Qualität mit kleinen Schönheits-
fehlern, in moder-
nen Farben, Fuß
verstärkt **0.75**
 - Damen-Pullover**
gute Zephirwolle, in sich
gemustert, m. bunt-
gemustertem Gar-
nitur **2.85**
 - Wirtschaftskittel**
Wickelform, blau- oder braun-
melierter Zwirnstoff
mit gemustertem
Besatz **1.50**
 - Hauskleid**
guter blau-melierter
mit hübscher bunt-
gestreifter Garnitur
und Zierknöpfen . **2.50**
 - Herren-Slipper**
(Pullover ohne Aermel) reine
Wolle in moderner mittelkräftiger
Strickart und Sport-
mischungen, mit ab-
stechenden Rändern **1.85**
 - Frottier-Handtuch**
solider Jacquard-Kräuselstoff,
pastellfarbig oder
weiß mit farbigem
Kanten. 48x100 cm **0.58**
 - Kaffeedecke**
gediegene Wäschripsqual. in in-
danthrensch. bunt. Karomustern.
130x130 cm, 1.45,
130x160 cm, 1.85,
110x110 cm **0.98**
 - Taschentücher**
mittelfeiner Makolimon mit far-
bigen indanthren-
sch. Streifenkanten.
40 cm Stück **0.20**
 - Sportella**
bewährter Sportstoff für
Wochenendhemden usw. in hü-
bschen, indanthren-
sch. Melangen.
ca. 80 cm br., Meter **0.48**
 - Hammerschlag**
solide wollene Qualit. m. Kunst-
seiden-Eiffeln.
dunkle Farben.
ca. 70 cm br., Mtr. **0.98**

BIELSCHOWSKY

NIKOLAISTR. 72-76 BRESLAU ECKE HERRENSTR.